Bericht

über die

6. Sozialdemokratische Frauenkonferenz in Jena.

Abgehalten am 8. und 9. September 1911.

Tagesordnung:

1. Geschäftsbericht des Frauenbureaus:
   a) Agitation; b) Frauentag; c) Die Kinderschutzkommissionen. Berichterstatterin: L. Zietz.
   d) Die Leseabende; e) Die Beschwerdekommissionen. Berichterstatterin: O. Baader.
2. Die Frauen und die Reichstagswahlen. Berichterstatterin: K. Zetkin.
3. Die Frauen und die Gemeindepolitik. Berichterstatterin: K. Weyl.

Erster Verhandlungstag.

Freitag, den 8. September 1911. — Vormittagssitzung.

Im großen Saale des Gewerkschaftshauses trat die sechste Konferenz der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands unter sehr zahlreicher Beteiligung zusammen. Auch viele männliche Delegierte, die schon zum Parteitag hier eingetroffen sind, nehmen an den Verhandlungen teil. Genossin Adelheid Popp aus Wien ist in Vertretung der deutsch-österreichischen Genossinnen erschienen und wird herzlich begrüßt. Für den Parteivorstand sind die Genossen Pfannkuch, Molkenbuhr, Liepmann und Wengels anwesend. Als Gast ist die bürgerliche Frauenrechtlerin M. Cauer erschienen.

Am Abend vorher hat eine geschlossene Sitzung stattgefunden, in der der Parteivorstand durch mehrere seiner Mitglieder vertreten war.

Um ½10 Uhr morgens wird die Konferenz eröffnet.

Genossin Zietz: Werte Genossinnen und Genossen! Im Auftrage des Parteivorstandes heiße ich Sie herzlich willkommen und erkläre unsere Konferenz für eröffnet. Sie ist die erste Tagung nach dem Zusammenschluß der proletarischen Männer und Frauen in gemeinsamer politischer Organisation, die uns das Reichsvereinsgesetz, so reaktionär es auch ist, ermöglicht hat. Nachdem wir uns also das politische Kampfesfeld erobert haben, gilt als nächstes Ziel die Eroberung politischer Waffen, die Eroberung des Frauenwahlrechts und damit des allgemeinen Wahlrechts auf breitester demokratischer Grundlage. Die Erkenntnis der Notwendigkeit, auch der Frau Waffen für den politischen

Kampf zu erobern, dringt in immer weitere Kreise. Dies beweisen die glänzenden Erfolge der Organisierung der proletarischen Frauen: beim Inkrafttreten des Reichsvereinsgesetzes 29 000, heute 108 000 weibliche Parteimitglieder! (Bravo!) Es ist bekannt, welche Hemmnisse gerade die Agitation unter den Frauen zu überwinden hat. Schon in der Schule wird der junge empfängliche Geist des Kindes mit einem vielverschlungenen Gestrüpp falscher Anschauungen umgeben, die den Blick für die Orientierung über Welt und Leben trüben. Der junge Mann hat sowohl in der Schulzeit als insbesondere nachher viel mehr Gelegenheit, politisches Wissen zu erwerben, für das junge Mädchen ist häufig die Warnungstafel aufgestellt: „Für Mädchen schickt sich das nicht." Die verheiratete Frau hat die dreifache Arbeitslast der Haus- und Erwerbsarbeit und der Pflichten der Mutterschaft zu tragen. Sie führen zur Ueberbürdung der Frauen, sie knicken den Frühling des jungen Weibes und nehmen ihm die Kraft und Energie zum Widerstand. Dadurch, daß die Frau aber infolge der wirtschaftlichen Entwickelung vom Manne mehr und mehr unabhängig wird, empfindet sie den Druck des Kapitals schwerer und wird für den Kampf gegen die Ausbeutung leichter zu gewinnen sein. Die ökonomischen und politischen Zustände machen sich so sehr bis in die Familie hinein fühlbar, daß es eine schlechte Hausfrau sein müßte, die sich nicht um Politik kümmern wollte. (Zustimmung.) Der Erfolg unserer Tätigkeit tritt auch hervor in der Anteilnahme der Frauen an allen proletarischen Aktionen und in der Beschickung dieser Konferenz. Wir sehen hier neben einer ganzen Reihe von Genossinnen, die schon lange in treuer Waffenbrüderschaft mit uns den Kampf führen, viele junge, neue Gesichter, Kräfte, die die Arbeiterbewegung geboren hat. (Bravo!)

Wir treten in ernster politischer Zeit zusammen. Mit furchtbarem Druck lastet die Zoll- und Handelspolitik des Deutschen Reiches auf dem Volke. Infolge der Dürre ereichen gerade die Preise für Kartoffeln, Gemüse und Milch eine unerschwingliche Höhe. Die Not der Massen wird unerträglich. Eine Zunahme der großen wirtschaftlichen Kämpfe wird die Folge sein, das hat sich in England bereits gezeigt und in Frankreich ist es sogar zu Hungeraufständen gekommen. (Sehr richtig!) Die Reichsversicherungsordnung ist, statt zu einem Werke der sozialen Fürsorge, zu einem Ausnahmegesetz gegen die Arbeiter gestaltet worden, unablässig rufen aber die Scharfmacher auch noch nach politischen Ausnahmegesetzen. Der Kampf gegen die Ausbeutung und die zunehmende Opposition der Massen sollen lahmgelegt werden. Der Marokkokonflikt zeigt uns die Folgen der herrschenden Kolonialpolitik, des Militarismus und Marinismus, die nicht nur außerordentliche materielle Opfer erfordern, sondern auch die Kriegsgefahr in Permanenz erhalten und die Reaktion im Innern stärken. (Sehr wahr!) Mit brennender Ungeduld erwarten wir alle, erwartet das gesamte Proletariat den Tag der Reichstagswahlen, wir hoffen von diesem Gerichtstag, daß er uns einen glänzenden Sieg bringen wird. Wir wollen da auch Abrechnung halten über die politische Entrechtung der Arbeiterklasse in Preußen und manchem anderen Bundesstaat. (Beifall.) Möge die Konferenz ein Spiegelbild des geistigen Lebens der proletarischen Frau geben und dazu beitragen, der Frauenbewegung kräftige neue Impulse zu geben! (Lebhafter Beifall.)

Als Vorsitzende werden gewählt Genossinnen Baader und Zietz. Genossin Zetkin hat die Wahl zur Vorsitzenden abgelehnt, da sie als Mitglied der Kontrollkommission an wichtigen Sitzungen teilnehmen muß. Zu Beisitzerinnen werden gewählt die Genossinnen Fahrenwald, Wackwitz, Blase-Mannheim, Puse-Jena. Als Schriftführerinnen die Genossinnen Undeutsch-Magdeburg, Grünberg-Nürnberg, L. Baumann-Altona, Vollmann-Halberstadt.

Genossin Puls-Jena begrüßt die Delegierten im Namen der Jenaer Genossinnen.

Genosse Pfannkuch-Berlin: Die Vorsitzende hat die Konferenz im Namen des Parteivorstandes eröffnet, und schon dadurch ist ausgesprochen, daß die Sympathie des Parteivorstandes Ihnen entgegengebracht wird, daß alles, was Sie verhandeln, das tiefste Interesse des Parteivorstandes besitzt und daß auch wir wünschen, daß Ihre Arbeiten nutzbringend für die Entwickelung der deutschen Sozialdemokratie als Glied der großen internationalen Völkerfamilie sein mögen. Daß ich das noch einmal ausspreche, kommt daher, daß nach dem Rezept gearbeitet wird: Doppelt genäht hält besser! (Heiterkeit.) Durch unsere Teilnahme an den Verhandlungen kommt auch zum Ausdruck, daß die Einheit der deutschen Arbeiterbewegung fest begründet ist, daß es wohl Genossen und Genossinnen dem Geschlecht nach gibt, daß wir aber sonst nur Sozialdemokraten kennen. Die Einheit, die durch unser Organisationsstatut äußerlich zum Ausdruck gebracht wird, soll auch innerlich Seele und Leben bekommen, dazu mögen Ihre Verhandlungen beitragen, die beseelt sind von dem Geiste brüderlichen und schwesterlichen Zusammenarbeitens mit den Parteigenossen. Daß es Ihnen gelingen möge, auch auf dieser Tagung einen tüchtigen Schritt vorwärts zu marschieren, wünscht Ihnen der Parteivorstand von Herzen. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzende **Genossin Zietz** teilt mit, daß als Vertreterin des Arbeiterinnensekretariats die Genossin H a n n a, als Vertreterin der österreichischen Genossinnen die Genossin P o p p aus Wien erschienen sind.

Genossin Popp: Genossen und Genossinnen! Ich kann leider nicht davon sprechen, daß es für die Sozialdemokratie Oesterreichs keine andere Organisation gibt, als die gemeinsame, nicht weil wir es nicht anders haben wollen, sondern weil unser Gesetz es nicht anders will. § 30 des österreichischen Vereinsgesetzes verbietet „Frauenspersonen“ Mitglieder politischer Vereine zu werden. Freilich ist der Paragraph durch den Vorstoß der sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten gefallen, aber noch hat das Herrenhaus nicht gesprochen, so daß der Beschluß noch nicht sanktioniert ist. Doch trotz aller Widerstände und Hemmnisse ist es uns gelungen, vorwärts zu kommen, und wenn ich auf der Frauenkonferenz in München noch erklären mußte, daß wir in Oesterreich gar keine politisch organisierten Frauen haben, kann ich heute berichten, daß es bei uns bereits 15 000 bis 17 000 politisch organisierte Frauen gibt. (Bravo!) Freilich nicht innerhalb eines Vereins, sondern nur in losem Gefüge. Auch unsere Arbeiterinnenzeitung hat heute bereits 24 000 Abonnenten. Auch eine Dienstbotenorganisation haben wir in Wien gegründet, die eine äußerst erfreuliche und vielversprechende Entwickelung nimmt. Die Genossin Zietz hat auf die Teuerung aller Lebensmittel hingewiesen. Wir können dasselbe Lied singen. Die Empörung und Verzweiflung darüber hat so weite Kreise erfaßt, daß es nur eines Wortes bedürfte, und Arbeiter und Arbeiterinnen wären bereit, alles zu unternehmen, um dagegen Stellung zu nehmen. Dazu kommt noch eine unerträgliche Teuerung aller Wohnungen. Da ist es nötig, daß die Frauen den Kampf nicht nur den Männern überlassen, wir müssen uns vielmehr bemühen, Aufklärung in die Reihen der Frauen zu bringen und sie aufzurufen zur Organisation. Wenn wir auch nicht sehr bald von Hunderttausenden organisierter Frauen werden sprechen können wie Sie, so hoffe ich doch, daß Ihre Beschlüsse auch anfeuernd und befruchtend auf unsere Bewegung wirken werden. Und in diesem Sinne begrüße ich Sie im Namen der sozialdemokratischen Partei Oesterreichs. (Lebhafter Beifall.)

Zum ersten Punkt der Tagesordnung:

Geschäftsbericht des Frauenbureaus,

a) Agitation, b) Frauentag, c) Kinderschutzkommissionen, erhält das Wort als Berichterstatterin

Genossin Zietz: Genossen und Genossinnen! Nachdem in Nürnberg die Grundlage der gemeinsamen Organisationen vereinbart war, hat das Frauenbureau einen anderen Charakter bekommen. Früher war es die selbständig arbeitende Zentrale der proletarischen Frauenbewegung, nunmehr wurde es eine Unterabteilung des Parteivorstandes. Wir unterbreiteten dem Parteivorstand einen Arbeitsplan, der seine Billigung fand. Die Berichte über unsere Tätigkeit lagen in den einzelnen Jahren gedruckt den Parteitagen vor, ich brauche daher nur noch einmal kurz die großen Gesichtspunkte hervorzuheben. Nach dem Zusammenschluß richteten wir zunächst einen Aufruf an die Frauen, entsprechend dem Nürnberger Beschluß zu handeln und überall den Eintritt in die Parteiorganisation zu vollziehen. Wir versandten Fragebogen, um zu erfahren, wie weit das überall geschehen ist, und die Antworten gaben uns ein klares Bild von dem Stand der Frauenbewegung. Es zeigte sich, daß gerade in solchen Ländern, in welchen vor dem Inkrafttreten des Reichsvereinsgesetzes die Frauen politisch nicht organisiert sein durften, in Braunschweig, in Mecklenburg, die Frauen sehr zahlreich den Organisationen beigetreten waren, also unser Arbeiten dort auch unter den früheren erschwerten Verhältnissen war nicht erfolglos gewesen. Leider müssen wir sagen, daß in Süddeutschland, wo der Bewegung schon früher nicht dieselben Hemmnisse entgegenstanden, die Bewegung nachhinkte. Die industrielle Entwickelung ist in Süddeutschland nicht so weit fortgeschritten, wie in Mittel- und Norddeutschland, und hat das Denken und Fühlen der Frauen daher nicht in dem gleichen Grade beeinflußt. Aber auch dort traten wir mit den Bezirksleitungen in Verbindung, und unsere Anregungen fielen auf fruchtbaren Boden. Daß wir mit einer Anzahl von Bezirksleitungen persönlich Rücksprache genommen haben, war von ganz besonders gutem Erfolge für die Agitation.

Die mündliche Agitation bestand nicht nur aus den 45 bis 48 Agitationstouren, die das Frauenbureau pro Jahr veranstaltete, sondern auch die Bezirke haben nicht wenige Agitationstouren veranstaltet. Wirksame Unterstützung bot ein Flugblatt, das gleich nach Nürnberg ausgegeben wurde und im allgemeinen die Notwendigkeit der politischen Betätigung der Frau darlegte, es wurde in 1½ Millionen Exemplaren verbreitet. Außer den Flugblättern des Frauenbureaus sind vielfach lokale Flugblätter verbreitet oder die Muster-Flugblätter nachgedruckt worden. Besonders zu nennen ist der Kampf gegen die Reichsfinanzreform und die Agitation, die an die Arbeiterinnen-Schutzbestimmungen der Gewerbeordnungsnovelle anknüpfte; sie war in Gemeinschaft mit der Generalkommission veranstaltet, und wir wünschen, daß dieses erfreuliche gemeinsame Arbeiten auch in Zukunft stattfinden möge. Besonders notwendig ist es, die weiblichen Mitglieder der Krankenkassen auf die Kassenwahlen aufmerksam zu machen, insbesondere jetzt unter der Reichsversicherungsordnung. Unsere Genossinnen müssen in den örtlichen Kartellen die Aufstellung weiblicher Kandidaten fordern. Auch die Wahlbewegung für die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte ist zur Propagierung des Frauenwahlrechts auszunutzen. An dem preußischen Wahlrechtskampf haben wir uns äußerst lebhaft beteiligt. Kein Aufruf, kein Flugblatt, keine Resolution, in der nicht auch das Frauenwahlrecht gefordert wurde. In allen Referaten ist seine Notwendigkeit scharf und erschöpfend begründet worden. Ein eigenes Wahlrechtsflugblatt ist aber

leider nicht in der nötigen Anzahl angefordert worden, vielleicht, weil weniger besondere Frauenversammlungen als allgemeine Volksversammlungen stattgefunden haben. In Groß-Berlin wurde ein eigenes Frauenflugblatt für die Landtagsersatzwahlen verbreitet. Das in Magdeburg beschlossene Flugblatt gegen die Teuerung wurde in Massen verbreitet. Von außerordentlichem Erfolg begleitet waren die Versammlungen aus Anlaß der Reichsversicherungsordnung. Wenn die Reichsversicherungsordnung auch gesetzgeberisch erledigt ist, für uns ist sie agitatorisch noch lange nicht erledigt. (Lebhafte Zustimmung.) Nichts kann mehr die Frau davon überzeugen, daß keine Partei ihre Interessen vertritt als die Sozialdemokratie, als wenn wir den Frauen vorführen, wie die bürgerlichen Parteien ihre Interessen mit Füßen getreten haben. Die Regierung erklärte, daß die Annahme weitergehender Anträge in bezug auf Mutter- und Säuglingsschutz die ganze Reichsversicherungsordnung unannehmbar machen würde. (Hört! hört!) Das ist so empörend, daß wir es nicht oft genug wiederholen können. Hunderttausende Frauen müssen mit schmerzdurchwühltem Körper bis zum letzten Augenblick arbeiten, in Preußen müssen 128 000 Frauen ohne jede Hebammen- oder ärztliche Hilfe entbinden, und kurz darauf müssen sie, von der Not gepeitscht, wieder an die Arbeit gehen. Von allem Mutterglück behalten sie nichts übrig, als eine Anzahl Kindergräber auf dem Friedhof. (Bewegung.) Wenn wir den Frauen klarmachen: so haben die Bürgerlichen Eure Interessen vertreten, hättet Ihr alle in unseren Reihen gestanden, so hätten unsere Abgeordneten viel mehr durchsetzen können — glauben Sie nicht, daß das vielen die Augen öffnen wird? (Stürmische Zustimmung.) Darum müssen wir diese Agitation und die für eine wirksame Witwen- und Waisenversicherung immer wieder in den Vordergrund stellen. Hierbei haben wir namentlich des volksverräterischen Zentrums zu gedenken. Statt Witwen- und Waisenversicherung gibt es Witwen- und Waisenverhöhnung, der sie eine Witwen- und Waisenberaubung zugesellten. Das alles sind Fragen des praktischen Lebens, und ihre Behandlung muß dazu beitragen, daß die Frauen den Kampf mit uns führen für eine bessere Gegenwart und Zukunft. (Großer Beifall.)

Ihren Höhepunkt erreichte unsere Agitation in dem glänzend gelungenen ersten Sozialdemokratischen Frauentag am 19. März dieses Jahres. Das war nicht nur eine mächtige Kundgebung zugunsten des vollen Bürgerrechts der Frau, sondern vor allem wurde die alte sozialdemokratische Programmforderung mitten in den Vordergrund des Interesses gerückt und die Frauen selbst sind die Träger dieser Forderung gewesen. Ein eigenes Flugblatt wurde in 2½ Millionen Exemplaren verbreitet und die „Gleichheit“ hat ein eigenes Wahlrechtsflugblatt mit Beiträgen bekannter Genossinnen des In- und Auslandes herausgegeben. In manchen Orten wurden Hunderte neuer Mitglieder am Frauentage gewonnen. Für die Zukunft muß die Mitgliederaufnahme noch besser organisiert werden. Der Frauentag hat gezeigt, daß die Frauen politisch reif geworden sind, er hat auch das Vertrauen der Frauenwelt in die Sozialdemokratie gestärkt. Den Frauen ist zum Bewußtsein gekommen, daß überall, wo die Fahne des Sozialismus entfaltet wird, für Frauenrecht und Frauenschutz gekämpft wird. (Bravo!) Die Mitarbeit der Genossinnen ist an manchen Orten musterhaft eingerichtet. Ich denke mir aber diese Mitarbeit nicht etwa so, daß die Beiträge der weiblichen Mitglieder von den Genossinnen und die der männlichen von den Genossen kassiert werden. Alle Arbeit soll gemeinsam sein. Nur die Agitation unter den Indifferenten muß infolge ihrer Rückständigkeit und mit Rücksicht auf die ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse eine besondere sein, die anknüpft an Fragen, die das Interesse der Frauen in besonders hohem Maße in Anspruch nehmen.

Den Wünschen, öfter als bisher Artikel an die Parteipresse zu schicken, können wir nicht nachkommen, da wir doch noch andere Aufgaben haben. Die Genossinnen sind verpflichtet, auch an der örtlichen Parteipresse mitzuarbeiten. Wir haben auch die zur Agitation verbreiteten Kalender mit Beiträgen versorgt und diese stille Arbeit hat sicherlich auch ihre Früchte gebracht. Es ist die Anstellung weiblicher Parteisekretäre angeregt worden. (Lebhaftes Sehr richtig!) Diesem Wunsch soll nach den Reichstagswahlen nähergetreten werden. Daß weibliche Sekretäre sehr gut wirken würden, ist nicht zu bezweifeln. Die Erfolge der Agitationstouren könnten dadurch befestigt werden. Heute ist gerade die Wiedergewinnung der einmal verloren gegangenen Mitglieder sehr schwierig. Auch die Leitung der Leseabende erfordert an manchen Orten eigene Kräfte. Wir wollen in Zukunft noch mehr Agitationsmaterial ausgeben und natürlich stellt uns die Reichstagswahl vor besondere Aufgaben. Die kleine Broschüre: „Die Frauen und die Reichstagswahlen" ist bereits in 60 000 Exemplaren verbreitet und mindestens 10 000 Exemplare der Schrift: „Die Frauen und der politische Kampf" sind bereits bestellt. Während die erste Schrift der Agitation unter den Indifferenten dient, ist die letztere für die Genossinnen bestimmt. Eine weitere Flugschrift und die nötigen Flugblätter werden rechtzeitig zur Verfügung gestellt. Soviel über Agitation und Organisation.

Durch Beschluß der Bremer Frauenkonferenz sind die Kinderschutzkommissionen eingerichtet worden, die die Erwerbsarbeit von Kindern zu kontrollieren, gegen sie einzuschreiten und Material hierüber zu sammeln haben. Durch ein Zirkular des Vorstandes und der Generalkommission ist diesen Kommissionen empfohlen worden, zunächst durch gütliche Vereinbarung zu versuchen, Wandel bei Uebertretungen zu schaffen; wo das nicht hilft, dort solle man übergehen zu Anzeigen an die Gewerbeinspektion oder die Gewerbepolizei. Das Ziel muß sein, an die Stelle der Erwerbsarbeit der Kinder die Arbeitsschule zu setzen. (Sehr richtig!) Die Ergebnisse der Arbeit der Kinderschutzkommissionen sind auf Beschluß des Parteivorstandes von dem Frauenbureau bearbeitet worden. In dem Schlußkapitel dieser Broschüre, die wir Ihnen leider heute noch nicht vorlegen können, ist auch ein Ausblick auf die weitere Tätigkeit der Kinderschutzkommissionen gegeben. Sie sollen in Zukunft nicht nur die Einhaltung der Bestimmungen des Kinderschutzgesetzes überwachen und der Kinderverwahrlosung entgegenarbeiten, sondern wo sie feststellen, daß die bittere Not der Eltern sie treibt, die Kinder in die Erwerbsarbeit zu schicken, sollen sie helfend eingreifen. Nicht nur Stiftungen soll man dazu in Anspruch nehmen, sondern unbedenklich auch die Armenverwaltung, denn es handelt sich in solchen Fällen nicht um ein demütiges Bitten, sondern um einen Rechtsanspruch. (Zustimmung.) Deshalb müssen die Kinderschutzkommissionen in engste Fühlung treten mit den Genossinnen und Genossen, die in der Armenverwaltung, in den Waisenkommissionen und als Stadtverordnete tätig sind. Weiter muß das gesamte Material, das die Kommissionen zutage fördern, auch agitatorisch nutzbar gemacht werden, damit an der Hand desselben auch unsere Forderungen an die Gemeinde, wie die Einführung von Schulspeisungen, von Kindergärten und Kinderhorten mit Nachdruck geltend gemacht werden. Diese Agitation wird auch die Entwickelung des Kinderschutzes in der Richtung zum Verbot jeglicher Erwerbsarbeit von Kindern bis zum vollendeten 14. Lebensjahre weitertreiben. Wo entsprechende kommunale Einrichtungen noch nicht bestehen, sollen Mitglieder der Kinderschutzkommissionen die Kinder der Genossen und Genossinnen um sich sammeln und an bestimmten Tagen in den Ferien mit ihnen ins Freie wandern und sie dort unter ihrer Aufsicht sich vergnügen und spielen lassen. Durch solche Tätigkeit werden die Genossinnen auch einen außerordentlichen Einfluß auf die Kinder und ihre Eltern gewinnen. Bei

einer weiteren Ausgestaltung der Kinderschutzkommissionen werden diese wesentliches leisten können bei dem Bemühen, den Kindern die Freude und die Freiheit der Jugend wiederzugeben und ihre Entwickelungsmöglichkeit zu fördern. Die Kommissionen werden ein gutes Stück Volkserziehung leisten können.

Durch den Anschluß der Frauen an die gemeinsame Organisation haben wir an Bewegungsfreiheit eingebüßt und manche Genossin, die in einer gut entwickelten Frauenbewegung tätig war, mag sich dadurch beengt fühlen. Aber wir haben dafür die Unterstützung der Gesamtorganisation und der gesamten Partei erhalten. Manche von uns angeregte Aktion konnten wir früher nicht ausführen, weil es an Mitteln und Kräften fehlte. (Sehr war!) Das ist anders geworden. Ich freue mich, daß wir gemeinsam mit den Genossen die Proletarierinnen heranholen und schulen wollen. Dadurch, daß die Autorität der Partei hinter uns steht, hat unsere Werbekraft zugenommen. Das zeigt sich in den Fortschritten der Frauenorganisation. Die Frauen haben es verstanden, sich innerhalb der gemeinsamen Organisation durchzusetzen, und wenn hie und da auch noch Reibungen und Konflikte entstehen, so ist es doch nur eine Frage der Zeit, daß sie verschwinden. Ich bitte Sie daher, auf dem begonnenen Wege fortzuschreiten, damit wir auf der nächsten Frauenkonferenz sagen können, wir haben viel glänzendere Fortschritte gemacht als in den ersten drei Jahren unseres Zusammenschlusses. (Beifall und Händeklatschen.)

Auf Antrag der Genossin Zetkin-Stuttgart wird sofort in die Diskussion über das Referat eingetreten.

Genossin **Rauhe**-Braunschweig: Auch nach dem Inkrafttreten des Reichsvereinsgesetzes wird unsere Frauenbewegung in Braunschweig von der Polizei in der verschiedenartigsten Weise schikaniert: Versammlungen unter freiem Himmel werden verboten und Teilnehmerinnen an öffentlichen Versammlungen werden auf dem Nachhausewege sistiert und mit Strafmandaten bedacht. Der bürgerlichen Frauenbewegung werden die gleichen Hindernisse nicht bereitet. — Auch für Braunschweig ist von der Partei die Einrichtung von Diskutierabenden für die Frauen beschlossen. Ebenso ist eine Kinderschutzkommission gegründet.

Genossin **Fahrenwald**-Berlin: Aus der reichen Fülle des Materials, das die Genossin Zietz angeführt hat, will ich nur einige Punkte herausgreifen. Unsere Frauenbewegung ist groß geworden, doch hätte sie noch weit größer sein können, wenn der in den Versammlungen ausgestreute Same besser gepflegt würde. Die leitenden Genossen sind dazu nicht imstande und deshalb sollten auch weibliche Parteisekretäre angestellt werden. (Lebhaftes Sehr richtig!) Wenn die Genossen uns auch ehrlich versprechen, für die gewonnenen Genossinnen Leseabende einzurichten, so können sie das nicht tun, weil sie überlastet sind. Auch ist es eine unleugbare Tatsache, daß die weibliche Agitatorin bei den Frauen mehr Erfolge aufzuweisen hat, wie der männliche Agitator. Die Frauen verstehen besser, ihre Geschlechtsgenossinnen an ihrem wirtschaftlichen Elend zu packen. Der Erfolg des Frauentages war ein guter; aber auch da ist in der Leitung verschiedentlich nicht richtig gearbeitet worden und auch das beweist die Notwendigkeit der Parteisekretärinnen. Auch dafür müßten die Parteisekretäre Sorge tragen, daß in jeder Versammlung eine genügende Anzahl von Probenummern der „Gleichheit" vorhanden ist.

Genossin **Evers**-Hannover: Mit der allgemeinen Beteiligung an dem Frauentage konnten wir zufrieden sein. Aber gerade dieser Frauentag beweist, daß an dem schlechten Besuch der Versammlung durch die Frauen lediglich die Genossen selbst schuld sind. Die Frauen, die ich nach dem Frauentage aufsuchte, um sie für die Organisation zu gewinnen, erklärten mir oft, dies sei die erste

Versammlung gewesen, die sie besucht hätten. Wie schädlich die geringe Aufklärung der Frauen ist, zeigte sich in Hannover bei dem großen Maurerstreik. Damals wurde eine Versammlung einberufen, um die Frauen darüber aufzuklären, daß sie die Männer zum Ausharren und nicht zum Gegenteil anfeuern müßten. An die Genossen also müssen wir appellieren, daß sie ihre Frauen nicht zurückhalten, sondern zum Besuch der Versammlungen anfeuern.

Genossin Zetkin: Von den vielen Resultaten des Frauentages, die hier besprochen worden sind, ist noch eins von besonderer Bedeutung hinzuzufügen. Der Frauentag hat durch seine Konsequenzen erwiesen, wie außerordentlich wichtig es im Interesse der proletarischen Frauenbewegung und der gesamten Sozialdemokratie ist, daß man den Genossinnen ein gewisses Recht der Initiative und eine gewisse Bewegungsfreiheit läßt, selbstverständlich, im Rahmen der Organisation. Als es sich darum handelte, den Antrag auf Abhaltung des Frauentages in Kopenhagen einzubringen, standen so viele Genossen und Genossinnen diesem Antrag ablehnend gegenüber, daß er nicht namens der ganzen deutschen Delegation eingebracht werden konnte, sondern als von Einzelpersonen eingebracht gelten mußte. Die Befürchtungen, daß diese Aktion nicht zum Nutzen der allgemeinen sozialdemokratischen Bewegung durchgeführt werden könnte, sind glänzend widerlegt worden. Unser Auftreten hat nicht den schwächsten frauenrechtlerischen, eigenbrödlerischen Beigeschmack gehabt. Unsere Aktion war eine solche des aufgeklärten und organisierten Proletariats ohne Unterschied des Geschlechts. Der sozialdemokratische Frauentag ist ohne Zweifel die ernsteste und gewaltigste Kundgebung, die in den letzten Jahren für das Frauenwahlrecht überhaupt stattgefunden hat. (Sehr richtig!)

Die mit so viel Tamtam und Reklame veranstalteten Kundgebungen der Suffragettes in London machen nach außen hin gewaltigen Eindruck, aber sie haben niemals die innere Kraft und die politische Wirkung wie unser Frauentag, der gezeigt hat, daß der Kampf für das Frauenwahlrecht in Deutschland nicht nur und nicht in der Hauptsache von der Elite der bürgerlichen Frauenbewegung getragen wird, sondern daß er eine Massenerscheinung ist, die in der breiten Schicht der erwerbstätigen proletarischen Frauen ihre Kraft und Stärke besitzt. Je schwächer sich die bürgerliche Frauenbewegung erweist, eben als Reflexbewegung des schwächlichen bürgerlichen Liberalismus, die Forderung des gleichen Wahlrechts zum Siege tragen zu können, um so wichtiger ist es, daß wir dem ganzen weiblichen Geschlecht vor Augen führen, daß es in Deutschland nur eine Partei gibt und sogar eine das allgemeine Leben beherrschende Partei, die Sozialdemokratie, die konsequent und mit der höchsten Treue wieder und wieder für die Forderung eintritt, die eigentlich nur die Konsequenz des zu Ende durchgedachten Liberalismus ist. Wir lenken die Blicke aller mit zwingender Gewalt darauf, daß heute auch im Kampfe für die volle Gleichberechtigung der Geschlechter die Sozialdemokratie allein die Testamentsvollstreckerin des Liberalismus und Idealismus ist, der in der voraufgegangenen Periode vom Bürgertum vertreten wurde, und diese Lehre wird an der Oeffentlichkeit nicht spurlos vorübergehen. Weite Kreise des weiblichen Proletariats werden dadurch veranlaßt, sich um das Banner der Sozialdemokratie zu scharen. So segensreich aber auch die Wiederholung des Frauentages wirken wird, so möchte ich doch nicht, daß man sich von vornherein an ein bestimmtes Datum binden sollte. (Sehr richtig!)

Wir wissen nicht, wie die politische Situation bei den Reichstagswahlen sich gestalten wird und wann und unter welchen Formen eine Erneuerung des preußischen Wahlrechtskampfes eintreten kann, die auch alle Bundesstaaten, wo das allgemeine Wahlrecht noch nicht eingeführt ist, in Mitleidenschaft ziehen muß. Ueberlassen wir darum die Festsetzung des Tages jener Instanz, die bis-

her mit väterlicher Weisheit und väterlichem Wohlwollen unsere Bewegung unterstützt hat, nämlich dem Parteivorstand. (Große Heiterkeit und Beifall.)

Genossin Roth-Hamburg: Wir sind mit unserer Mitgliederzunahme nicht zufrieden. 900 Mitglieder für Hamburg sind entschieden zu wenig. Die Broschüre der Genossin Zietz: „Mutter- und Säuglingsschutz" haben wir gratis verteilt. Der Frauentag brachte uns eine große Anzahl neuer Mitglieder. Der Kinderschutzkommission hat sich eine große Anzahl Genossinnen zur Verfügung gestellt, obgleich es schwer ist, die Genossinnen zu diesem sehr unangenehmen Posten heranzuziehen. Das Zusammenarbeiten der Genossen in Hamburg ist ein gutes, alles, was für die Agitation unter den Frauen notwendig ist, wird uns bewilligt.

Genossin Seelinger-Meiningen: Obgleich wir auch schon vor dem Reichsvereinsgesetz das Recht hatten, Frauen in politische Vereine aufzunehmen, sind ein gut Teil unserer Genossen noch heute der Meinung, daß die Frau es nicht nötig habe, sich um die politische Bewegung zu kümmern, und so war am Frauentage die erste Frauenversammlung seit 6 Jahren überhaupt. (Hört! hört!) Und das, obgleich doch Meiningen von der Heimindustrie durchseucht ist. Immerhin haben wir Fortschritte gemacht. Was mich bewogen hat, das Wort zu nehmen, ist, daß meiner Ansicht nach die Frauenwahlrechtszeitung ihren Zweck, der Agitation unter den indifferenten Frauen zu dienen, nur sehr unvollkommen ausführen konnte, weil sie zu viele und zu schwer verständliche Artikel enthielt. Darum möchte ich bitten, künftig bei Herausgabe einer solchen Zeitung eine andere Art der Aufmachung dafür zu wählen.

Genossin Grünberg-Nürnberg: Durch die Anstellung weiblicher Sekretäre würde die Frauenbewegung gewaltig vorwärts gehen. (Sehr richtig!) In Nürnberg hätte sich die Zahl der weiblichen Gewerkschaftsmitglieder in fünf Jahren nicht von 2000 auf 11 000 vermehrt und wir hätten nicht 1300 politisch organisierte Frauen, wenn nicht eine Sekretärin angestellt wäre. Je aufgeklärter die Frau ist, desto mehr Forderungen kann sie doch stellen und desto besser müssen die wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiterklasse werden. Der Frauentag ist bei uns glänzend, aber auf dem Lande weniger gut verlaufen. Auch in München war die Beteiligung nicht so groß. Die „Gleichheit" ist für die Referentinnen geschrieben, aber nicht für das Volk. Nicht der eigentliche Inhalt, sondern die Kinderbeilage hat die „Gleichheit" so außerordentlich beliebt gemacht. (Sehr richtig! und Widerspruch.) Wenn irgend möglich, sollte Genossin Zetkin noch einmal umsatteln (große Heiterkeit) und die „Gleichheit" populärer schreiben. Der hohe Abonnentenstand ist durch die Abonnements der Gewerkschaften hervorgerufen. Es kommt aber nicht auf die Abonnentenzahl, sondern darauf an, daß die Zeitung gelesen wird! (Zustimmung.) Zur Tätigkeit der Kinderschutzkommission möchte ich auf die Armenpflege hinweisen. Uns gelang es durchzusetzen, daß für 100 Kinder, die im Nürnberger Armenhaus untergebracht sind und dort verwahrlosten, ein Kindergarten errichtet und eine Kindergärtnerin angestellt wurde. Die Aermsten der Armen werden wir für die Arbeiterbewegung nicht gewinnen können. Die Kinder aber können wir nach und nach erziehen und später können sie der Arbeiterbewegung zugeführt werden. (Lebhafter Beifall.)

Genossin Duncker-Stuttgart: Wenn wir in Süddeutschland in bezug auf die Frauenorganisation noch zurückgeblieben sind, so liegt das an den rückständigen wirtschaftlichen Verhältnissen. Immerhin sind wir in Stuttgart seit 1908 von 77 auf 500 Mitglieder gekommen und in Göppingen haben wir bei 500 männlichen 300 weibliche Mitglieder. Die kleinbürgerliche Rückständigkeit spielt hier auch noch eine große Rolle. Viele Frauen scheuen sich, in eine

öffentliche Wirtschaft zu gehen und es ist vorgekommen, daß Ehemänner ihren Frauen die Teilnahme an den Diskussionsabenden untersagten, wenn sie länger als bis 10 Uhr abends ausblieben. (Große Heiterkeit.) Zu dem Punkt Kinderarbeit beantrage ich namens der Stuttgarter Genossinnen die von uns eingebrachte Resolution. Bei uns in Stuttgart wird leider die „Tagwacht" noch vielfach durch Kinder ausgetragen. Wenn man an die Eltern herangeht, wird man auch noch grob abgewiesen. Wir müssen also zunächst intensive Aufklärungsarbeit leisten. (Bravo!)

Genossin **Wackwitz**-Dresden: Daß die Genossen uns nicht genügend Mittel zur Agitation zur Verfügung stellen, darüber kann ich nicht klagen. Wir müssen aber dafür sorgen, daß die Mitarbeit der Frauen selbst stärker wird und der Kreis derer, die sich an der Mitarbeit beteiligen, größer. Deshalb befürworte auch ich die Anstellung weiblicher Parteisekretäre. Wichtig ist auch die Mitarbeit der Presse. Wenn diese größer wird, wenn mehr Arbeiterinnen an der Arbeit in der „Gleichheit" sich beteiligen, wird diese auch populärer werden.

Hierauf tritt die Mittagspause ein.

Nachmittagssitzung.

Vorsitzende **Zietz**: Vor Eintritt in die Verhandlungen wollen wir unserer Toten gedenken. In den vergangenen drei Jahren, besonders im letzten, hat der Tod reiche Ernte unter den Genossen und Genossinnen gehalten. Unter den vielen, die er uns entrissen, gedenke ich besonders der Genossin Emma Ihrer, die eine Pionierin gewesen ist der Frauenbewegung und der allgemeinen gewerkschaftlichen Bewegung. Weiter bedauern wir den Verlust der Genossin Julie Bebel, die freilich innerhalb der Arbeiterbewegung nicht sehr hervorgetreten ist, aber die Berliner Genossen wissen, daß in jener Zeit, in der es noch schwer war, sich innerhalb der Arbeiterbewegung zu betätigen, es keine Veranstaltung der Frauen gab, in der Genossin Julie Bebel fehlte. Vor allem aber danken wir ihr für das, was sie innerhalb ihrer Familie getan und wodurch sie unserem Genossen Bebel erst die Möglichkeit gegeben hat, das für uns zu sein, was er uns war und ist. Schwere Verluste haben auch die Genossen in Augsburg und Mannheim erlitten und wir bedauern mit ihnen und so vielen anderen den Verlust aller derer, die, in der großen Oeffentlichkeit weniger bekannt, doch eifrig und pflichttreu gewirkt haben. Besonders möchte ich des Genossen Singer gedenken, der uns auf der vorigen Frauenkonferenz begrüßte und der stets bereit war, unsere Bewegung zu fördern. Ich bitte Sie, sich zum Gedächtnis unserer Toten von Ihren Plätzen zu erheben. (Die Versammelten ehren das Andenken der Verstorbenen durch Erheben von den Plätzen.)

Begrüßungstelegramme sind von den Genossinnen aus Leipzig und Gera eingegangen.

Genossin **Ennenbach**-Frankfurt a. M.: Dem Antrag der Genossin Zetkin, den Frauentag in ganz Deutschland zu wiederholen, werden wir wohl alle zustimmen. Die Genossinnen der Städte, in denen durch diese Veranstaltung 300 bis 400 Genossinnen neu gewonnen wurden, sollten uns näheres über die Art ihrer Agitation mitteilen, damit auch wir anderen in ähnlicher Weise vorgehen. Zur intensiveren Agitation unter den Frauen werden wir in allen Urwahlbezirken neben den männlichen auch weibliche Funktionärinnen stellen. — Unsere Kinderschutzkommission in Frankfurt ist noch jung, hat aber doch schon recht gute Erfolge erzielt, sie hat auch schon weitergehende Aufgaben erfüllt und in den Ferien die Schulkinder täglich in den Wald geführt.

Genossin **Ott**-Hanau: Ueber den Zuwachs an Mitgliedern in ganz Deutschland werden wir uns wohl alle freuen. Ich habe aber doch wahrgenommen, daß er in erster Linie in den großen Städten erzielt ist. In den noch rückständigen ländlichen Wahlkreisen fehlt es an Sekretären. Wo die Anstellung eines zweiten Sekretärs notwendig wird, sollte man einen weiblichen anstellen. (Zustimmung.) In den Landorten werden wir außerordentlich schikaniert. So verbot ein Bürgermeister eine mangels eines Lokals auf einem Hof einberufene Versammlung, weil auf dem Hofe ein Haufen Steine läge und eine Leiter an einem Baum stände. (Heiterkeit.) Trotzdem kommen wir vorwärts, und werden um so schneller vorwärts kommen, je mehr es uns gelingt, auch die Männer für die Frauenbewegung zu interessieren.

Genosse **Trinks**-Karlsruhe: Nach dem neuen badischen Gemeindewahlgesetz müssen den Schul- und Armenkommissionen Frauen angehören. Die Schulung der Frauen ist deshalb bei uns wichtiger als in den Bundesstaaten, wo die Frauen noch nicht solche Rechte haben. Ich bin nicht für eine Aenderung des Inhalts der „Gleichheit“, sondern dafür, daß von den Provinzial- oder Bezirksparteitagen Frauenbeilagen für die Tageszeitungen geschaffen werden. Die ausgezeichnete Kinderbeilage der „Gleichheit“ könnte doch der Parteipresse beigelegt werden. Die Anstellung weiblicher Parteisekretäre ist mir durchaus sympathisch.

Genossin **Blase**-Mannheim: Im elften badischen Kreis ist die Zahl der weiblichen Mitglieder von 233 auf 584 Mitglieder gestiegen, was zumeist dem Kampf gegen die Teuerung und dem Frauentag zu verdanken ist. In Mannheim ist es uns gelungen, überall Einfluß zu gewinnen. Wir sind vertreten im Parteivorstand und im Jugendbildungsausschuß. Unsere Kinderschutzkommission hat vorzügliches geleistet, könnte jedoch noch mehr tun, wenn die Genossinnen mehr Zeit zur Verfügung hätten. Wir haben ferner ein Agitationskomitee von 35 bis 40 Genossinnen, welche mit freudiger Hingabe sowohl an unseren Arbeiten als auch in der Dienstbotenorganisation tätig sind. Baden hat nur deshalb eine einzige Genossin hierher delegiert, weil wir vor größeren Wahlbewegungen stehen. In ganz Baden ist die Zahl der weiblichen Mitglieder von 455 auf 1437 gestiegen. Auf dem badischen Parteitag, welcher vor 14 Tagen stattgefunden hat und von fünf weiblichen Delegierten besucht war, wurden in einer besonderen Sitzung die Richtlinien gegeben, wie in Zukunft gearbeitet werden soll. Wenn wir fernerhin (wie bisher) von den Genossen unterstützt werden, wird es mit der Frauenbewegung auch in Baden vorwärtsgehen.

Genossin **Bollmann**-Halberstadt: Alle Anregungen, welche die Diskussion für den Frauentag und die Agitation ergaben, unterstreiche ich. Die Klagen über die „Gleichheit“, daß sie für einen Teil der Genossinnen zu schwer verständlich geschrieben sei, werden nie verstummen. Es kann nicht Aufgabe der Gleichheit sein, neugewonnene Genossinnen in die Ideen des Sozialismus einzuführen. Dies muß in den gesonderten Zusammenkünften geschehen. Die „Gleichheit“ muß daher in ihrer jetzigen Art belassen werden. Es bleibt den dazu talentierten Genossinnen unbenommen, populäre Artikel an die „Gleichheit“ einzusenden; Genossin Zetkin fordert ja immer zur Mitarbeit auf.

Genosse **Scheibe**-Bochum: Ich warne vor der Ueberschätzung von Parteisekretärinnen. Wichtiger erscheint mir die Anstellung von weiblichen Personen in den Arbeitersekretariaten. — Die „Gleichheit“, die wir unseren 1500 politisch organisierten Frauen gratis lieferten, ist dem Bedürfnis der arbeitenden Frauen nicht angepaßt. Das geht daraus hervor, daß unsere Frauen selbst

in einer stark besuchten Versammlung beschlossen haben, das Obligatorium aufzuheben. — Eine passende Gelegenheit zur Agitation hat das Frauenbureau vorübergehen lassen: die Königsberger Rede Wilhelms II. Da konnte eingesetzt und die proletarischen Frauen konnten aufgerüttelt werden. Aber das geschah nur an einzelnen Orten. (Unruhe und Widerspruch.)

Vorsitzende **Zietz**: Ich muß richtigstellen, daß die Bochumer Genossinnen das Obligatorium der „Gleichheit" nur abgeschafft haben, weil ihnen vorgerechnet wurde, daß die Partei aus den Beiträgen der Frauen keinen Ueberschuß hat und deshalb das lebendige Interesse der Genossen an der Gewinnung neuer weiblicher Mitglieder erlöschen müsse. Die Frauen sollten dafür eine Frauenbeilage des „Bochumer Volksblatts" erhalten und die „Gleichheit" zu einem Vorzugspreise beziehen können. Die Königsberger Kaiserrede ist wahrhaft in der Agitation genug verwendet worden. (Lebhafte Zustimmung.) Dem Vorschlag, die Abhaltung von Frauentagen abhängig zu machen von einer Kaiserrede, muß ich widersprechen. Wir richten unsere Agitation nicht nach dem Redebedürfnis Kaiser Wilhelms II., sondern nach unseren eigenen Bedürfnissen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen; an einigen Stellen Unruhe.) Ich konstatiere, daß die männliche Seite am unruhigsten ist. (Lebhaftes Sehr richtig! und Heiterkeit.)

Genossin **Simon**-Bremen: Vor dem Zusammenschluß brachten wir es trotz aller fleißigen Arbeit nur auf 680 Mitglieder, nach dem Zusammenschluß haben uns die Genossen tatkräftig zur Seite gestanden, und wir sind jetzt auf 1920 Mitglieder angewachsen. Durch die Gratisgabe der „Gleichheit" haben wir ein tüchtiges Agitationsmittel in die Hände bekommen. Die Erfolge der Kinderschutzkommissionen in Dresden und Frankfurt erfüllen mich gewissermaßen mit Neid, denn bei uns in Bremen verbündet sich mit der Dummheit der Eltern die Polizei, die unserer Kommission alle möglichen Hindernisse in den Weg legt. Wir sind jetzt zur Reorganisation der Kommission geschritten und hoffen dadurch größere Erfolge zu erzielen.

Genosse **Dittmann**-Solingen: Genossin Zietz hat es vorzüglich verstanden, die Kochtopfrede von Scheibe zu vermöbeln. (Heiterkeit.) Die Entwickelung wird dahin führen, daß wir in einigen Jahren einen ganzen Stab weiblicher Sekretäre haben. Sie müssen nur immer ihre Anstellung fordern. Es muß auch im Parteivorstand ein weiblicher Sekretär sitzen. Heute ist eine der beiden Sekretärinnen des Frauenbureaus ehrenamtliches Parteivorstandsmitglied. Wäre diese Genossin einfach Sekretärin im Parteivorstand, dann hätten wir die nötige organisatorische Verbindung mit den Frauen im Lande. (Sehr richtig!)

Genossin **Zetkin**: Wäre die Frauenwahlrechtszeitung zur Agitation unter den Indifferenten bestimmt gewesen, dann würde Genossin Seelinger den Nagel auf den Kopf getroffen haben. Diesem Zweck sollten aber die einzelnen Flugblätter dienen. Die Frauenwahlrechtszeitung aber war für die Genossinnen und Genossen bestimmt, die auch der grundsätzlichen Aufklärung vielfach dringend bedürfen. Sie sollte außerdem ein historisches Dokument der Reife der führenden Genossinnen unserer Bewegung sein und damit der Elite des weiblichen Proletariats. Denn mit verschwindenden Ausnahmen waren alle Beiträge von Proletarierinnen geschrieben. Nun zu dem Lied gegen die „Gleichheit". Die „Gleichheit" ist mit ihren Beilagen organisch verbunden und sie können von ihr nicht losgelöst werden. Die Kinderbeilage ist nicht nur für die Kinder bestimmt, sondern soll auch für die noch Indifferenten zur Erweckung und zur Freude dienen. Auch die „Gleichheit" soll der Erweckung dienen, in der Hauptsache aber der Klärung der grundsätzlichen Auffassung und

der Vertiefung der Kenntnisse bereits geschulter Genossinnen. Wollten wir uns nach den Einwendungen von eben erst gewonnenen Genossinnen betreffs der „Schwerverständlichkeit“ des Blattes richten, so müßten wir immer von vorn anfangen. (Sehr richtig!) Die Schulung der eben erst in unsere Bewegung Hineingezogenen ist Sache der lokalen Organisation und der lokalen Presse. Gestalten Sie die Lese- und Diskutierabende zu einem Organ der Schulung und Vertiefung aus! Warum schreibt Genossin Grünberg nicht die von ihr vermißten populären Artikel? (Heiterkeit.) Ich würde sie von ihr wie von jeder anderen Genossin mit Kußhand entgegennehmen. Kaum in einem anderem Blatt der Partei treten die Berufsschriftsteller neben den gelegentlich schreibenden Proletarierinnen und Proletariern so zurück, wie in der „Gleichheit“. Aber auch die schreibenden Genossinnen schreiten in ihrer Entwickelung fort und schreiben dann nicht mehr so „populär“ wie früher. Soll ich sie da von der Mitarbeit ausschließen? (Heiterkeit.) Ich habe nicht ein Amt, sondern eine Meinung, und danach gestalte ich die „Gleichheit“. Paßt es Ihnen nicht, — ich klebe nicht am Amt. (Bewegung.) Zur Frage der Parteisekretariate befürworte auch ich, daß immer lauter der Ruf erhoben wird, durch Anstellung von Genossinnen die Parteisekretariate zu verbessern. Gegenwärtig wird ein Raubbau mit der Arbeitskraft der Parteisekretäre getrieben, dem die einzelnen sich aus Idealismus hingeben, den aber die Partei nicht dulden sollte. Die bessere Ausgestaltung der Sekretariate durch Anstellung von Genossinnen dürfen wir nicht unter dem Gesichtspunkt der Frage betrachten, was kostet es, sondern was bringt es ein. Deshalb, Genossinnen, sage auch ich: schreien wir, nicht um unserer Interessen willen, sondern im Interesse der Sozialdemokratie. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Genossin **Agnes**-Düsseldorf: Auch wir haben in den letzten Jahren gute Erfolge gehabt, wir sind von 582 auf 999 am letzten Juni gestiegen und haben jetzt schon annähernd 1200 Genossinnen. Unsere Erfolge haben das Zentrum aufgescheucht, das nun auch eine politische Frauenorganisation gegründet hat, die bei der Wahl die Männer dem Zentrum zutreiben soll. Demgegenüber müssen wir mit aller Macht für die Aufklärung der Frauen sorgen. — Auch wir Düsseldorfer Frauen wünschen eine Wiederholung des Frauentages, der doch für uns von außerordentlichem Erfolge war. — Bei der „Gleichheit“ habe auch ich oft das Empfinden, daß die neugewonnenen Frauen sie nicht verstehen können; darauf kann aber die „Gleichheit“ nicht Rücksicht nehmen, sondern wir müssen die Neugewonnenen schulen und aufklären, damit sie die „Gleichheit“ mit Interesse lesen und verstehen lernen.

Genossin **Schlomer**-Lübeck: Für den Frauentag können wir alle nur eintreten. Weiter wünschen wir, daß vom Frauenbureau regelmäßig Artikel an die gesamte Parteipresse versandt werden. Von der „Gleichheit“ sollten wir noch eine kleinere Ausgabe veranstalten, in der die schwierigeren Artikel fortbleiben und für die Anfängerinnen kleine Einsendungen aus dem Leben der Arbeiterinnen gebracht werden. Es fehlt uns ein Frauenblatt im Sinne der „Wiener Arbeiterinnenzeitung“. Durch die Anstellung weiblicher Parteisekretäre soll die Frauenbewegung einen neuen Ansporn erhalten; aber natürlich wird das nur langsam und allmählich gehen. — Mit Unmut sehen wir, daß selbst politisch und gewerkschaftlich organisierte Arbeiter ihre Kinder den Pfaffen in die Hand geben.

Ein Schlußantrag wird, nachdem sich die Vorsitzende Genossin Zietz namens des Bureaus gegen ihn ausgesprochen hatte, mit 29 gegen 25 Stimmen abgelehnt.

Genossin Aubratschke-Kiel: An den erfreulichen Fortschritten der proletarischen Frauenbewegung sind auch wir im siebenten schleswig-holsteinschen Wahlkreise beteiligt. Die Zahl der weiblichen Mitglieder ist im letzten Jahre von 1600 auf 2455 gestiegen, was in erster Linie der von den Genossinnen betriebenen intensiven Hausagitation zu danken ist. Zu dem glänzenden Verlauf des Frauentages hat beigetragen, daß in allen 7 Versammlungen, die am 19. März stattfanden, Frauen aus unserem Wahlkreise redeten. Sie sind durch die Kreisleitung mit Material ausgerüstet worden. Ich möchte dieses System allerorts zur Nachahmung empfehlen. Unsere Kinderschutzkommission arbeitet mit gutem Erfolg. Das Zusammenarbeiten mit den Genossen ist sehr gut und läßt uns für die Zukunft noch größere Fortschritte erwarten.

Genossin Brandenburg-Hamburg: Auch mir ist die Zunahme weiblicher Mitglieder für Hamburg nicht genügend. Dennoch haben wir keinen Grund, mit der Aufwärtsentwickelung unserer Frauenbewegung im letzten Jahre unzufrieden zu sein. Die Zahl unserer weiblichen Mitglieder ist von 5024 auf 5895, also um rund 900, gestiegen. Diese verhältnismäßig gute Zunahme im letzten Jahre haben wir hauptsächlich der Mitarbeit unserer Genossen zu verdanken. Wohl mit als Wirkung unserer vermehrten Frauenbildungsabende seit Januar d. J. setzt sich immer mehr die Einsicht von der Notwendigkeit, die Frauen zu organisieren, durch. Ein besseres, planmäßigeres Hand-in-Hand-arbeiten von Partei und Gewerkschaft wäre überall durchaus geboten. Oeffentliche Versammlungen, die für die Frauen arrangiert werden, muß man auch Frauenversammlungen nennen, nicht Volksversammlungen, denn sonst kommen in erster Linie die Männer. Durch ein noch besseres Mitarbeiten der Gewerkschaften könnten wir weitere Fortschritte an Mitgliedergewinn erzielen. Der Kinderschutz hat in Hamburg relativ günstige Erfolge zu verzeichnen. Die „Gleichheit" wünschen wir so weitergeführt, wie bisher. Die Frauen- und Kinderbeilage genügt durchaus zur ersten Erziehung der neugewonnenen Genossinnen. Die Frage der weiblichen Sekretäre muß lokal geregelt werden, da läßt sich kein Schema aufstellen. Z. B. in industriell stark entwickelten Gegenden würde anstatt einer Parteisekretärin eine Arbeitersekretärin mehr am Platze sein, die gleichzeitig die politische Agitation unter dem weiblichen Proletariat zu leiten hätte.

Genossin Hennig-Leipzig: Nur durch entsprechend frühe Agitation vor den Frauentagen ist die Mitgliedergewinnung möglich. Die alljährliche Wiederholung der Frauentage empfehle ich. In Kinderschutzangelegenheiten gehen wir nur im äußersten Falle an die Behörden. Der Staat, der das Heer ernährt, muß auch die Pflicht fühlen, die Schulkinder zu verpflegen.

Genosse Jäckel-Berlin: Wir Textilarbeiter haben wegen unserer zahlreichen weiblichen Mitglieder ein ganz besonderes Interesse an der Ausgestaltung der „Gleichheit". Das Lied, das die Genossin Grünberg hier gegen die „Gleichheit" gesungen hat, ist so alt, wie die sozialdemokratische Presse überhaupt. Dieselben Vorwürfe hat man einstmals gegen Lassalle, Bebel und Liebknecht erhoben. Die „Gleichheit" muß bleiben wie sie ist. Ich sage vielleicht nicht zu viel, wenn ich behaupte, Sie würden heute nicht hier sitzen und in dieser Weise debattieren können, wenn nicht die „Gleichheit" jahrzehntelang durch prinzipielle Arbeit gewirkt hätte. Im Grunde wird nicht gegen die „Gleichheit" im allgemeinen protestiert, sondern ihre Tendenz ist es, die vielen nicht paßt. (Sehr richtig!) Man hat auch die Gründung eines gewerkschaftlichen Frauenblattes angeregt. Ich bitte Sie, allen solchen Plänen Widerstand entgegenzusetzen und konstatiere ausdrücklich, daß der Vorstand des Verbandes der Textilarbeiter mit der Schreibweise und der Tendenz der „Gleichheit" ein-

verstanden ist. Die Redakteurin Zetkin soll nicht umsatteln, sondern recht fest im alten Sattel sitzen und weiterreiten auf dem alten Weg, und diejenigen, die uns im Wege stehen, werden wir überreiten. (Lebhafter Beifall. — Zuruf: Das gehört nicht hierher!)

Vorsitzende Zietz: Das hat das Bureau zu entscheiden.

Genossin **Baumann**-Altona: Der Bericht unserer Genossinnen im Frauenbureau läßt erkennen, daß die große Fülle von Anregungen, die von dort ausgegangen sind, unzweifelhaft ihr gut Teil zu dem Wachstum der weiblichen Mitgliederzahlen beigetragen haben. Unsere Bewegung ist in die Breite gegangen; es fehlt ihr allerdings noch an Tiefe. Das war aber anderwärts auch so. Alle hier gegebenen Anregungen sollen ja diesem Mangel abhelfen. Dazu dient auch die im Auftrage des Parteivorstandes erschienene Broschüre der Genossin Zietz: „Die Frauen und der politische Kampf." Zur Agitation unter den indifferenten Frauen ist die kleine Schrift: „Die Frauen und die Reichstagswahlen" besonders geeignet. Die letztere ist allen Genossinnen meines Wahlkreises zugestellt und sehr aufmerksam gelesen worden. Die erstere werden die Genossinnen noch erhalten. Wenn sie einen Blick in den Bericht des Parteivorstandes werfen, müssen Sie zugeben, daß Schleswig-Holstein unter Berücksichtigung seiner ökonomischen Struktur mit seinen über 7000 weiblichen Mitgliedern mit an erster Stelle in der Organisation steht. In meinem Wahlkreise ist die Zahl der „Gleichheits"-Abonnenten leider zurückgegangen. Um so nötiger ist eine intensive Agitation der Genossinnen für die „Gleichheit". Die Rednerin begründet den Antrag 72. Die Massenagitation gibt zugleich Gelegenheit, den Frauen die Ursachen der gegenwärtigen Teuerung darzulegen und sie zum Kampfe dagegen aufzufordern. Die Aktion ist zweckmäßig durch Flugblätter und die Presse vorzubereiten. (Lebhafter Beifall.) In Scharen würden die Frauen dann in unsere Versammlungen strömen. Wir würden sie der Organisation zuführen können und dadurch würden wir auch dahin kommen, daß Vorgänge, wie sie in Frankreich geschehen, vermieden werden: die Hungerrevolten, die schließlich doch zu nichts führen.

Genossin **Grünberg**-Nürnberg: Ich verwahre mich dagegen, daß meine Ausführungen so ausgelegt werden, als ob darin der Gegensatz radikal und revisionistisch zur Geltung kommen soll. Ich will, daß für die Frauen ein Blatt geschaffen werde, das sie verstehen und auch lesen. Da sollte man nicht von einer bestimmten Richtung reden. Ich bin Sozialistin. Solange ich lebe, werde ich für die Arbeiterinnen arbeiten und werde mir dieses Lebensziel von niemand verekeln lassen. Die Empfindlichkeit der Genossin Zetkin, wenn man ein Wort gegen die „Gleichheit" sagt, ist unangebracht. Kritik müssen wir uns alle gefallen lassen und sollen daraus lernen. Vielleicht fragt man einmal die Textilarbeiterinnen, ob sie die „Gleichheit" gelesen haben. Ich komme täglich mit den Arbeiterinnen zusammen und weiß, daß sie die „Gleichheit" nicht lesen, selbst die populären Artikel, die zuweilen in der „Gleichheit" stehen, werden nicht gelesen, sogar nicht von Genossinnen, die bei uns mitarbeiten, weil sie schon gewohnt sind, in der „Gleichheit" nur Dinge zu finden, die für sie keinen Wert haben, so daß sie das Blatt ohne weiteres beiseite legen. Machen wir uns doch kein X für ein U vor. Die „Arbeiterinnen-Zeitung" in Wien ist viel populärer geschrieben, und bei uns müßte es auch möglich sein, die weiblichen Kräfte zur Mitarbeit heranzuziehen. Wenn Genossin Zetkin von mir verlangt, ich soll die populären Artikel schreiben — nun einer kann nicht alles machen. Und wenn man sagt, überhaupt sollte man nicht in so beleidigender persönlicher Weise diskutieren, ja wenn wir unserer Meinung nicht freien Ausdruck geben könnten, dann wäre die Konferenz überflüssig, auf der wir uns

doch nach allen Richtungen aussprechen wollen. Zur Frage der Arbeitersekretärinnen bemerke ich, daß überall weibliche Kräfte angestellt werden müssen, gleichgültig, ob es sich um Parteisekretariat, Arbeitersekretariat, Gewerkschaft oder Gauleitung handelt. Die Hauptsache ist, daß auch eine weibliche Kraft vorhanden ist.

Ein Antrag auf Schluß der Diskussion wird angenommen.

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Genosse **Scheibe**-Bochum: Ich stelle fest, daß das Obligatorium der „Gleichheit" in Bochum nicht aus finanziellen Gründen aufgehoben worden ist. Die bissige Bemerkung der Genossin Zietz über meine Aeußerung betreffs der Kaiserrede hat das umgedreht, was ich sagen wollte. Das konstatiere ich auch gegenüber Dittmann.

Genossin **Zietz**: Auf der maßgebenden Konferenz in Bochum wurde ausdrücklich erklärt, daß aus finanziellen Gründen die Frauenbeilage des „Volksblatt", die „Gleichheit", nicht mehr beigelegt wurde. Ein erst dieser Tage zugesandtes Zirkular des Parteisekretärs beweist dies. (Hört! hört!)

Genossin **Zetkin**: Es liegt mir durchaus fern, unserer Freundin Grünberg den Vorwurf ungenügender Tätigkeit für die „Gleichheit" zu machen. Ich weiß, daß ihre Mitarbeit ein Opfer bedeutet.

Referentin Genossin **Zietz**: Der Wunsch auf größere Berücksichtigung der Landorte ist in den Kreisversammlungen vorzubringen. Den Wünschen, an die Parteipresse mehr Artikel zu schicken, wollen wir gern nach Kräften entsprechen. Die Frage, wie die Genossinnen in die Kinderschutzkommission gewählt werden, ist eine Frage der örtlichen Organisationen und gehört nicht hierher. Sie erhalten demnächst eine Broschüre mit Anweisungen über die Aufgaben der Kinderschutzkommissionen und es wird dann Ihre Sache sein, unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse gemeinsam mit der örtlichen Parteileitung und dem Gewerkschaftskartell das Tätigkeitsgebiet der Kommission festzulegen. Das Mittel zur Mitgliedergewinnung ist die Einsetzung eigener nur damit betrauter Kommissionen. Eine Bemerkung der Genossin Brandenburg könnte leicht falsch verstanden und von der bürgerlichen Presse gegen uns ausgenutzt werden. Sie hat gesagt, die Genossinnen werden mehr Zwangsmitglieder sein. Auch die Männer sind zunächst Zwangsmitglieder. Ich kenne Genossin Brandenburg viel zu gut, als daß ich nicht wüßte, daß sie sagen wollte, daß die Frauen und Männer, die uns zuströmen, zunächst nur mit dem Gefühl bei uns sind und erst durch die Schulung überzeugte Sozialisten werden. Nicht wahr, Genossin Brandenburg, so war es wohl gemeint? (Zustimmung der Genossin Brandenburg.) Ich stelle fest, daß ich mich in Uebereinstimmung mit ihrer Aeußerung befinde. Genossin Grünberg hat nach der Modezeitung gefragt, die Genossinnen wünschten Schnittmuster und Anweisungen für Anfertigung von Kinder- und Frauengarderobe; dieses Verlangen sei ein sehr weitverbreitetes. Der Parteivorstand hat sich in seinem Bericht darüber geäußert. Vielleicht könnte zur Einführung in unsere Ideen ein eigenes Organ geschaffen werden, das einfach und populär geschrieben ist und den Wünschen nach Schnittmustern und Anweisungen über die Herstellung von Kindergarderobe entgegenkommt. Also keine Modenzeitung, wie irrtümlicherweise immer wiederholt wird. Es wird das Blatt durchaus kein Konkurrenzunternehmen der „Gleichheit" sein, sondern unseren Ideen Eingang verschaffen in Kreisen, die uns bisher unzugänglich waren. Diese Frage wird den Parteivorstand nach den Reichstagswahlen beschäftigen.

Zur Frage der Anstellung weiblicher Sekretäre hat sich der Parteivorstand prinzipiell zustimmend geäußert. Arbeiten wir unablässig für unsere Organi-

sation und wenn Sie Rat oder Beistand brauchen, denken Sie an Ihre Zentrale in Berlin. (Lebhafter Beifall.)

Nunmehr erstattet den zweiten Teil des Geschäftsberichtes des Frauenbureaus über

Leseabende und Beschwerdekommissionen

Genossin **Ottilie Baader**: Als nach dem Parteitage in Gotha im Jahre 1896 weibliche Vertrauenspersonen zur Betreibung der sozialdemokratischen Propaganda gewählt werden sollten, fehlte es an durchgebildeten Sozialistinnen. Wir predigten, was wir auch heute noch predigen: lest und lernt. So entstanden die Lese- und Diskussionsabende, in denen die Frauen die erste politische Ausbildung erhielten, politische Zeitungen und Broschüren lesen lernten. Und da, wo es an Kräften mangelt, muß dieser Weg auch heute beschritten werden. Die Werke unserer großen Vorkämpfer Engels, Marx, Lassalle, Bebel u. a. waren unser Lehrstoff. Unser Streben ging dahin, die Frauen mit den sozialistischen Lehren, dem sozialistischen Programm vertraut zu machen. Aus den Leseabenden mit ihren Diskussionen ist ein großer Teil unserer Rednerinnen hervorgegangen. (Sehr richtig!) Viele der Anwesenden haben auf den Leseabenden ihre ersten praktischen und politischen Kenntnisse erworben. Unter dem alten Vereinsgesetz war die einzige Möglichkeit für das Zusammenhalten der Genossinnen der Leseabend. So mühselig diese Agitation war, so notwendig war sie. Und deshalb wurden auch nach dem Zusammenschluß mit der Gesamtpartei die Leseabende als eine notwendige Einrichtung zur Schulung der Genossinnen anerkannt. Durch Mithilfe der Genossen erfolgte daher ihre weitere Ausgestaltung.

In Groß-Berlin finden gegenwärtig an dem einen dazu bestimmten Montag im Monat, der den Frauen vorbehalten ist, 108 Leseabende statt. Die Leiterinnen müssen es allerdings verstehen und sich dazu vorbereiten, die Teilnehmerinnen zur Diskussion anzuregen. Seit dem Zusammenschluß mit der Parteiorganisation werden diese Leseabende statt wie früher meist zweiwöchentlich jetzt vierwöchentlich abgehalten, doch sind sie dafür jetzt besser ausgestaltet mit Hilfe der Genossen. Zu den Leseabenden muß eingeladen werden und es muß eine Liste der Anwesenden geführt werden. So gewinnen wir auch die zur Durchführung von Aktionen erforderlichen Kräfte und deshalb müssen die Leseabende eine dauernde Erscheinung, nicht nur eine vorübergehende bleiben.

Wir haben den Genossinnen auf ihre Anfrage an manchen Orten schriftliche Auskunft gegeben, wie solche Leseabende einzurichten sind. Auch der Parteivorstand hat einen Leitfaden darüber herausgegeben, der Ihnen ja hier zugänglich gemacht wird. In Groß-Berlin sind die Leseabende naturgemäß besonders gut ausgestaltet worden und der Erfolg war ein überraschender. Die Arbeit für den Ausbau dieser Leseabende ist mühevoll und bringt nicht an die Oeffentlichkeit, aber sie ist auch lohnend. Ohne diese mühevolle Arbeit hätten wir nicht eine so gut ausgebildete Zahl von Rednerinnen und Agitatorinnen. Sorgen Sie also auch ferner dafür, daß diese gute, segensreiche Veranstaltung zur Ausbildung des weiblichen Proletariats an immer mehr Orten eingerichtet werde. (Beifall.)

Ueber die Beschwerdekommissionen der Arbeiterinnen habe ich nur wenig zu berichten. Sie werden ja zwar schon seit Jahren propagiert, sind aber doch noch nicht so entwickelt, daß schon ein eingehender Bericht über ihre Wirkung gegeben werden könnte. Schon im Jahre 1900 auf der Konferenz in Mainz wurde betont, daß die arbeitenden Frauen von ihrem Recht oft keine Vorstellung haben und deshalb sich vieles gefallen lassen, was sie bei Kenntnis der gesetzlichen Bestimmungen abwehren würden. Vielfach fürchten sie sich auch, ihre

Beschwerden bei der richtigen Stelle, beim Gewerbeinspektor, anzubringen. Deshalb sind in Berlin gemeinsam mit der Gewerkschaftskommission Beschwerdekommissionen eingerichtet. Die Gewerkschaften haben diese Aufgabe auch mehr und mehr in die Hand genommen. Es ist hauptsächlich eine gewerkschaftliche Aufgabe. Ueber den Fortschritt der Beschwerdekommissionen und ihre Wirksamkeit werden daher die Vertreterinnen der Gewerkschaften eine bessere und genauere Auskunft geben können als ich. Jedenfalls müssen sich die Arbeiterinnen auch dieser Einrichtung annehmen; denn auch sie ist geeignet, unsere Bewegung zu stärken und die Zahl unserer Streiterinnen zu vermehren. (Lebhafter Beifall.)

Hierauf werden die Verhandlungen auf Sonnabend 9 Uhr vertagt.

Schluß 7½ Uhr.

Zweiter Verhandlungstag.

Sonnabend, den 9. September 1911. — Vormittagssitzung.

Es wird in die Diskussion über den Punkt des Geschäftsberichts des Frauenbureaus:

Die Beschwerdekommissionen

eingetreten.

Genossin **Hanna**: Ohne die Mitwirkung der Arbeiter und Arbeiterinnen müssen die Arbeiterschutzgesetze wirkungslos bleiben; die Zahl der Gewerbeaufsichtsbeamten reicht ja nicht aus, auch nur einmal im Jahre sämtliche Betriebe zu besichtigen. Von einer praktischen, amtlichen Kontrolle über die Durchführung der Bestimmungen der Arbeiterschutzgesetzgebung kann also gar nicht die Rede sein. Auch die Art der Kontrolle macht es unmöglich, daß die Beamten die Umgehungen der Bestimmungen erkennen; die Schäden eines Betriebes zu erkennen, ist eben nur den dort Beschäftigten möglich. Daher lassen viele Gewerbeaufsichtsbeamte es sich angelegen sein, die im Betriebe Beschäftigten zu befragen. Aber namentlich die Arbeiterinnen haben eine Scheu, wenn sie von Personen aus einer anderen Gesellschaftsklasse befragt werden, namentlich, wenn diese Personen amtliche Eigenschaft haben. Auch sind die Gewerbeaufsichtsbeamten nicht in der Lage, selbst bei erkannten Mißständen genügend auf Abhilfe zu dringen. Der wirksamste Schutz für die Arbeiter ist die Organisation; aber leider ist gerade von den Arbeiterinnen erst ein sehr geringer Prozentsatz organisiert und deshalb sind gerade in den Betrieben, in denen die Arbeiterinnen beschäftigt sind, die Verhältnisse am schlechtesten. Die Gesetzgebung erkennt einen besonderen Schutz für die Arbeiterinnen als notwendig an und hat für sie besondere Schutzbestimmungen erlassen. Um diesen Schutz auch in der Praxis zu gewähren, sind von uns die Beschwerdestellen eingerichtet. Wohl ist die Durchführung der Schutzbestimmungen Aufgabe der Gewerkschaften, aber nach Lage der Dinge sind die Gewerkschaften allein nicht dazu in der Lage. Die Beschwerdestellen sollen die Beschwerden den Gewerbeaufsichtsbeamten übermitteln, ohne jedoch die Namen der Beschwerdeführenden zu nennen, während die in den Beschwerdestellen tätigen Genossinnen natürlich mit ihrem Namen für die Richtigkeit der Beschwerden einstehen müssen. Aus diesem Grunde brauchen wir zur Entgegennahme von Beschwerden wirtschaftlich unabhängige Personen. Diese finden wir allerdings in den Arbeitersekretariaten; wir wollen aber den Arbeiterinnen Gelegenheit geben, alles sagen zu können, selbst Dinge, über die eine Frau nicht gern zu Männern

spricht. Deshalb haben wir empfohlen, die Entgegennahme von Beschwerden aus Arbeiterinnenkreisen weiblichen Personen zu übertragen, und dies ist der Grund, warum die Errichtung von Beschwerdestellen eine gemeinsame Angelegenheit der Gewerkschaftskartelle und örtlichen Parteiorganisationen geworden ist. Die Tätigkeit der Genossinnen in den Beschwerdekommissionen ist ganz besonders schwierig, denn sie sind meist nicht in der Lage, die Betriebe persönlich zu kontrollieren, und doch müssen wir unseren Stolz daran setzen, daß die Beamten konstatieren müssen, daß die von der organisierten Arbeiterschaft ihnen übermittelten Beschwerden den Tatsachen entsprechen. Oft kommt es vor, daß die Arbeiterinnen sich jahrelang Mißstände gefallen lassen. Kommt dann eine Differenz vor, dann sind sie verärgert und übertreiben in ihrer Beschwerde. Muß der Beamte auch nur in wenigen Fällen solche Uebertreibungen konstatieren, so ist sein Vertrauen zu der Mittelsperson geschwunden, und im Wiederholungsfall können wir ihn nur schwer veranlassen, den Betrieb auf die mitgeteilten Tatsachen hin zu kontrollieren. — In welcher Weise die Beschwerdestellen funktionieren, ist natürlich schwer zu sagen. Bis jetzt haben wir an 50 Orten in Deutschland solche Stellen errichtet, deren Tätigkeit noch nicht weit zurückreicht. Die meisten Beschwerden kamen aus Anlaß der Durchführung des zehnstündigen Normalarbeitstages, und vielfach kamen sogar Fragen von Arbeiterinnen, wie sie seine Durchführung verhindern könnten, weil sie von der Durchführung verminderten Verdienst fürchteten und im Anfang vielleicht auch hatten. Das ist bezeichnend für die ganze Lage der Arbeiterinnen. Mit dem Ausbau der Beschwerdeorganisationen werden wir zur Durchführung der Arbeiterschutzbestimmungen beitragen; wir werden aber damit auch den Organisationsgedanken unter den Arbeiterinnen verbreiten, und das ist die Hauptsache, denn der wirksamste Arbeiterschutz ist die Organisation der Arbeiterschaft. (Beifall.)

Genossin **Simon**-Brandenburg: Wir müssen die Beschwerde gegenüber der Gewerbeaufsicht decken, wenn man auch mitunter versuchen mag, von uns die Angabe zu verlangen, wer Beschwerde geführt hat. Vielfach wird den Arbeiterinnen von Meistern und selbst Unternehmern in schändlichster Weise nachgestellt. Ein solcher Fall, der uns zur Kenntnis kam, führte zur Bestrafung des Unternehmers mit 500 M. Geldstrafe, außerdem hatte er die ganzen Kosten zu tragen. Es ist aber notwendig, daß Beschwerden über solche die Moral schwer schädigenden Vorkommnisse erhoben werden, solange die Arbeiterin noch in der betreffenden Fabrik beschäftigt ist, nicht erst später.

Genossin **Rauhe**-Braunschweig: Selbst die Vertrauenspersonen in großen Fabriken wagen vielfach nicht, mit ihrem Namen in die Oeffentlichkeit zu treten. Die Arbeiterpresse kann durch Veröffentlichung der Beschwerden viel helfen.

Den

Bericht der Mandatsprüfungskommission

erstattet

Genossin **Agnes**-Düsseldorf: Es sind anwesend 75 Delegierte, davon 48 Frauen und 27 Männer. Der Parteivorstand ist vertreten durch die Genossin Zietz und die Genossen Molkenbuhr, Pfannkuch, Liepmann und Wengels, das Frauenbureau durch Genossin Baader, ferner ist anwesend als Redakteurin der „Gleichheit" Genossin Zetkin und als Gast Genossin Popp-Wien in Vertretung der deutschen sozialdemokratischen Frauen in Oesterreich. Wir beantragen, alle Mandate anzuerkennen. Genossin Duncker-Stuttgart ist ohne Mandat hier. Sie erklärt, rechtmäßig gewählt zu sein, und Genossin Zetkin hat es bestätigt. Da aber in Stuttgart das Mandat des Genossen Westmeyer

beanstandet und deshalb eine nochmalige Wahl der Parteitagsdelegierten vorgenommen wurde, hat Genossin Duncker noch keine Nachricht, wie diese vorgestern abend vorgenommene Neuwahl ausgefallen ist. Ihr Mandat ist nicht beanstandet. Die Kommission empfiehlt Ihnen, auch dieses Mandat anzuerkennen.

Die Konferenz nimmt den Antrag der Kommission debattelos an.

Diskussion über die Leseabende.

Genossin Grünberg-Nürnberg: Wir dürfen in den Leseabenden nicht mit dem „Kapital" von Marx und dem „Erfurter Programm" anfangen; damit würden wir die Frauen vergraulen, statt sie zu fesseln. Ein solches Thema paßt nur für geschultere Genossinnen. Die Leseabende dürfen nicht mit anderen Veranstaltungen kollidieren.

Genossin Zetkin: Im Gegensatz zur Genossin Grünberg meine ich, es gibt gar keine hochstehenden oder niedrig stehenden Themata. Nicht der Inhalt macht eine Sache schwer oder leicht verständlich, sondern nur die Art der Behandlung. Es gibt keine schwerfällige und langweilige Theorie, wohl aber kann die Theorie schwerfällig und langweilig behandelt werden. Unsere Leseabende müssen den grundsätzlichen Teil unseres Programms zum Inhalt des Lehrstoffes machen, nur dadurch können wir revolutionäre Kämpferinnen für den Klassenkampf schulen. Aber darin stimme ich mit Genossin Grünberg überein: wir dürfen unsere Grundsätze nicht als blutleere, abstrakte Theorie bringen. Wir müssen sie gegenständlich, greifbar in der kapitalistischen Wirklichkeit zeigen. Damit machen wir sie begreifbar. Um so zu verfahren, müssen wir meines Erachtens „die Deichsel unseres Schulwagens" umdrehen. Wir sollten nicht mit der Vergangenheit beginnen, die weitab von der Gedankenwelt der meisten Proletarierinnen liegt und auch oft von den Lehrenden nur recht unvollkommen beherrscht wird; wir müßten zunächst auf dem Boden der Gegenwart bleiben. Damit werden wir aber auch die ungeschulten Proletarierinnen fesseln, denn natürlich dürfen wir unsere Darlegungen nicht schematisch an den Wortlaut des Programms anknüpfen. Wir müssen vielmehr seinen wesentlichen Inhalt den Genossinnen nahebringen an einem Material, das auch die einfachste Proletarierin beherrscht, weil es aus ihren eigenen Lebensbedingungen geschöpft ist. In jeder Stunde ihres Lebens erfährt sie ja die kapitalistische Wirklichkeit am eigenen Leibe. An diese Erfahrungen müssen wir anknüpfen, nicht aber mit abstrakten Erörterungen anfangen. Durch solchen Unterricht schaffen wir eine feste grundsätzliche Basis für die spätere Arbeit der Genossinnen auf politischem, gewerkschaftlichem und genossenschaftlichem Gebiet. Ueber das W t e des Unterrichts bemerke ich, daß wir mit dem System der Vorträge brechen und nach der Methode von Frage und Antwort unterrichten müssen. Wenn man durch einen Vortrag die Weisheit kübelweise den Genossinnen über den Kopf schüttet, fühlen sie sich entmutigt und fragen nicht. Wenn aber durch richtiges Fragen, Anknüpfen an das tägliche Leben der proletarischen Frauen, die Grundsätze an konkreten Erscheinungen entwickelt werden, wird jeder grundsätzliche Satz für sie ein Erleben, ein Finden und Entdecken. In dieser Weise erwecken wir nicht nur das höchste Maß der Aufnahmefähigkeit, sondern auch der dauernden und freudigen geistigen Mitarbeit mit dem Unterrichtenden. Was am besten die Genossinnen im Sozialismus schult, wird so gleichzeitig zum wirksamsten Mittel, sie zu selbstdenkenden, geistig mitarbeitenden Persönlichkeiten zu bilden, die die sozialistischen Lehren nicht nachsagen, vielmehr durchdringen. (Lebhafter Beifall.) In der Richtung auf dieses Ziel müssen wir auch unser Lehr- und Leitungspersonal schulen.

und diese Schulung will ich nach Kräften durch die „Gleichheit“ zu unterstützen suchen. (Beifall.)

Genossin **Duncker**-Stuttgart: Nicht über die Notwendigkeit, sondern über Gegenstand und Methode der Leseabende haben wir heute zu reden. Auch ich bin der Anschauung, daß der grundsätzliche Teil unseres Programms im Mittelpunkt dieser Veranstaltungen zu stehen hat. Wenn in einem Artikel ausgeführt worden ist, daß man auch von der Behandlung der Kochkiste oder der Reformkleidung zum Sozialismus gelangen könnte, so müssen wir eine derartige Verkrümelung entschieden ablehnen. Die sozialistische Weltanschauung soll nicht Nebenprodukt, sondern Hauptprodukt unserer Aufklärungsarbeit sein. Ob man gleich bei den heutigen Wirtschaftsverhältnissen anfängt oder den chronologischen Gang einschlägt, das richtet sich nach der Vorbildung der Teilnehmerinnen des Diskussionskursus. Von anderen Dingen können meiner Auffassung nach nur zwei Fragen in den Kreis der Erörterung gezogen werden, die Erziehungsfragen und unsere Stellung zur Religion. Unsere Genossinnen sollen imstande sein, die Religion als etwas Gewordenes, Historisches aufzufassen und den durch den Schulunterricht angeregten Zweifelsfragen ihrer Kinder zu begegnen. Was nun die Methode der Leseabende angeht, so bin ich ein Gegner der einleitenden Referate. Je mehr dieses Referat die Zuhörer mit Gedanken überschüttet, desto schwerer kommt dann eine Diskussion in Fluß. Unsere grundsätzlichen Anschauungen sollen von Leiterin und Teilnehmerinnen in Frage und Antwort selbsttätig verarbeitet werden. Das hält die Aufmerksamkeit rege und macht die Gedanken zum inneren Eigentum, nicht zu etwas äußerlich Angelerntem. Wo man dafür geeignete Leiterinnen nicht hat, bleibt die gemeinsame Lektüre. Es wäre erwünscht, wenn die „Gleichheit“ in jeder Nummer einen grundsätzlichen Artikel bringen würde; diese Artikel sollen untereinander im Zusammenhang stehen. Sie sollen dann absatzweise gelesen werden und aus ihnen der Gedankengang, die Disposition, herausgearbeitet werden. Auf diese Weise erziehen wir die Frauen zu selbsttätigem Denken. (Beifall.)

Genossin **Matschke**-Berlin: Der große Nutzen, den die Leseabende in Groß-Berlin gebracht haben, begründet es, daß die Leseabende eine dauernde Erscheinung bleiben müssen. Wir müssen uns allerdings dem Begriffsvermögen der Frauen anpassen, und wenn wir das Erfurter Programm vorführen, dann nicht den theoretischen entwickelungsgeschichtlichen Teil, sondern zuerst die Gegenwartsforderungen. Gerade diese sind den Frauen, die wir in den Volksversammlungen gewinnen, außerordentlich leicht begreiflich. Die Frauen verstehen sehr rasch z. B. das Wesen des Militarismus, des Marinismus und der Kolonialpolitik, deren Folgen sie täglich spüren. Unter den 108 Leseabenden, die allmonatlich in Groß-Berlin stattfinden, sind immer viele mit 100 Besucherinnen. Ich halte aber so stark besuchte Abende nicht für besonders nützlich.

Genossin **Reitze**-Vegesack: Die Durchführung der Leseabende wird, namentlich in den ländlichen Wahlkreisen, dadurch gehemmt, daß es an geeigneten Leitern und Leiterinnen fehlt. Denn vielfach sitzen in den verschiedensten Korporationen der Partei und Gewerkschaften ein und dieselben Personen, die alle Arbeiten der Organisation und Agitation zu erledigen haben. Meines Erachtens muß der Leiter oder die Leiterin der Diskussionsabende ein umfassendes Wissen besitzen, zum mindesten aber die Gelegenheit haben, sich für den zu behandelnden Gegenstand genügend vorzubereiten. Beide Voraussetzungen scheitern aber oft an der ausgedehnten Tätigkeit der in der Arbeiterbewegung tätigen Personen, die als Lehrkräfte in Betracht kommen könnten. Das ist auch der Grund, der die Genossinnen des 18. hannoverschen Wahlkreises

Veranlassung gegeben hat, Stellung zu dieser Frage zu nehmen. Orte nun, die durch Heranziehung geschulter Personen aus Nachbarkreisen den Mangel an Lehrpersonen beheben könnten, werden durch finanzielle Schwierigkeiten daran gehindert. Hier könnte vielleicht durch Wanderredner speziell für die Frauenfrage Wandel geschaffen werden. Ist doch auch die Teilnahme der Frauen an den Wanderkursen des Bildungsausschusses außerordentlich gestiegen.

Genossin Fahrenwald-Berlin: Die Leseabende in Groß-Berlin funktionieren so vorzüglich, daß wir nur öffentlich dem Frauenbureau und dem Parteivorstand für ihre Einrichtungen danken können. Wir brauchen keine Wanderprediger für die Leseabende. Die finanziellen Schwierigkeiten kann man beseitigen, wenn man den Leitern und Referenten, wie in Groß-Berlin, eine kleine Entschädigung, bei uns 1 Mk., gibt. Entgegen der Genossin Grünberg meine auch ich, daß in den Leseabenden sehr wohl das Erfurter Programm zu erörtern ist.

Genossin Buchmann-Niederbarnim: Als Vertreterin eines Landkreises kann ich den Frauen die Leseabende zur Belebung der Agitation nur empfehlen. Durch die Leseabende habe ich die Frauen in die Organisation bekommen; sie sind treu geblieben und unterstützen mich nun schon Jahre hindurch. Wir haben in unserem Landkreise im letzten Jahre 900 Mitglieder gewonnen, davon die Hälfte durch die Leseabende; die in ihnen planmäßig vorbereitete Agitation hat weit besser gewirkt als die Glanz- und Paradeversammlungen.

Genossin Juchacz-Rixdorf: Da naturgemäß die örtliche Parteileitung bei uns für die praktische Regelung dieser Arbeit nicht genügend Zeit hat, haben wir eine Kommission für die Leseabende eingesetzt, und das hat sich glänzend bewährt. Auf Anregung der Genossinnen Baader und Zietz ist in Berlin ein Kursus für die Leiterinnen der Leseabende von Groß-Berlin eingerichtet, und zwar mit sehr gutem Erfolg. Da wir nur vier Delegierte dorthin senden konnten, was für die Bedürfnisse Rixdorfs nicht ausreicht, hat unser Wahlvereinsvorstand einen ähnlichen Kursus eingerichtet. Nach Beendigung desselben haben wir mit seinen Teilnehmerinnen einen Musterleseabend eingerichtet, aus dem eine Reihe tüchtiger Kräfte hervorgegangen sind.

Genossin Zietz: Selbstverständlich bin ich mit der Genossin Zetkin darin einverstanden, daß wir nicht Sozialreformerinnen, sondern revolutionäre Klassenkämpferinnen erziehen müssen. Das haben wir auch in unserem Leitfaden zum Ausdruck gebracht, in dem es heißt, daß die Grundsätze und die Endziele der Sozialdemokratie zu lehren, und die Teilnehmerinnen an sozialistisches Denken zu gewöhnen sind. Dazu aber ist es nötig, daß sie den grundsätzlichen Teil unseres Programms kennen lernen. Im Gegensatz zur Genossin Zetkin bin ich jedoch der Meinung, daß der Entwickelungsgedanke den Genossinnen nicht nur en passant vermittelt werde, sondern es ist außerordentlich wichtig, sie historisch denken zu lehren, damit sie alles, was ist, als geworden begreifen und auffassen. Ob man da immer gleich mit dem System von Frage und Antwort beginnen kann, weiß ich nicht; nicht immer kann man bei dem Menschenmaterial, das wir haben, die dazu doch unbedingt notwendigen Vorkenntnisse voraussetzen. Aber was uns Genossin Zetkin in kurzen Strichen gezeigt hat, ist ja auch nur ein Ideal, das wir morgen jedenfalls noch nicht verwirklichen können. Die Genossin Grünberg erklärte es für unmöglich, Marx' „Kapital" zu behandeln. Ich glaube, das wird auch niemand vorschlagen. Im Leitfaden haben wir es als Literatur angegeben für diejenigen, die weiter studieren. Da übrigens Marx' „Kapital" hier als Schreckgespenst hingestellt wird, so will ich doch doppelt unterstreichen, was schon Genossin Duncker gesagt hat, daß der Teil des „Kapitals", welcher die historische Ent-

wickelung behandelt, so außerordentlich lebendig geschrieben ist, daß er für die einfachste Genossin verständlich ist. Der Genossin Matschke erwidere ich, daß der Vortragende nicht ein Universalwissen zu besitzen braucht, wohl aber muß er den Stoff, der behandelt wird, vollständig zu seinem geistigen Eigentum gemacht haben. Die Einrichtung von Wanderrednerinnen, die Genossin Reitze befürwortet hat, kann ich nicht empfehlen. Ueberhaupt ist die Einrichtung eine Frage der Praxis, deren Regelung von den örtlichen Verhältnissen abhängt. Wenn wir die hier vorgeschlagenen Anregungen nutzbar machen, so werden die Leseabende noch mehr wie bisher dazu beitragen, daß aus den Genossinnen, die aus dem Gefühl heraus zu uns gekommen sind, überzeugte Sozialistinnen, revolutionäre Klassenkämpferinnen werden. (Beifall.)

Ein Antrag auf Schluß der Besprechung wird angenommen.

Genossin **Baader** (Schlußwort): Den trefflichen Ausführungen der Genossin Hanna über die Beschwerdekommissionen kann ich mich nur völlig anschließen. Ueber die vielseitige Diskussion, die an mein Referat über die Leseabende anschloß, bin ich außerordentlich erfreut. Ich bin immer der Meinung gewesen, die Genossin Zetkin hier vertreten hat: Die Theorie muß die Grundlage sein. An unserem Ziel müssen wir alle anderen Fragen messen. Durch fleißiges Weiterarbeiten werden wir dem Ziele näher kommen, das uns Genossin Zetkin geschildert hat. Hätten wir übrigens auf so hoch ausgebildete geeignete Leiter und Leiterinnen gewartet, wie Genossin Zetkin sie wünscht, dann stünden wir heute noch dort, wo wir vor 20 Jahren standen. (Sehr richtig!) Die Werke unserer großen Vorkämpfer waren unsere Lehrmeister. Geben wir alle das beste, was wir haben, und wenn wir auch Schlaf und Gesundheit opfern müßten; wir wollen alles tun, damit unsere Leseabende noch besseres leisten, als jetzt schon. Immer vorwärts, sei unsere Losung. (Lebhafter Beifall.)

Es folgt die Abstimmung über die zu den Berichten gestellten Anträge: Der Antrag Zetkin auf Wiederholung des Frauentages, der Antrag Baumann auf Veranstaltung von Frauenversammlungen anläßlich des Zusammentritts des Reichstages, die Resolutionen von Groß-Berlin zur Mutter- und Säuglingsfürsorge und Krankenkassenwahlen betreffend werden einstimmig angenommen. Die Resolution Groß-Berlin betreffend das Strafgesetzbuch wird nach kurzer Begründung durch Genossin Juchacz-Rixdorf, die Groß-Berliner Resolution über Kinderschutz und Fortbildungsschule nach kurzer Begründung durch Genossin Matschke-Berlin, die darauf hinweist, daß nach den Ermittelungen des Lehrers Agahd 325 000 Kinder in Deutschland trotz des Kinderschutzgesetzes beschäftigt sind, einstimmig angenommen.

Hierauf begründet

Genossin **Duncker**-Stuttgart die hierzu gestellte Resolution der Stuttgarter Genossinnen: Wir Sozialdemokraten halten die Arbeit für die Ehre und Aufgabe der Menschen. Deshalb sollen auch unsere Kinder zur Arbeit erzogen werden, aber nicht durch einseitige, geisttötende Erwerbsarbeit, sondern durch einen Handfertigkeitsunterricht, der sie möglichst zeitig mit den Grundlagen der verschiedenen Techniken bekannt macht. Ich bin auch der Anschauung, die Genosse Schulz in seinem Buche: „Die Schulreform der Sozialdemokratie“ vertritt, nämlich, daß dieser Arbeitsunterricht eigentlich im Mittelpunkt des gesamten Lehrplanes stehen sollte. Da das aber in der nächsten Zukunft noch unerreichbar ist, begnügen wir uns vorläufig damit, die Einführung des Handfertigkeitsunterrichts als eines obligatorischen Lehrfaches neben den übrigen zu fordern. Die Frauen mögen darauf hinwirken, daß diese Forderung, die bisher nur in wenigen unserer Landes- und Gemeindeprogramme enthalten

ist, überall von unseren Vertretern in Landtagen und Kommunen aufs nachdrücklichste verfochten wird.

Genossin **Baumann**-Altona: Die Broschüre des Genossen Seidel aus Zürich: „Die Handfertigkeit als Grund- und Eckstein der harmonischen Erziehung" haben wir schon vor 15 Jahren in den Leseabenden durchgesprochen. Von der Notwendigkeit der Einführung des Handfertigkeitsunterrichts in den Schulen sind wir wohl alle überzeugt. Man bemüht sich jetzt ja auch schon vielfach darum, aber obligatorisch ist er wohl noch nirgends eingeführt. Bei uns in Hamburg hat ein Privatmann, Pralle, sich ganz besonders um die Einführung dieses Unterrichts verdient gemacht; seine Resultate zeigen, wie viele künstlerische Fähigkeiten in den Kindern vorhanden sind und geweckt werden können. Man fördert den Körper hierdurch nicht einseitig, sondern erreicht, wie Seidel mit Recht sagt, eine harmonische Durchbildung des Körpers und des Geistes.

Genosse **Scheibe**-Bochum: Der letzte Teil des zweiten Absatzes der Stuttgarter Resolution, welcher fordert, daß der Erwerbsarbeit von Kindern auch „in Parteibetrieben, vor allem aber beim Austragen der Parteipresse, unnachsichtlich entgegengetreten wird", ist überflüssig; denn Kinder unter 14 Jahren werden in Parteibetrieben nicht beschäftigt, und auch beim Austragen von Parteizeitungen dürfen sie nicht verwendet werden; es wäre ja traurig, wenn das an den einzelnen Orten nicht erreicht würde.

Vorsitzende Genossin **Zietz**: Die Genossin Duncker und das Bureau waren sich bereits einig, Ihnen die Streichung dieses Satzes zu empfehlen.

Genossin **Hennig**-Leipzig: Dem Stuttgarter Antrag kann man nur zustimmen. In Leipzig haben wir solchen Handfertigkeitsunterricht im Winterhalbjahr für Knaben in einigen Schulen, und die Jungens beteiligen sich mit großer Vorliebe und großem Erfolge daran. In erhöhtem Maße kann das aber nur geschehen, wenn die Kinder von der Erwerbsarbeit befreit werden. Die obligatorische Einführung dieses Unterrichts, und zwar für beide Geschlechter, würde auch dazu beitragen, die Erwerbsarbeit der Kinder einzuschränken, da ja für diesen Unterricht Zeit gewonnen werden müßte.

Genossin **Duncker**-Stuttgart: Mit dem Streichen der Worte „in Parteibetrieben" bin ich einverstanden, nicht aber damit, daß wir auch streichen sollen, daß beim Austragen der Parteipresse Kinder unter 14 Jahren nicht beschäftigt werden sollen. Die Stuttgarter Genossinnen, welche im Kampf gegen diese Beschäftigung der Kinder stehen, haben mich ausdrücklich damit beauftragt. Aus der Tatsache dieser Verwendung der Kinder kann man ja auch den Zeitungen keinen Vorwurf machen; diese geben die Blätter nicht direkt an die Kinder, sondern an die Frauen, und diese lassen ihre Kinder an der nächsten Straßenecke warten und übergeben ihnen dann die Zeitungen. Im Einzelfall mag es ja kein großes Unglück sein, wenn ein Kind mal in drei oder vier Häuser Zeitungen trägt; wir müssen uns aber hier auf den prinzipiellen Standpunkt stellen. (Sehr richtig!) Auch mache ich darauf aufmerksam, daß schon das Kinderschutzgesetz diese Verwendung von Kindern wenigstens unter 12 Jahren verbietet; aber selbst noch nicht schulpflichtige Kinder kann man Zeitungen austragen sehen. Sollen wir vielleicht warten, daß die Polizei dagegen einschreitet?

Die Diskussion ist erschöpft. Der Antrag Scheibe auf Streichung des erwähnten Teiles der Resolution wird gegen wenige Stimmen abgelehnt. Die Stuttgarter Resolution mit der erwähnten Aenderung wird gegen 2 Stimmen **angenommen**.

Es kommt nun folgender Antrag der Genossinnen Stuttgarts zur Verhandlung:

„Da die proletarische Frauenbewegung an Breite und Tiefe zunimmt und ihre Aufgaben dementsprechend fortwährend wachsen, da folglich die Tagesordnung der Frauenkonferenzen bisher immer so reichhaltig war, daß sie kaum erledigt werden konnte, ist es wünschenswert, daß von nun an die Frauenkonferenz alljährlich stattfindet."

Genossin Duncker-Stuttgart begründet den Antrag: Sollte der Antrag abgelehnt werden, so möchten wir wenigstens festgelegt sehen, daß die Pause nie mehr als zwei Jahre betragen darf.

Genossin Zietz: Ich bitte den Antrag abzulehnen. (Sehr richtig!) Jetzt nach dem Zusammenschluß ist es unnötig, daß wir jedes Jahr tagen. (Sehr richtig!) Sie würden mit dem Antrag versuchen, die Beschlüsse des Nürnberger Parteitages umzustoßen, wonach der Parteivorstand die Frauenkonferenzen nach Bedarf einzuberufen hat. Im vergangenen Jahre hatten wir die Internationale Frauenkonferenz, da wäre eine deutsche Konferenz nicht so stark besucht gewesen wie diese hier. Der Parteivorstand will durchaus nicht immer drei Jahre verstreichen lassen, sondern er hat das aus Zweckmäßigkeitsgründen einmal getan. Es muß auch mit den Finanzen der einzelnen Kreise gerechnet werden. Durch zu häufige Abhaltung von Konferenzen könnte unsere sonstige Tätigkeit leiden. Hätten wir den üblichen Turnus von zwei Jahren eingehalten, dann hätten wir in dem Jahre der Reichstagswahl keine Frauenkonferenz gehabt. Ich bin sicher, daß der Parteitag einen solchen Beschluß, wie ihn der Antrag Stuttgart fordert, nicht genehmigen würde. Halten wir lieber neben den Reichs-Frauenkonferenzen auch möglichst viele Bezirks-Frauenkonferenzen ab, z. B. im Anschluß an Bezirksparteitage oder für mehrere verwandte Bezirke zusammen.

Der Antrag der Stuttgarter Genossinnen wird gegen eine Stimme abgelehnt.

Unter großer Heiterkeit teilt Genossin Zietz mit, daß die „Jenasche Zeitung" über die Frauenkonferenz berichtet, daß fast alle Teilnehmerinnen in roten Blusen erschienen seien. (Keine einzige der Genossinnen trägt eine rote Bluse.)

Hierauf tritt die Mittagspause ein.

Nachmittagssitzung.

Ueber:

Die Frauen und die Reichstagswahlen

referiert

Genossin Zetkin: Genossinnen und Genossen! Wiederholt ist betont worden, daß mein Referat gleichsam eine Fanfare zum Kampf sein solle, daß die Beschäftigung der Frauenkonferenz mit der Frage der Reichstagswahlen vor allem Begeisterung für die Sache des Sozialismus, Empörung gegen die heutige kapitalistische Gesellschaft und Klassenherrschaft auslösen müsse. Von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet, werden meine Ausführungen Sie enttäuschen. Ich meine, daß es nicht die Aufgabe einer Frauenkonferenz ist, in den Reihen der Genossinnen Empörung gegen den Kapitalismus und Begeisterung für den Sozialismus zu erwecken. Und unter den Proletarierinnen außerhalb unserer Reihen wird diese Aufgabe von der Tagesagitation geleistet, der die Zustände in wirksamster Weise vorarbeiten, den Boden bereiten. So-

lange die heutige gesellschaftliche Ordnung der Dinge besteht, muß die proletarische Frau unter dem Doppeljoch der sozialen Klassensklaverei und der sozialen Geschlechtssklaverei leiden. Sobald sie dessen bewußt wird, sobald ihr Menschentum sich kräftig regt, steckt ihr die Empörung gegen diese Ordnung und die Begeisterung für die sozialistische Gesellschaft gleichsam im Blute. Ich möchte sagen, von Natur aus werden wir Frauen dann zu Rebellinnen, zu Kämpferinnen. Es fehlt uns im allgemeinen nicht an leidenschaftlichem Gefühl und Begeisterungsfähigkeit, wohl aber viel zu oft an Klarheit und Bestimmtheit unserer Erkenntnisse, an dem Erfassen der Gesichtspunkte, von denen aus der politische Kampf mit seinen inneren Triebkräften und seinen Zusammenhängen erfaßt werden muß. Die Genossinnen in dieser Beziehung für den Reichstagswahlkampf zu rüsten, das muß meines Dafürhaltens die Aufgabe der Frauenkonferenz sein.

Die bevorstehenden Reichstagswahlen werden wahrscheinlich die Ufer des gewöhnlichen Ringens um Mandate zwischen den politischen Parteien übersteigen. Sie werden sich zu einer riesigen, wild aufgepeitschten Welle des Klassenkampfes zwischen den besitzenden und den ausgebeuteten Schichten des Volkes erheben. Die Gegensätze zwischen den verschiedenen politischen Parteien werden verschwinden hinter dem einen großen Klassengegensatz, der die Gesellschaft auseinanderreißt in Ausgebeutete und Ausbeuter. Kaum verhüllt durch politische Programme wird er in die Erscheinung treten. Darauf deutet jetzt schon der Kuhhandel hin, der zwischen den bürgerlichen Parteien um Mandate gegen die Sozialdemokratie im Gange ist. In Rheinland-Westfalen sehen wir die kirchengläubigen Zentrumsleute im Begriff, den Wahlbruderkuß mit den kulturkämpferischen, freimaurerischen Nationalliberalen zu tauschen. Warum das? Lediglich um die Sozialdemokratie niederzuzwingen. Nicht nur die Nationalliberalen suchen mehr Anschluß nach rechts, bei den Junkern und Junkergenossen, das tut auch der sogenannte „entschiedene" Fortschritt. Fortschrittliche Volksparteiler, „volle und ganze Liberale" mogeln mit nationalliberalen Schutzzöllnern, mogeln mit Konservativen, Zentrümlern, mit Antisemiten und anderen rückwärts gewandten Mittelständlern um Mandate. Aber noch eine andere bedeutsame Erscheinung zeigt, was wir zu erwarten haben. Unverhüllter, nackter als je zuvor werden in diesem Wahlkampf die großen wirtschaftlichen Unternehmerorganisationen eingreifen. Ich erinnere an die großkapitalistischen „Juliustürmer", die einen reichen Korruptionsfonds zusammengebracht haben — ihren Juliusturm —, aus dem Politiker ohne Unterschied der Richtung gespeist werden sollen, die die Unternehmerinteressen im Sinne der Scharfmacher im Gegensatz zu den Arbeiterinteressen vertreten und daher in erster Linie die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften zu bekämpfen haben. Denken wir ferner an die Rolle, welche der berüchtigte Zentralverband der Industriellen als Oberscharfmacher im politischen Leben spielt, an seinen beherrschenden Einfluß auf die Regierungskreise. Vergessen wir schließlich nicht die typische Entwickelung, die sich im Hansabund vollzogen hat. Gegründet zu dem Zwecke, gegen die Sturmflut der Schutzzöllnerei einen Damm zu errichten, hinter dem die Interessen des Handels der in ihrem Aufschwung durch Zollschranken gehemmten Industrien Schutz finden könnten, tritt an Stelle des entscheidenden Abwehrkampfes gegen die Parteien der scharfmacherischen Schutzzöllner immer mehr der Rückzug und die Konzentration nach rechts. Ein energischer Abwehrkampf könnte ja nur erfolgreich an der Seite der Sozialdemokratie, parallel mit ihr geführt werden. Das geht gegen den Strich der kapitalistischen Interessen, die auch der Hansabund vertritt. So proklamiert er lediglich noch den Kampf gegen die „Hochschutzzöllner", die „Ueberschutzzöllner", gleichzeitig aber auch den Kampf gegen die Sozialdemokratie. Stets

aber, wenn von bürgerlicher Seite der Kampf nach zwei Fronten, nach rechts und links, proklamiert wird, kehrt sich in Wirklichkeit die ganze Wucht der Schlacht gegen die Sozialdemokratie. Es sind auch die Felle dieser Hoffnung davongeschwommen, als ob das deutsche Bürgertum in dem Hansabund eine Interessenvertretung gefunden hätte, die im Geiste des alten, grundsätzlichen Liberalismus und seiner politischen Forderungen wirken würde.

So wird bei den Reichstagswahlen eine Kampfeswelle wider die Sozialdemokratie heranbrausen, die uns den alten Ruf erneuern läßt: „Feinde ringsum!" Angesichts dieser Situation fragen Sie vielleicht: was wird aus unserem Kampf gegen den schwarz-blauen Block? Ist seine Zertrümmerung nicht ein Gebot dringender politischer Notwendigkeit für das Proletariat? Und sind wir Frauen nicht in erster Linie verpflichtet, auf diese Zertrümmerung hinzuwirken, angesichts des Lebensmittelwuchers, den er auf die Spitze getrieben hat, der Verweigerung und Verpfuschung von Reformen, für die er die Hauptschuld trägt, der politischen Entrechtung, die für Frauen und Männer aufrechtzuerhalten und zu befestigen sein eifrigstes Bestreben ist? Selbstverständlich müssen auch wir alle Kräfte anspannen, auf daß die Sozialdemokratie den Bund der Heiligen und Ritter überwindet. Aber der Kampf für dieses Ziel darf die Kraft der Sozialdemokratie nicht erschöpfen. Die proletarischen Frauen haben im politischen Leben eine noch größere Rechnung einzufordern wie das männliche Proletariat. Dürfen wir aber die Hoffnung haben, daß ihnen ein konservativ-liberaler Block mehr geben würde als der schwarz-blaue? Die Vergangenheit straft solche Hoffnungen Lügen. Um das festzustellen brauchen wir gar nicht bis zum Verrat des deutschen Bürgertums an der Sache der Revolution von 1848 zurückzugehen. Erinnern wir uns der Aera des konservativ-liberalen Blocks, der durch die Hottentottenwahlen von 1907 würdig eingeleitet wurde. Er hatte seine Schatten vorausgeworfen bei den Kämpfen um den Zolltarif von 1902. Das Versagen der Nationalliberalen in diesen Kämpfen und die schwächliche Haltung der Linksliberalen — die Verschlechterung der Geschäftsordnung des Reichstages zur Knebelung der Minorität kam bekanntlich mit Eugen Richters Segen zustande — tragen mit die Verantwortung dafür, daß der Kaiser dem Reichskanzler Bülow die goldene Fürstenkette für das „Verdienst" verleihen konnte, dem deutschen Volke die eiserne Hungerkette des Zolltarifs angelegt zu haben. Könnten die proletarischen Frauen das vergessen, sie, welche am ersten und am stärksten unter der Verteuerung der Lebenshaltung leiden mußten, die als Folge davon auftrat und im Bunde mit der später einsetzenden Krise die härteste Not schuf? (Sehr richtig!)

Ueberspringen wir die folgenden Jahre, bei denen die Liberalen bis zu den Freisinnigen hinüber wieder und wieder bekundeten, daß sie die Träger einer großzügigen Politik sozialer und demokratischer Reformen weder sein konnten noch sein wollten. Bei den Hottentottenwahlen kehrten die liberalen Parteien die Wucht ihres Kampfes gegen die Sozialdemokratie, und Dutzende von Mandaten haben sie den reaktionären Händen ausgeliefert. Und wie Konservative, Antisemiten, Bauernbündler haben auch Nationalliberale und Linksliberale die schmutzigsten Waffen zum Kampfe gegen die Sozialdemokratie aus dem schmutzigen Arsenal des berüchtigten Reichsverbandes bezogen. Das sind Tatsachen, deren wir eingedenk bleiben müssen, um uns vor trügerischen Illusionen zu bewahren.

Vielleicht meint man, die Proletarierinnen schuldeten trotz allem den Liberalen Anerkennung, ja eine gewisse Zärtlichkeit, und das im Hinblick auf das Reichsvereinsgesetz, das Kind der konservativ-liberalen Paarung. Wir wissen jedoch, daß wir das Reichsvereinsgesetz — soweit es für uns als Frauen einen Fortschritt bedeutet — weder der Regierung noch den Liberalen zu

danken haben, sondern unserem eigenen zähen Kampfe. Es mußte gewährt werden, was nicht länger vorenthalten werden konnte. (Zustimmung.) Außerdem vergessen wir nicht, daß das Reichsvereinsgesetz den kämpfenden Proletarierinnen zusammen mit ihrer Klasse erhebliche Verschlechterungen gebracht hat. Da ist die sanktionierte Polizeiwillkür und Polizeigewalt zu nennen, da sind die engherzigen, reaktionär gefaßten und noch reaktionärer ausgelegten und gehandhabten Bestimmungen gegen das Recht der Jugendlichen, Bestimmungen, die die proletarischen Mütter in ihrem Streben und Hoffen treffen, ihre Kinder mit sozialistischem Geist zu erfüllen. Als Kämpferinnen des internationalen Sozialismus wehrt es uns, die notwendige Aufklärungs- und Organisationsarbeit an den fremdländischen Arbeitern und Arbeiterinnen zu leisten, die das Kapital zu vielen Tausenden als Schmutzkonkurrenten in das Land zieht. Bei dieser Arbeit handelt es sich um ein elementares Lebensinteresse des Proletariats, dessen Wahrung der Sprachenparagraph enge Grenzen zieht, der mit Hilfe der Liberalen, die Fortschrittler inbegriffen, Gesetz geworden ist.

Die sogenannte Reform des Majestätsbeleidigungsparagraphen — eine andere Errungenschaft des konservativ-liberalen Blockes — hat sich in der Praxis, wie vorausgesagt, als ein gehässiges Klassengesetz gegen die Presse, gegen den politischen Kampf des Proletariats erwiesen. Und wäre die Reichsfinanzreform, welche die zoll- und steuerpolitische Auswucherung der Massen aufs höchste steigert, uns nicht bei einem Haare als Werk des konservativ-liberalen Blocks beschert worden? 400 Millionen von den geforderten 500 Millionen neuer Reichseinnahmen waren auch die Liberalen bereit, aus dem schmalen Beutel der werktätigen Massen zu nehmen. Der Handel scheiterte nur daran, daß die Konservativen und Zentrümler nicht dafür zu haben waren, wenigstens die letzten hundert Millionen in Gestalt der Erbschaftssteuer aus dem wohlgefüllten Geldsack der besitzenden Klassen zu nehmen. An der Erbschaftssteuer mußten aber die Liberalen festhalten, um den schamlosen Raub an den Armen hinter einem Feigenblättchen zu verstecken. (Sehr wahr!)

Aber dürfen wir nicht wenigstens hoffen, daß der Liberalismus künftig aus der seitherigen Verbindung mit den Konservativen und anderen reaktionären Elementen gelöst wird, daß er Anschluß nach links, statt nach rechts suchen muß? Drängen in dieser Richtung nicht zwingende Klasseninteressen der Bourgeoisie, des Bürgertums an einer wirtschaftlichen und politischen Entwickelung, die nicht durch politische Ueberreste der feudalen Gesellschaft gehemmt werden sollte? Man könnte es meinen, denn solche Interessen sind unleugbar da. Wir müssen jedoch damit rechnen, daß der von ihnen geschaffene Gegensatz zu den Agrariern, zu Junkertum und Halbabsolutismus hinter den größeren Gegensatz aller besitzenden und ausbeutenden Klassen gegen die besitzlosen und ausgebeuteten Klassen zurücktritt. Die Interessen, welche die Liberalen zum Zusammengehen mit der Sozialdemokratie veranlassen sollten, verlieren an ausschlaggebender Stärke; sie zurückdrängend macht sich das Bedürfnis zum Zusammenschluß aller bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie geltend. Der Anschluß nach links vollzieht sich nur bei verhältnismäßig unbedeutenden Fragen; angesichts größerer, entscheidender sozialer und politischer Reformen setzt sich je länger je mehr der Zug nach rechts durch. Die liberalen Parteien handeln im Geiste eines Ausspruchs, den Björnson in „Ueber unsere Kraft" seinen Musterkapitalisten tun läßt: „Was wir an Freiheit verlieren" — gegen Junkertum und persönliches Regiment — „gewinnen wir an Macht" — gegen das Proletariat.

Wir haben in dieser Erscheinung nicht die besondere Schuld kurzsichtiger Führer vor uns, vielmehr das geschichtliche Los der Klasse. Je schärfer mit der

fortschreitenden Reife des Kapitalismus die Klassengegensätze zwischen der ausbeutenden Minderheit und den ausgebeuteten Massen werden, um so mehr muß der bürgerliche Liberalismus in Gegensatz zu der Sozialdemokratie als der politischen Sachwalterin des Proletariats geraten, in Widerspruch zu seiner eigenen Vergangenheit und seinem Programm. Die Klassenscheidung setzt sich mit wachsender Stärke in den politischen Parteien durch. Unaufhaltsam vollzieht sich der Abmarsch der Proletarier aus dem Lager des bürgerlichen Liberalismus in das der Sozialdemokratie. Die Nationalliberalen sind heute schon überwiegend die Partei der Großindustriellen, der Scharfmacher. Die Linksliberalen vertreten in erster Linie die Kreise der Handels- und Finanzkapitalisten. Die Kleinbürger und Kleinbauern — die wichtigsten sozialen Träger einer bürgerlichen Demokratie — ziehen sich von ihnen zurück, um ihr Heil, die Wahrung ihrer vom Kapitalismus bedrohten wirtschaftlichen Interessen, bei Antisemiten, Bauernbündlern und ähnlichen „mittelständlerischen" Gruppen zu suchen. Der vielgepriesene „neue Mittelstand" hat sich als Trugbild erwiesen. So wird der Liberalismus reaktionärer, arbeiterfeindlicher. Weniger und weniger ist er zu haben für Reformen, die die Gegenwartslage des Proletariats heben, die dieses für seinen Kampf gegen die kapitalistische Ausbeutung und Herrschaft rüsten. Günstigstenfalls findet die kämpfende Arbeiterklasse in den Liberalen laue Freunde.

Das Schulbeispiel für diese Entwickelung der Dinge ist der preußische Wahlrechtskampf. Des muß gerade die Proletarierin eingedenk bleiben. Dieser Kampf geht auch um das gleiche Recht für Mann und Weib. Wie Konservative und Zentrümler, so haben aber auch die Liberalen aller Schattierungen dem weiblichen Geschlecht sein volles staatsbürgerliches Recht versagt. Und mehr noch. Wenn vom Frauenwahlrecht die Rede ist, zeigen auch die Linksliberalen Neigung, die Proletarierinnen durch die Einführung von Vorrechten für die besitzenden Damen um ihr Recht zu prellen. Ein Vorgang aus jüngster Zeit ist dafür lehrreich. Das preußische Abgeordnetenhaus hatte sich mit einer Reform der Rheinischen Gemeindeordnung zu befassen. Die Regierung wollte dem Beschluß des Herrenhauses entsprechend das Privileg der Besitzenden in den Gemeinden — zumal des Großgrundbesitzes — durch das Vorrecht der Grundbesitzerinnen vermehren, auch ihrerseits die Gemeindevertreter zu wählen. Die Fortschrittliche Volkspartei wollte diese Vorzugsstellung noch dadurch verstärken, daß die bevorrechteten Frauen auch das passive Wahlrecht erhalten, in die Gemeindevertretung gewählt werden sollten. Die Sozialdemokratie allein kämpfte für das volle kommunale Bürgerrecht aller großjährigen Frauen. Nicht einmal für das Prinzip des allgemeinen politischen Frauenwahlrechts sind die Linksliberalen bis jetzt im preußischen Wahlrechtskampf eingetreten. Wie sollten sie auch! Die Fortschrittliche Volkspartei hat bis heute noch nicht die Forderung gleichen politischen Rechts für beide Geschlechter in ihr Programm aufgenommen. (Hört! hört!) Je leidenschaftlicher die zielklaren Proletarierinnen ihr politisches Recht fordern, um sich seiner in ihrem Befreiungsringen als Waffe zu bedienen, um so weniger können sie es vergessen, daß der bürgerliche Liberalismus im Kampfe für die volle Demokratie versagt.

Wenn wir jedoch vom Zusammenbruch des Liberalismus, der bürgerlichen Demokratie reden, so dürfen wir eins nicht übersehen: Dieser Zusammenbruch vollzieht sich nicht nur innerhalb der liberalen Parteien, sondern nicht minder auch innerhalb des Zentrums. Damit müssen wir uns ausführlicher beschäftigen. Denn eine der brennendsten Tagesforderungen ist gerade für die proletarische Frauenbewegung, die Reichstagswahlen auszunutzen, um in den Kreisen der katholischen Proletarierinnen einzudringen und festen Fuß zu fassen. Wir

wissen ja, welch großen Wert das Zentrum darauf legt, diese mit Hilfe des Klerus und unter Mißbrauch der religiösen Ueberzeugung im Bann zu halten. Auch der Zweck ist bekannt: er ist ein rein politischer. Die Frau, der es nach der Ansicht der meisten Zentrümler nicht ansteht, sich um Politik zu kümmern, die Frau, die die Herren in politischer Unmündigkeit halten wollen, ist ihnen gleichwohl als politisches Werkzeug gut genug, den Mann für die Zentrumspolitik einzufangen, gegen die er zu rebellieren beginnt. (Zustimmung.) Das Zentrum hat in den überwiegend katholischen Gegenden des Reichs den liberalen Parteien die Bevölkerungsschichten entzogen, aus denen die bürgerliche Demokratie ihre Kraft saugt: Kleinbürger und Kleinbauern. Der „neue Mittelstand" hat ihnen dafür in keiner Weise Ersatz zu stellen vermocht, von anderen Gründen abgesehen schon numerisch nicht. Die Angestellten machten z. B. 1907 nach der Berufs- und Gewerbezählung knapp ein Siebzehntel der Berufstätigen aus. Das Aufkommen des Zentrums wurde so wie die Entwickelung der Sozialdemokratie auch eine Quelle der Schwächung des bürgerlichen Liberalismus.

Gewöhnlich erklärt man, das Zentrum sei eine kirchenpolitische Partei. Das stimmt heute nur, soweit es sich um den Deckmantel handelt, mit dem diese Partei die Massen über das Wesen ihrer Politik zu täuschen sucht. Diese Politik selbst aber ist ihrem Wesen nach heute agrarisch-großkapitalistisch. Ihre ausschlaggebende Richtung erweist das, trotz der mitlaufenden kleinbürgerlich-demokratischen, proletarisch-reformlerischen Unterströmungen. Das Spiel mit dem Deckmantel wird dem Zentrum dadurch erleichtert, daß die Kirche als soziale Institution mit beiden Füßen auf dem Boden des Privateigentums steht und ihre Aufgabe begreift, dieses zu schützen und die „Begehrlichkeit" der Massen zu zügeln. In seinen Anfängen jedoch wies das Zentrum starke oppositionelle Wesenszüge auf, die es begreiflich machen, warum es bürgerlich-demokratische und proletarische Schichten anziehen konnte. In ihm sammelten sich die Elemente, die sich wider die wirtschaftlichen Zustände, die der Kapitalismus schuf, als Betroffene, als Leidende auflehnten: Handwerker, Kleingewerbetreibende, Bauern, Arbeiter. In ihm sammelten sich auch die partikularistisch-demokratischen Opponenten gegen die politische Schöpfung der kapitalistischen Entwickelung: das Deutsche Reich unter der preußischen Pickelhaube, 1866 annektierte „Mußpreußen", kleinstaatliche Lokaldemokraten. Bismarck schweißte diese Elemente zur Partei zusammen, die auch die katholischen Großgrundbesitzer und Großkapitalisten aufnahm, indem er in Gestalt des Kulturkampfes mit der Junkerpeitsche tölpelhaft nach der katholischen Kirche schlug. Und damit tat er zugleich mehr, als daß er einte. In Gestalt des religiösen Bekenntnisses gab er der politischen Partei eine große Ideologie. Sie ermöglicht es dem Zentrum, seine politischen Parteigänger als katholische Gläubige von der Wiege bis zum Grabe zu erfassen und zu fesseln. (Sehr gut!)

Unterschätzen wir diesen Faktor nicht! In ihm beruht das Geheimnis der geistigen Macht des Zentrums über Massen, auch über hochstehende proletarische Massen in alten Kultursitzen, trotz allem politischen Verrat dieser Partei. In der Tat: wenn der politische Verrat an den wichtigsten Interessen des werktätigen Volkes töten könnte, so müßte das Zentrum längst für die katholischen Arbeiter tot sein. Aber obgleich diese Partei bei der Zoll- und Steuerfrage, bei Militär- und Marineforderungen der Regierung, bei Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung, beim Kampf für das gleiche politische Recht usw. die Bedürfnisse der Ausgebeuteten und Kleinen mit Füßen getreten hat, verfügt sie über einen stattlichen Heerbann proletarischer Wähler. Ja, das Zentrum ist heute noch die einzige bürgerliche Partei, die ohne wirtschaftlichen

und sozialen Zwang, dank geistiger Beeinflussung Arbeitermassen hält. Wie ist das möglich? Nur weil das Zentrum mit seiner religiösen Ideologie breite Massen ergreift. Mit ihr gibt es diesen eine feste, in sich geschlossene Weltanschauung, die über die kapitalistische Gegenwart mit ihrem Jammer für die Habenichtse hinausgreift, die im Alltäglichen als Lebensauffassung Herrschaft über das Sein und Tun des einzelnen gewinnt. „Der Mensch lebt nicht vom Brot allein!" Am wenigsten die Klasse, der die im sittlichen Bewußtsein als soziales Unrecht empfundene Gesellschaftsordnung das Brot so knapp und so trocken zuschneidet. Die Massen bedürfen einer Ideologie, eines idealen Weltbilds, das ihnen ein „Endziel" zeigt: die Ueberwindung der sozialen Uebel, unter denen sie seufzen, den Ausgleich der sozialen Gegensätze und Ungerechtheiten. Aus diesem „Endziel" schöpfen sie die Kraft der Hoffnung, die Gegenwartsleiden zu ertragen und sich aus ihnen emporzuheben.

Auch die bürgerlichen Liberalen haben früher breitesten Volksmassen eine hohe Ideologie gegeben, eine einheitliche Weltanschauung, die über die Not und den Zwang der Zeit hinauswies auf ein „Endziel": die bürgerliche Ordnung, die sich aus dem Mutterschoße der feudalen Gesellschaft losrang. Die klassische Philosophie der Kant, Fichte, Hegel, Schelling usw. hat an ihr gezimmert, hat das „Endziel" als das Reich der Vernunft und Freiheit, als den Rechtsstaat, den geschlossenen „nationalen Handelsstaat" greifbar vor sich gesehen. Die klassische Kunst der Lessing, Schiller und Goethe hat die Weltanschauung des Liberalismus verklärt. 1848 hat sie ihre politische Formel in der einen unteilbaren schwarzrotgoldenen Republik erhalten. Jedoch mit der fortschreitenden Reife des Kapitalismus und seinen Triumphen hat die berückende liberale Ideologie ihre Verwirklichung in der häßlichen kapitalistischen Gegenwart gefunden. Ihr „Endziel" hat sich als die kapitalistische Ausbeutungsordnung enthüllt. Ihr „Endziel", soweit es sich um die nächste geschichtliche Entwickelungsstufe handelte, welche im Kampf gegen die herrschenden sozialen Stände der feudalen Gesellschaft — Adel, Geistlichkeit und absolutes Fürstentum — die Bourgeoisie als herrschende Klasse zur Macht emportrug. Soweit aber die liberale Ideologie über diese Entwickelungsstufe hinaus weitergeführt werden konnte, konsequent weiter geführt werden mußte — dem sich nun deutlich abzeichnenden weiteren geschichtlichen Werdegang entsprechend —, hat sie ihre Vollendung gefunden in der Ideologie des Sozialismus. Die Ideologie des Sozialismus mit ihrem „Endziel" ist die Ideologie der im Schoße des Kapitalismus sich entwickelnden sozialistischen Ordnung, ist die Ideologie des Proletariats, der Klasse, die historisch berufen ist, im Kampfe gegen die ausbeutenden und herrschenden Klassen der bürgerlichen Gesellschaft die Grundlagen jeder Klassenausbeutung und Klassenherrschaft aufzuheben. Infolge dieser Zusammenhänge erscheint heute den bürgerlichen Liberalen die große Ideologie des kämpfenden Bürgertums als überflüssig, ja schädlich. Verkörpert sie sich ja immer wieder in dem Gegensatz zwischen dem liberalen Programm und der Praxis der liberalen Parteien, gleichzeitig aber auch in der Praxis der Sozialdemokratie, insofern diese Partei die politische Testamentsvollstreckerin der bürgerlichen Demokratie sein und ihre Ziele weiterführen muß. (Sehr richtig!) So kommt es, daß den Liberalen im Grunde nichts verhaßter ist, als von Angesicht zu Angesicht mit der Ideologie des Liberalismus gestellt zu werden, so kommt es, daß sie den Massen keine Ideologie mehr zu bieten haben, die ihrem Empordrängen richtunggebende Zukunftsziele zeigt.

Das Zentrum gibt den von der Gegenwart bedrückten Massen eine Ideologie, aber diese unterscheidet sich wesentlich von der des Liberalismus und

Sozialismus. Sie ist nicht von dieser Welt. Sie kann nicht von ihr sein, weil das Zentrum auf dem Boden des Privateigentums, der bürgerlichen Ordnung steht. Auch sie muß für die Hoffnung der Massen nach einer sozial ausgleichenden Gerechtigkeit deren Blick perspektivisch in die Zukunft lenken wie der Sozialismus. Aber diese Zukunft liegt nicht auf der Erde, nicht in der Gesellschaft und ihrer Entwickelung, sondern jenseits der Wolken. Sie verlängert gleichsam die Entwickelungslinie über das Diesseits hinaus und läßt sie ihr Endziel erst in einem Jenseits finden. Das Zentrum setzt damit an die Stelle einer sozialen Ideologie, deren Inhalt den Massen Richtung und Ziel gibt, die religiöse Ideologie, welche Privatsache des einzelnen bleiben muß. Daher kann diese Ideologie nicht auf die Dauer proletarische Massen an das Zentrum fesseln.

Indem das Zentrum zum Zwecke der politischen Massentäuschung das Banner einer religiösen Ideologie voranträgt, setzt sich eine rückläufige Erscheinung durch. Friedrich Engels hat darauf hingewiesen, welchen bedeutsamen geschichtlichen Fortschritt es darstellt, daß in der großen französischen Revolution die verschiedenen sozialen Klassen ihre Kämpfe unverhüllt durch eine religiöse Verkleidung führten, als von wirtschaftlichen und sozialen Gegensätzen getriebene Kämpfe um die politische Macht. Das Zentrum aber deckt diese Gegensätze und die ihnen entsprechenden politischen Konsequenzen wieder mit einem religiösen Mantel. Im Gegensatz zu den anderen politischen Parteien, deren Gefolgschaft sich mehr und mehr unter dem Einfluß der wirtschaftlichen und sozialen Interessen bestimmter, abgegrenzter Bevölkerungsschichten rekrutiert, umfaßt es ohne Rücksicht auf solche Gegensätze große Kreise aller Klassen. Es ist eine Volkspartei im alten verschwommenen Sinne des Wortes. Man könnte sagen — natürlich mutatis mutandis, die nötigen Veränderungen vorausgesetzt — daß im Zentrum der Traum des Blocks von Bassermann bis Bebel nicht nur erfüllt, sondern überholt worden ist. Hier ist der Block von Bethmann Hollweg bis Bebel Wirklichkeit geworden. (Heiterkeit.) Das Zentrum umschließt alle, vertritt alle: von den Agrariern und großkapitalistischen Scharfmachern bis zu den ausgebeuteten Proletariern. Nur die religiöse Ideologie hat es vermocht, diese heterogenen Elemente zusammenzuhalten, wenn auch nicht ohne innere Reibungen. Und die müssen wachsen, je schärfer sich außerhalb des Zentrums, im wirtschaftlichen Leben der Gesellschaft, die Klassengegensätze zuspitzen. Mit dieser Entwicklung wird das Zentrum in steigendem Maße zu einer agrarisch-großkapitalistischen Partei ohne arbeiterfreundliche und demokratische Phrase. Die Tatsache setzt sich durch, daß ein politischer Block, der die Vertreter der gegensätzlichsten wirtschaftlichen, sozialen Interessen vereinigt, zur Fessel der demokratischen, der proletarischen Elemente wird. Die Unnatur, politisch alle Klassen zusammenhalten zu wollen, endet mit dem Triumph des großen Geldsacks und der Unterdrückung der Vertreter der Arbeiter, der kleinen Leute. Der Beweis dafür ist die Haltung des Zentrums in den Fragen des Militarismus, des Marinismus, der Kolonialpolitik, der Steuern und Zölle und insbesondere seine heuchlerisch verbrämte Arbeiterfeindlichkeit, die sich erst kürzlich wieder bei der Gestaltung der Reichsversicherungsordnung enthüllt hat. Die arbeiterverräterische Politik des Zentrums schließt sich nicht bloß mit der der Konservativen, sondern auch mit der der Liberalen zum Ringe zusammen. Darüber müssen wir klar sein, wenn wir uns vor Illusionen nach der einen Seite hin bewahren wollen, nach der anderen Seite hin sind solche heute angesichts der Politik des schwarz-blauen Blocks unmöglich. Die Werke dieser Politik sind dem Bewußtsein der Massen durch Notstandspreise, Reform- und Rechtsverweigerung eingebrannt.

Wollen wir die Kräfte verstehen, die uns zwingen, beim Reichstagswahlkampf unsere ganze Kraft zunächst den bürgerlichen Parteien ohne Ausnahme entgegenzustellen, so müssen wir aus dem Reiche der Politik hinablauschen in das Reich des wirtschaftlichen Lebens. Die ausschlaggebenden treibenden Kräfte der Politik liegen in der Oekonomie. Die Verhältnisse des Deutschen Reiches stehen im Zeichen der rasch fortschreitenden kapitalistischen Entwickelung und Reife. Dafür einige charakteristische Belege. Die deutsche Roheisengewinnung stieg — in 1000 metrischen Tonnen — von 3470 im Jahre 1882 auf 12 875 im Jahre 1907. Deutschland ist damit an die zweite Stelle aller Roheisen gewinnenden Staaten gerückt, es hat England überflügelt, dessen einschlägige Produktion in dem angegebenen Zeitraum nur von 8716 auf 10 277 Tausend metrische Tonnen in die Höhe gegangen ist, und wird nur noch von den Vereinigten Staaten Nordamerikas mit einem Ertrag von 26 195 Tausend übertroffen. Auch der deutsche auswärtige Handel war bis 1907 mit einem Gesamtbetrag von mehr als 15½ Milliarden — Einfuhr und Ausfuhr zusammengerechnet — zum zweitstärksten aller Länder geworden, ihm geht nur der auswärtige Handelsverkehr Englands mit fast 20 Milliarden voran und ihm folgt der der Vereinigten Staaten mit noch nicht 14 Milliarden.

Es liegt auf der Hand, daß die großartige Entwicklung des Kapitalismus, die von diesen Zahlen gekündet wird, sich nicht vollziehen konnte ohne ihr Gegenstück: die Verschärfung der Klassengegensätze. Das wird durch die Berufs- und Gewerbezählung von 1907 und den Vergleich ihrer Ergebnisse mit denen der früheren statistischen Erhebungen erhärtet, ebenso auch wie eine andere Erscheinung von großer Tragweite. Deutschland hat aufgehört, ein agrarisches Land zu sein. Die landwirtschaftliche Bevölkerung des Reiches ist von 1882 bis 1907 bedeutend zurückgegangen, und zwar von 45,52 Prozent der gesamten Einwohnerschaft auf 28,67 Prozent, sie sank auch absolut, von 19,22 Millionen auf 17,68 Millionen. Die Bevölkerung dagegen, die von Industrie und Gewerbe — Bergbau und Bauwesen inbegriffen —, von Handel und Verkehr lebt, ist in dem gleichen Zeitraum von 45,53 Prozent der Gesamtbevölkerung auf 56,17 Prozent gestiegen, absolut von 20,58 Millionen auf 34,65 Millionen. Diese Zahlen kennzeichnen die agrarische Politik der Regierung und der herrschenden Parteien als ein Verbrechen an der Mehrheit der Bevölkerung. Sie ist das um so mehr, als sie nicht einmal der Gesamtheit der landwirtschaftlichen Bevölkerung zugute kommt, sondern nur einer kleinen Minderheit davon. Die angezogenen Erhebungen erweisen, daß auch in der Landwirtschaft die Entwicklung und Zuspitzung der Klassengegensätze zugenommen hat. Die Zahl der selbständigen Landwirte ist erheblich zurückgegangen. 1875 waren in der Landwirtschaft unter 100 Erwerbstätigen noch fast ein Drittel Selbständige: 30,98, 1907 dagegen wenig mehr als ein Viertel: 25,31. Die Arbeiter machen hier mit ihren 7,18 Millionen 73,69 vom Hundert der Erwerbstätigen aus. Vergegenwärtigen wir uns dazu die erdrückende Zahl der Kleinbauern und Zwergbesitzer, die kein Getreide und kein Vieh auf den Markt bringen können, vielmehr oft selbst kaufen müssen: so erscheint die Politik des Brot- und Fleischwuchers, der Liebesgaben an die Agrarier nackt in ihrer ganzen Gemeingefährlichkeit.

Auch in der Industrie und im Handel hat sich der gleiche Entwickelungsprozeß fortschreitender Proletarisierung vollzogen. Die Zahl der Selbständigen unter hundert Erwerbstätigen ist von 1895 bis 1907 gesunken in der Industrie von 24,90 auf 17,56; im Handel von 36,07 auf 29,11. Diese Zahlen aber stehen noch hinter der Wirklichkeit des vor sich gehenden Proletarisierungsprozesses zurück. Unter den Selbständigen sind nicht nur die große Menge wirtschaftlicher Scheinexistenzen gezählt, die nur Agenten, Verwalter, Schuldsklaven groß-

kapitalistischer Unternehmungen sind, sondern auch die sogenannten Hausgewerbetreibenden. Trotz allem läßt die amtliche Statistik die wachsende und ausschlaggebende soziale Bedeutung der Arbeiter — und rechnen wir ihnen die Angestellten hinzu — der Abhängigen überhaupt wuchtig zum Ausdruck kommen. Die Zahl der Arbeiter in Landwirtschaft, Industrie und Handel ist seit 1882 bis 1907 von 10,70 Millionen auf 17,83 Millionen gestiegen, ihr Anteil am Hundert der Erwerbstätigen in den drei Berufsgruppen von 60,07 auf 72,46. In der Industrie allein beträgt er 76,35. Ein Steigen in der gleichen Richtung weist die Zahl der Angestellten auf. Es ist keine Uebertreibung, daß heute in den unser Wirtschaftsleben beherrschenden drei Berufsgruppen einem Viertel Unabhängiger drei Viertel Abhängiger gegenüberstehen. Eine Einzelheit sei dabei besonders hervorgehoben, denn sie hat ihren Wert für unseren Wahlkampf. Betrachten wir die soziale Schichtung der Erwerbstätigen in Verbindung mit dem religiösen Bekenntnis, so sind vom Standpunkt der bürgerlichen Ordnung aus die Verhältnisse am ungünstigsten bei den Katholiken. Vom Hundert der katholischen Erwerbstätigen sind nur 21,05 Selbständige, die Arbeiter machen dagegen 75,52 aus. Diese Ziffern lassen den Verrat des Zentrums an den Interessen der werktätigen Massen scharf hervortreten. Die mitgeteilten Zahlen sind für uns sozialistische Frauen von hohem Interesse. Hinter ihnen steht die für unsre Arbeit wichtige Tatsache, daß die Zahl der Proletarierinnen gewaltig gewachsen ist, daß die Zahl der Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen zugenommen hat, die unsere Agitation bei den Reichstagswahlen ergreifen und in Reih und Glied der Sozialdemokratie führen muß.

Die beleuchtete Richtung der wirtschaftlichen Entwickelung gibt uns Aufschluß über die Richtung der Politik. Sie läßt den Imperialismus, die eroberungstolle Weltmachtspolitik, zu einer Erscheinung werden, die je länger je mehr das politische Leben des Deutschen Reiches, wie aller kapitalistischen Staaten überhaupt beherrscht. Die angeführten Ziffern bekunden das Emporblühen des Kapitalismus. Emporblühen des Kapitalismus aber bedeutet Vervollkommnung und Entfaltung der Produktivkräfte, bedeutet steigende Produktivität der Arbeit, ein Anschwellen der erzeugten Güter und damit des Bedürfnisses nach einer Ausdehnung des Marktes, auf dem die kapitalistischen Unternehmer durch den Verkauf der Waren ihren Anteil von dem Mehrwert einsäckeln können, den die Proletarier schaffen. Allein diese Entwickelung vollzieht sich auf der Grundlage des Klassengegensatzes zwischen den Ausbeutenden und Ausgebeuteten, und er verhindert es, daß die Erweiterung des Absatzgebietes im Deutschen Reiche selbst gleichen Schritt hält mit dem Steigen der Produktion. Je mehr der Klassengegensatz sich verschärft — wie oben gezeigt wurde —, um so mehr werden die besitzenden und ausbeutenden Klassen durch die Entfaltung der Produktion gezwungen, Absatz im Auslande zu suchen. Nicht etwa, weil die Massen des Volkes in der Heimat alles haben, was sie bedürfen, von dem zu schweigen, was ihnen nach dem Grad der Kulturentwicklung gebührt, sondern weil sie dank der kapitalistischen Ausbeutung nicht zahlen können, nicht kaufkräftig sind. Die gleiche Entwicklung geht jedoch nicht nur in den alten kapitalistischen Ländern vor sich, sondern auch in den neuen, die der Kapitalismus selbst schafft. Es sind ja nicht nur Waren, die ausgeführt werden, vielmehr auch Arbeitsmittel, Arbeitskräfte, Kapitalien. So nistet sich die kapitalistische Produktion auf den entferntesten Punkten der Erde ein und vermehrt die Zahl der konkurrierenden Länder auf dem Weltmarkt. Es wächst der Gegensatz zwischen den ausbeutenden Klassen und Cliquen der einzelnen Staaten. Ihr Verlangen nach festen, gesicherten, abgeschlossenen ausländischen Absatzgebieten setzt sich in der Politik durch als das Streben nach Kolonialbesitz, der durch Zollmauern dem Wettbewerb anderer kapitalistischer Nationen entzogen wird. Die

Weltpolitik steht nicht mehr im Zeichen der offenen Türen, des Freihandels, des Friedens, sie wird Welteroberungs-, Weltmachtspolitik. Der Imperialismus ist da.

Ihn stärkt der Umstand, daß die Ausbeutenden und Regierenden ihre nationalen Gegensätze brauchen und mißbrauchen, um die Ausgebeuteten über den Klassengegensatz in der Heimat hinwegzutäuschen. Die Hetze gegen „den äußeren Feind", im Namen des Vaterlandes, soll diese blind für die Tatsache machen, daß ihr Feind im eigenen Lande steht, daß sie von den eigenen „Volksgenossen" ebenso rücksichtslos ausgeplündert werden, wie von etwa einfallenden Franzosen und Russen. Und noch ein weiterer Zusammenhang der Dinge fördert den Imperialismus. In dem gegenwärtigen Entwicklungsstadium der bürgerlichen Gesellschaft haben die Produktionskräfte eine Entfaltung erreicht, daß sie fortdauernd gegen ihre Fesseln rebellieren: gegen die kapitalistische Produktionsweise, gegen die bürgerliche Eigentumsform. Die ausbeutenden und herrschenden Klassen werden unfähig, ohnmächtig, das schöpferische Spiel dieser Kräfte dem kapitalistischen Mehrwert nutzbar zu machen. Es entfesselt alle wirtschaftlichen, alle sozialen Gegensätze der bürgerlichen Ordnung und droht diese selbst als ein Hemmnis zu sprengen. Indem der Imperialismus die Rüstungen zu Wasser und zu Lande fordert und wahnwitzig steigert — bis zum Weißbluten der Völker — erblicken die herrschenden Klassen in ihm ein Mittel, menschliche und sachliche Produktivkräfte lahmzulegen, zu vernichten. Nach dem österreichischen Professor Kobatsch verschwenden die europäischen Staaten jährlich 7 Milliarden für Rüstungen, weitere 6 Milliarden für die Verzinsung der Schulden, die zu Rüstungszwecken aufgenommen wurden, 5 Milliarden an Arbeitsausfall der aktiven Soldaten, die im leistungsfähigsten Alter aus Mehrern des gesellschaftlichen Reichtums zu bloßen Verzehrern werden müssen. So vervollständigt der Imperialismus das periodische Werk der Krisen. Auch in diesem Zusammenhange ist er die Rettungsplanke, an die sich die besitzenden Klassen klammern, um ihre Ausbeutungs- und Herrschaftsmacht zu erhalten. Der Reichskanzler sprach als Vertreter der ausbeutenden Klassen aller Nationen, als er den Anregungen auf Abrüstung ein starres Nein entgegensetzte.

So ist der Imperialismus eine geschichtliche Erscheinung, die gerade die proletarischen Frauen zu energischstem Widerstand herausfordern. Von dem Bewußtsein durchdrungen, daß die soziale Klassen- und Geschlechtsknechtschaft erst mit der Aufhebung des Privateigentums endet, daß nur jenseits der Kerkermauern dieser bürgerlichen Gesellschaft freies, harmonisches Menschentum für alle blüht: müssen sie gegen die Welteroberungspolitik kämpfen, die die Lebensdauer der kapitalistischen Ordnung zu verlängern bezweckt. Nicht weniger fordern die Gegenwartsfolgen solcher Politik die schärfste Abwehr heraus. Der Imperialismus bedeutet nicht nur Ausbeutung und Knechtung barbarischer und halbbarbarischer Völker. Der reaktionären Auslandspolitik entspricht eine gleich reaktionäre Heimatspolitik. Vergessen wir nicht die Wurzel, den Zweck des Imperialismus: Aufrechterhaltung und Festigung der kapitalistischen Ausbeutungs- und Herrschaftsgewalt! Seinem ganzen Wesen nach schlägt er die gepanzerte Faust auch dem heimischen Proletariat ins Gesicht. Und die Frauen der werktätigen Massen empfinden das schmerzhaft genug. Wenn die eroberungstolle Weltmachtspolitik einen Weltkrieg entzündet: dann sind es nicht nur die Söhne der Panzerplattenkönige, der Kanonenlieferanten, der großen Reeder, der Börsenjobber, der Edelsten und Besten, die ihre Knochen zu Markte tragen. Nein, eure Söhne, eure Gatten, eure Väter und Brüder werden es sein, deren Blut in Bächen den Boden rötet, deren Leichen sich bergehoch auftürmen. (Lebhafte Zustimmung.) Und wenn der Imperialismus Militarismus und Marinismus noch üppiger ins Kraut schießen läßt; wenn der Rüstungs-

wahnsinn die Zoll- und Steuerlast bis zur Unerträglichkeit steigert, Teuerungspreise schafft, die nicht wieder zurückgehen: müssen dann nicht die Proletarierinnen die volle Bürde der Sorgen und Entbehrungen tragen? Des sollten namentlich die Mütter, die Hausfrauen eingedenk sein!

Der Imperialismus stärkt die Macht der Unternehmerorganisationen. Wozu das führt, wissen wir. Zu Preistreibereien, welche schon heute ihre Schuld an der Teuerung und Not haben. Jedoch besagt wachsende Macht der organisierten Ausbeuter auch noch ein anderes. Die Möglichkeit für die Herren, ihren Einfluß auf das politische Leben zu erhöhen und das so dringend notwendige Werk großzügiger sozialer Reformen zu hindern. Das beweist die Geschichte der Sozialreform in Deutschland all diese Jahre, das zeigt besonders eindringlich in jüngster Zeit das Geschick der Reichsversicherungsordnung. Das Fazit der imperialistischen Entwickelung ist also in der aufgezeigten Beziehung vermehrte wirtschaftliche Not und zähe Verweigerung des Reformrechts der werktätigen Massen. Diese können, diese dürfen sich mit diesem Stand der Dinge nicht widerstandslos abfinden. Je teurer die Lebenshaltung, je karger die Reformen, um so ausgedehnter, schärfer werden die gewerkschaftlichen Kämpfe. Die Arbeiterverbände stehen dann dem geschlossenen, zähesten Widerstand der machtvollen Unternehmerorganisationen gegenüber, die Scharfmacherorganisationen sind. Das Ringen wird nicht bloß um die Forderungen der Habenichtse gehen, fast mehr noch um die Existenz ihrer Gewerkschaften selbst. Die Hungerpeitsche und die dienstbaren staatlichen Gewalten sollen die Lohnsklaven ihres Koalitionsrechts berauben. Zu der Auslegung und Beugung der Gesetzestexte tritt das Verlangen nach Ausnahmegesetze gegen das organisierte, kämpfende Proletariat, tritt die Tendenz, das gemeine Recht zum gemeinsten Recht zu „reformieren“. Denken wir an die drohende Gefahr, daß die bevorstehende Strafprozeßreform mißbraucht werden soll, um ein schändliches Ausnahmerecht gegen die gewerkschaftlich kämpfenden Arbeiter, gegen ihre Organisationen zu schaffen.

So greifen die Folgen der imperialistischen Politik fesselnd, verkümmernd auf das Gebiet der politischen Rechte über. Am stärksten muß das in dem zähen, tückischen Widerstand der herrschenden Klassen und ihrer Regierungen gegen die Verwirklichung der Demokratie, gegen die Forderung vollen, gleichen politischen Rechts zum Ausdruck kommen, wie sie in Deutschland mit dem preußischen Wahlrechtskampf das Proletariat immer mehr in den Vordergrund rückt. Imperialismus und Demokratie sind Gegensätze, die einander ausschließen. Die imperialistische Entwickelung schlägt so brutal den wichtigsten Lebensinteressen des Proletariats ins Antlitz, daß sie sich nur durchzusetzen vermag, wenn die breitesten Volksmassen entweder völlig stumpf, ohne eigenes, bewußtes, geschichtliches Klassenleben sind, oder aber politisch geknebelt. In allen Ländern hat der Imperialismus als Begleiterscheinung den Stillstand der demokratischen Entwickelung, das hartnäckige Widerstreben gegen sie gezeitigt. In allen Ländern geht er Hand in Hand mit der Stärkung der Regierungsgewalt, beziehungsweise mit der Stärkung des Monarchismus. Selbst in England, dem Mutter- und Musterland der bürgerlichen Demokratie, des bürgerlichen Parlamentarismus, hat der Imperialismus eine Renaissance des monarchischen Gedankens gezeitigt, wie sie noch vor 20 Jahren niemand zu träumen gewagt hätte. In Deutschland, wo wir es dank des schwächlichen Liberalismus nicht zur vollen bürgerlichen Freiheit, nicht zu einem machtvollen Parlamentarismus gebracht haben: bedeutet der Imperialismus die nackte Stärkung der persönlichen Regiererei. Ich erinnere an den Hunnenfeldzug nach China, an den Panthersprung nach Agadir. Beide Male verstrickte die Regierung Deutschland in die Händel der Weltpolitik ohne die

Zustimmung des Reichstags, sie schob die gewählten Vertreter des deutschen Volkes, die Reichstagsabgeordneten, wie Schuljungen beiseite, die in den Ferien waren.

So begreift der Imperialismus alle Uebel, alle Infamien der kapitalistischen Klassenherrschaft in sich: Steigerung der wirtschaftlichen Ausplünderung der Massen durch schamlose Steuer- und Liebesgabenwirtschaft, durch Preistreiber- und Scharfmacherorganisationen; brutales Zurückdrängen der sozialen Reformarbeit und Verzicht auf die Lösung der Kulturaufgaben; Knebelung des politischen Rechts der Massen. Damit tritt diese Entwickelung der Dinge in unversöhnlichen Widerstreit zu den Interessen der proletarischen Frauen. Je gedrückter ihre Lage ist, um so bedeutsamer ist für sie alles, was dem wirtschaftlichen und politischen, dem kulturellen Aufstieg ihrer Klasse dient. Als doppelt, ja dreifach Bebürdete haben sie ein zwingendes Bedürfnis nach durchgreifenden sozialen Reformen, als politisch Unmündige nach wirklich demokratischen Bürgerrechten. Und was sie heischen müssen, soll kein Almosen sein, das sie bestimmen könnte, ihren Frieden mit der bürgerlichen Ordnung zu machen, nein, eine Wegzehrung, die die Kraft des Proletariats für seinen Kampf um das sozialistische Endziel stärkt. (Lebhafte Zustimmung.) Daher die Notwendigkeit für sie, auch bei den Reichstagswahlen der Situation in Preußen eingedenk zu bleiben, die von dem Kampf um das Wahlrecht beherrscht wird, der in seinen Flanken die weitere Entwickelung zur Demokratie für ganz Deutschland trägt: das Ringen für das gleiche Wahlrecht aller Großjährigen ohne Unterschied des Geschlechts, für die Durchführung einer parlamentarischen, konstitutionellen Regierung, für die Republik. Mit den Erfolgen dieses Ringens können die Proletarierinnen hoffen, zu freien, gleichberechtigten Staatsbürgerinnen emporzusteigen, die gleich gerüstet wie ihre Klassengenossen die Schlachten des Proletariats mitschlagen. Als Todfeind müssen sie mithin den Imperialismus betrachten, dessen Politik sich dem geschichtlichen Aufstieg des Proletariats und seiner Befreiung entgegenstemmt. Die stockreaktionäre Politik des Imperialismus aber wird rasch in steigendem Maße zur einigenden Losung aller bürgerlichen Parteien. Wohl sind es einzelne Cliquen, die die Drähte der imperialistisch tanzenden Staatsmännlein ziehen, Cliquen, die den fettesten Rahm von der Schüssel der Kolonialabenteuer und Kriegshetzen schöpfen. Aber hinter ihnen stehen so gut wie einmütig die besitzenden Klassen, um den Imperialismus zu fördern, statt ihm zu wehren. Das spiegelt die bürgerliche Presse wider, das wird durch das Verhalten der bürgerlichen Parteien zu Heer- und Flottenforderungen bekräftigt. Die Zentrümler wie die „entschiedenen Linksliberalen" — ihre Schalmeienbläser auf bürgerlichen Friedenskongressen davon nicht ausgenommen — lassen sich heute an Bewilligungseifer für Kanonen, Panzerschiffe und Kolonialzwecke kaum noch von den Konservativen überbieten.

Im Banne der aufgezeigten Entwickelung steht die Situation, in der die Genossinnen sich am Reichstagswahlkampf beteiligen, die proletarischen Frauen um die Fahne der Sozialdemokratie sammeln müssen. Ihr Recht wie ihre Pflicht dazu ist in der veränderten wirtschaftlichen und sozialen Stellung des weiblichen Geschlechts fest verankert, wie in dem gewandelten Bewußtsein der Frauen, das die Folge davon ist. Auch die Frauen sind und werden in steigendem Maße in den Mahlstrom der kapitalistischen Wirtschaft gerissen. Die Berufs- und Gewerbezählung von 1907 weist eine gewaltige Ausdehnung, ein rasches Umsichgreifen der beruflichen Frauenarbeit auf. In der Gesamtbevölkerung des Deutschen Reiches hat sich der Anteil der hauptberuflich Erwerbstätigen von 1882 bis 1907 erhöht, er ist von 38,99 vom Hundert auf 43,46 gestiegen. Was besagt diese Tatsache? Nicht nur — wie die Statistik aus-

weist —, daß die absolute Zahl der Dienenden zurückgegangen ist, sondern vor allem, daß die Familien der Werktätigen immer mehr auf den Verdienst der Frauen und der heranwachsenden Jugend angewiesen sind. 1907 gab es in Deutschland 9 492 881, beziehungsweise 10 035 705 weibliche Erwerbstätige im Hauptberuf — die Dienenden inbegriffen, dazu noch 3 396 600 nebenberuflich verdienende Frauen. Seit 1882 hat sich das Heer der hauptberuflich erwerbenden Frauen um fast 4 Millionen vermehrt, um 3 984 395, das ist um 93,95 Proz.

Dabei verdient ein Umstand unsere besondere Würdigung. Die Scheidung zwischen selbständigen Erwerbstätigen und Abhängigen, Ausgebeuteten hat sich in der Frauenwelt noch schärfer durchgesetzt wie bei den Männern. Während auf das Hundert männlicher Erwerbstätigen 67,21 Arbeiter kommen, sind bei den weiblichen Erwerbstätigen 84,12 vom Hundert Arbeiterinnen. Diese Zahlen müssen uns in der Seele brennen, müssen uns anspornen, unsere ganze Kraft einzusetzen für das bessere Los der ausgebeuteten Frauen. Diese Zahlen geben uns aber auch die freudige Gewißheit, daß unaufhaltsam das Heer der Kämpferinnen anschwellen muß, die Seite an Seite mit uns gegen die kapitalistische Ordnung anstürmen. Eine andere beachtenswerte Erscheinung. In der Landwirtschaft hat die Erwerbsarbeit der Frauen einen auffallend großen Umfang angenommen. Von 1895 bis 1907 ist in der Landwirtschaft die Zahl der Männer, welche hauptberuflich erwerbstätig sind, um 255 467 zurückgegangen, die Zahl der weiblichen Erwerbstätigen im Hauptberufe aber um 1 775 132 gestiegen. Von allen Frauen, die einen Hauptberuf ausüben, um zu verdienen, sind fast die Hälfte — 4 528 286 — in der Landwirtschaft tätig, 45,83 Proz., während Industrie und Handel zusammen wenig mehr als $^{3}/_{10}$ davon beschäftigen. Unsere Wahlarbeit darf an dieser Sachlage nicht achtlos vorübergehen. Noch eine dritte wichtige Tatsache. Die Zahl der verheirateten Arbeiterinnen ist absolut und relativ stärker gestiegen, als die der ledigen, der geschiedenen und verwitweten. Ein herzzerreißender Beweis das für die Not der ausgebeuteten Massen. Zwar haben die ledigen Arbeiterinnen von 1895 bis 1907 um 1 360 217 zugenommen, aber gemessen an der Zahl der weiblichen Erwerbstätigen überhaupt ist ihr Anteil damit von 57,68 auf 50,22 vom Hundert gesunken. 1907 wurden 451 590 verwitwete und geschiedene Arbeiterinnen mehr verzeichnet als 1895, trotzdem wies auch der Anteil dieser Gruppe weiblicher Erwerbstätiger einen relativen Rückgang auf: von 24,98 auf 20,38 vom Hundert. Die Zahl der verheirateten Arbeiterinnen, der Mütter, die der Erwerbszwang von den Kindern reißt, der Gattinnen, die ein Hauswesen zu versorgen haben, zeigt eine Vermehrung von 1 843 456, sie ist von 17,34 auf 29,40 vom Hundert aller weiblichen Erwerbstätigen gestiegen. Die Bedeutung dieser Entwickelung tritt noch klarer zutage, wenn wir das folgende Ergebnis der Erhebung von 1907 festhalten: der Anteil der weiblichen Bevölkerung an den Erwerbstätigen sinkt in der Altersgruppe von 25 bis 30 Jahren bedeutend, im Vergleich zu der vorhergehenden Altersgruppe, und er steigt nach dem 30. Lebensjahre der Frauen wieder sehr erheblich. Die Proletarierinnen wehren sich mithin soviel es nur geht dagegen, im Hauptberuf kapitalistisches Ausbeutungsobjekt, im Nebenamt Mutter zu sein, aber die Lebensnöte zwingen ihren Widerstand nieder, kaum daß die Kleinen das Säuglingsalter hinter sich haben, ja, oft noch während dieser Zeit. Das alles in einer Gesellschaft, in der den kämpfenden Frauen fortgesetzt gepredigt wird: die Frau gehört ins Haus, das Haus ist die Welt der Frau. (Zustimmung.)

Genossinnen, Genossen! Es ist nicht die Freude an trockenem Zahlenwerk, das mich veranlaßt hat, diese Ziffern anzuführen. Die mitgeteilten Zahlen geben uns bestimmte Lehren für die Arbeit, die wir bei den Reichstagswahlen zu

leisten haben. Diese Arbeit muß den Beweis erbringen, daß wir die eifrigsten Verfechterinnen der Interessen der erwerbstätigen Frauen sind. Ohne jedoch die uns dadurch zufallenden Aufgaben zu vernachlässigen, müssen wir unsere Tätigkeit verdoppeln, ja verzehnfachen, um auch die am häuslichen Herde schaltenden und waltenden Frauen der werktätigen Massen der Sozialdemokratie zuzuführen. Unsere Agitation unter den Hausfrauen muß weit intensiver, umfassender werden als bisher. Fehlt es uns etwa an Anknüpfungspunkten dafür? Mit nichten! Die bürgerliche Gesellschaft und insbesondere die Politik des schwarz-blauen Blocks wirft sie uns in Hülle und Fülle zu. Denken wir nur an die Vorgänge der letzten Zeit! Da ist die Lebensmittelteuerung, die Witwen- und Waisenverhöhnung, der unzulängliche Mutter- und Säuglingsschutz, der obendrein großen Schichten der Frauenwelt ganz versagt geblieben ist. Zeigen wir bei diesen Schändlichkeiten besonders die Rolle der Partei, die das Bild der Himmelskönigin und des Himmelskindes mit Edelsteinen und kostbaren Stoffen schmückt, sich aber nicht gescheut hat, vielen Zehntausenden bedürftiger Kreißender die Ruhe des Stalls von Bethlehem, ihren Kindlein das Stroh und die Windeln zu versagen. Militarismus, Marinismus, Wohnungs- und Schulnot usw. bieten ebenfalls treffliche Anknüpfungspunkte für unsere Agitation unter den Hausfrauen, den Müttern. Besonders wichtig ist es, daß wir die Lage zur Agitation unter den Landarbeiterinnen ausnutzen. Auch dafür haben uns die Herrschenden und Regierenden reichstes Material geliefert. Sie werden meiner Anregung beistimmen, daß Genossin Zietz, die auf der Mannheimer Frauenkonferenz über die Landarbeiterinnenfrage referiert hat, eine Broschüre abfaßt, die der Erweckung und Organisierung der ländlichen Proletarierinnen dient. Von großem Gewicht ist es ferner, daß wir unsere Agitation unter die katholischen Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen tragen. Im Hinblick auf diese bedeutsame und schwere Aufgabe sei an die vorausgegangenen Ausführungen über den Wert der Ideologie erinnert. Es genügt nicht, daß wir die katholischen Proletarierinnen bei ihren Gegenwartsinteressen packen, daß wir vor ihnen die konsequente, die treue Gegenwartsarbeit der Sozialdemokratie für das Wohl des werktätigen Volkes feststellen. Wir müssen ihnen auch eine großzügige Ideologie bringen, ein soziales „Endziel“ zeigen, also den ganzen Sozialismus begreiflich zu machen suchen. Wollten wir darauf verzichten, es zu tun, die Gegner würden uns dazu zwingen, und wir brauchen die Auseinandersetzung mit ihnen auch darüber wahrhaftig nicht zu fürchten. Unsere geschichtliche Wertung des religiösen Bekenntnisses ist grundsätzlich weit geschieden von dem Urteil der vulgären Freidenkerei. Wir können den katholischen Proletarierinnen klarmachen, daß die weltliche Ideologie des Sozialismus zu leisten vermag, was die religiöse Ideologie des Christentums leisten sollte. Ihre geistig-sittliche Macht, ihre kulturelle Bedeutung ist verkörpert in dem geschichtlichen Aufstieg des Proletariats, das aus Nacht und Not ins Licht der Bildung und Freiheit drängt. Sie kann in jedem einzelnen lebendig das Höchste wirken. Die sozialistische Weltanschauung soll kein tönendes Erz sein, sie muß jeden einzelnen zu einer geistig, sittlich emporsteigenden Persönlichkeit erheben. Sie muß stark genug in uns sein, daß wir in unserer Brust, in unserem Leben den Kampf mit den dunklen Mächten der Vererbung, mit den feindlichen Gewalten des Milieus aufnehmen, so daß an jedem das Goethesche Wort sich bewahrheitet: „Wer immer strebend sich bemüht, den können wir erlösen.“ Von dem Bewußtsein des Wertes unserer erhabenen Ideologie durchdrungen, können wir getrost den Aufgaben des Wahlkampfes ins Auge blicken.

Es verlangt uns heiß danach, die Gunst der politischen Stunde zu einer gründlichen Abrechnung mit den herrschenden Klassen und ihrem Staate zu nutzen. Bei dieser Abrechnung — bei welcher der schwarz-blaue Block wahrlich

nicht zu kurz kommen kann — gilt es mehr denn je, die ganze Kraft in der Faust zum Schlage zusammenzuballen, wie uns Lassalle gesagt hat. Die Kraft der Faust wird jedoch um so größer und die Wucht des Schlages um so zerschmetternder sein, je reicher und blühender alle Lebensfunktionen des sozialdemokratischen Parteiorganismus sind. Der Reichstagswahlkampf kann nur dadurch gewinnen, wenn wir ihn vorbereiten durch die intensivste Betätigung auf allen Gebieten des proletarischen Klassenlebens, durch die kraftvollsten Aktionen, zu denen die Situation die Sozialdemokratie aufruft. Daher müssen wir auch schon von heute ab unsere besondere Aufgabe im Wahlkampf zu lösen beginnen und den Samen der sozialistischen Ideen unter die Massen der proletarischen Frauen mit vollen Händen ausstreuen. Die Lösung dieser Aufgabe gewinnt für das gesamte Proletariat an Bedeutung. Nicht bloß im Hinblick auf die nachgewiesene Ausdehnung der Frauenarbeit, vielmehr auch weil geschichtliche Entwicklungslinien künden, daß Massenbewegungen von steigender Tragweite für das proletarische Emanzipationsringen werden. So unschätzbar der parlamentarische Kampf ist — er allein reicht nicht aus, um die Entscheidungsschlacht des Proletariats für seine Befreiung zu schlagen, ja nicht einmal um die bitter nötige Besserung seines Loses in der Gegenwart durchzusetzen. Immer mehr muß er ergänzt und fruchtbar gemacht werden durch gewerkschaftliche und politische Massenkämpfe außerhalb der Parlamente. Solche Kämpfe aber können nur siegreich getragen werden, wenn auch die Frauen aufgeklärt und organisiert, ohne Furcht vor den größten Gefahren, zu den schwersten Opfern bereit, zielbewußten Teil daran nehmen. (Stürmische Zustimmung.)

Von der rastlosen Arbeit, dieses Ziel zu erreichen, lassen wir uns durch nichts und von niemand abhalten. Auch nicht etwa dadurch, daß uns ein Kaiser predigt, die Frau gehöre ins Haus, sie solle in der Stille des häuslichen Lebens wirken. (Heiterkeit.) Erst vor kurzem hat Wilhelm II. wieder den deutschen Frauen als Vorbild das häusliche Walten verherrlicht, wie es Fürstinnen durch Paraderitte als Chef „ihrer" Regimenter vor der Front der Truppen zu illustrieren pflegen. (Große Heiterkeit.) Das erinnert uns an die berühmte Königsberger Rede, die sich vor wenigen Wochen gejährt hat, und die sich ja nebenbei auch gegen das Hinaustreten der Frauen ins öffentliche Leben, zum Kampf für ihr Recht wendete. Wilhelm II. liebt es, sich für seine Ratschläge an die Nation auf seine allerhöchstseligen Vorfahren zu berufen, und so hat er auch seine Mahnung für die Frauen mit dem Hinweis auf das häusliche Walten seiner allerhöchstseligen Urgroßmutter Luise geschmückt. Ich will darauf nicht erwidern, indem ich seinem Bild von der Königin Luise das streng geschichtliche Porträt dieser Fürstin gegenüberstelle. (Sehr gut!) Unsere Antwort aber auf die wiederholte Mahnung des kaiserlichen Redners will ich an eine geschichtliche Erinnerung aus dem Leben der Königin Luise anknüpfen, die wir einem Junker verdanken, Ludwig von der Marwitz. Aus seinen Memoiren über Friedrich Wilhelm III. und Luise von Preußen erfahren wir, daß die Königin gelegentlich einen starken Drang hatte, sich um politische Angelegenheiten zu kümmern. Wie verhielt sich der königliche Eheherr dazu? Wir lesen es bei Marwitz: „Er wies sie hart zurück, holte einen Strickstrumpf, gab ihr den und sagte, dies sei ihr Geschäft, um das andere brauche sie sich nicht zu kümmern. . . . Aber sie zeigte sich als eine gute Ehefrau, sie kroch zum Kreuz, bat um Verzeihung, wurde zu Gnaden angenommen." Wilhelm II. mag gemäß dieser Tradition wähnen, daß die Frauen dem Beispiel des Zukreuzekriechens folgen werden. Das um so mehr, als die bürgerlichen Frauen in schwächlicher Weise gegen die Weisheit des Gottesgnadentums protestiert haben. — Nebenbei bemerkt: Philisterium und Absolutismus sind innerlich verwandt.

hier Gottesgnadentum eines Geschlechts, dort das Gottesgnadentum einer Familie. — Die bürgerlichen Frauenrechtlerinnen haben in geziemender Untertänigkeit von dem schlecht unterrichteten Kaiser an den besser zu unterrichtenden Kaiser appelliert. Wir machen solche Hofgänge nicht mit, wir kriechen aber auch nicht zu Kreuze. (Stürmischer Beifall.) In uns ist die gewaltigste Ideologie lebendig, welche je des Lebens Not in ihrer Umarmung mit dem Geist stolzer Erhebung gezeugt hat. Die zeiten- und weltenumspannende Ideologie des Sozialismus, und sie bewirkt, daß wir sozialistischen Frauen von einer stolzeren Rasse sind als die Königinnen. Königinnen mögen zu Kreuze kriechen, sozialistische Frauen kriechen nicht zu Kreuze. (Stürmischer Beifall.) Sie kämpfen für den Umsturz der Gesellschaft, deren Ketten den Leib bedrücken, dem Geist die Flügel knicken; sie tragen Stein um Stein zum Aufbau der sozialistischen Ordnung bei. Und sie wissen, daß sie in diesem ihrem Tun unsterblich weiter leben. Wenn in ferner Zeit die Namen der meisten Fürsten längst vergessen sind — darunter auch der der allerhöchstseligen Königin Luise — dann werden wir in unseren Taten lebendig sein, mag heute auch keine von uns beim Aufbau genannt werden, mag dann auch das Gedächtnis an jede einzelne von uns verweht sein. In unserer Gesamtheit werden wir unsterblich sein als die sozialistischen Frauen, die inmitten des Winters der kapitalistischen Ordnung den Frühling des Sozialismus die Wege bereiten halfen. Wir werden weiterleben in dem großen geschichtlichen Werke des Proletariats, das wir auch bei den Reichstagswahlen mit aller Kraft fördern wollen. Wir werden weiterleben in dem Bau, an den wir unser Herzblut setzen: in dem Bau der sozialistischen Ordnung! (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Auf Antrag der Genossin Pollender wird von einer Diskussion Abstand genommen.

Es folgt der letzte Punkt:

Die Frauen und die Gemeindepolitik.

Berichterstatterin **Klara Weyl**-Berlin: Wenn auch die Gemeinden heute als Verwaltungskörper der Klassenherrschaft unterstellt sind, ist es doch möglich, viel für das Proletariat herauszuschlagen. Deshalb ist es Pflicht unserer Genossen, überall danach zu streben, in möglichst großer Zahl in die Gemeindeverwaltungen hineinzukommen. Seit 15 Jahren bietet sich den Frauen in der Wohlfahrtsfürsorge der Gemeinden ein weites Tätigkeitsfeld. Da ist zunächst die Krankenfürsorge. Ob die Einrichtung der Krankenhäuser den modernen wissenschaftlichen Anforderungen entspricht, ob die Verpflegung gut ist, daran sind Männer und Frauen gleichmäßig interessiert. Da aber die Männer zumeist Krankenkassenmitglieder sind, die Frauen aber nicht, ist für uns die Frage der Kostenzahlung viel wichtiger. Man fürchtet die Armenunterstützung und gerade die stolzesten Arbeiter zögern bis zum letzten Augenblick, ihre Frau oder das Kind in das Krankenhaus zu schaffen. (Sehr richtig!) Um so notwendiger ist hier eine Reform. Die Fürsorge für Gebärende wird gerade durch die elenden Wohnungsverhältnisse zu einer Notwendigkeit. Die Mittel zur Unterstützung der Gebärenden müssen erhöht werden. Man geht bei der Sorge für die Säuglinge von dem Gesichtspunkt aus, daß die Pflege der Mutter und Selbststillen die beste Gewähr für die gute Entwickelung des Kindes sind. Die Fürsorge besteht vorwiegend in Erteilung ärztlicher Ratschläge, Gewährung von Stillprämien und Nährmitteln. Was wäre nun einfacher, als daß die Gemeinden die unzähligen Artikel an Wäsche, Kleidung usw. für ihre Anstalten, welche sie heute von Unternehmern beziehen, im eigenen Hause, in eigener Regie von jungen Müttern — bei kurzer Arbeitszeit — herstellen ließen. Den Müttern wäre die Möglichkeit gegeben, ihre Kleinen zu betreuen,

und die Gemeinden hätten keine besonderen Unkosten, denn sie würden den Unternehmergewinn ersparen. Aber von unseren bürgerlichen Mehrheiten wird so etwas sehr schwer zu bekommen sein, wenn es nicht unsere Gemeindevertreter immer wieder verlangen. Die Städte führen jetzt Heimstättenbehandlung für eben erst Genesene ein. Die Unterkunftsmöglichkeiten sind hier für Frauen aber viel geringer als für Männer. Infolge ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse können die Frauen häufig ihr Haus nicht verlassen. Darum müssen die Städte Hauspflege einrichten, die heute nur höchst unzureichend von der bürgerlichen Wohltätigkeit betrieben wird. Die Städte haben die Pflicht, den Kindern die Mütter zu erhalten, damit sie die Kleinen auch erziehen können. (Zustimmung.)

Viel wichtiger noch sind die Fragen, die unsere Kinder betreffen. Wie sehen doch die Kinderhorte aus, die in manchen Orten errichtet sind! Nur zu häufig sind sie errichtet von der Kirchengemeinde, die zuerst natürlich die Kinder ihrer frommen Schäfchen aufnehmen. Auf der 8. Konferenz der Zentrale für Jugendfürsorge ist festgestellt worden, daß allein in Berlin 75 000 Kinder der zeitweisen Unterbringung in Kindergärten bedürftig sind. Alle Berliner Kindergärten aber haben nur Raum für 7000 Kinder. (Hört! hört!) Und eine schlecht bezahlte Wärterin muß sich manchmal mit bis zu 130 Kindern plagen. (Hört! hört!) Alle die Summen, die für Säuglingsfürsorge ausgegeben sind, fallen ins Wasser, wenn die Fürsorge mit dem ersten Lebensjahr aufhört. Was die Gemeinden an Kinderfürsorge sparen, müssen sie später dreifach ausgeben an Kranken- und Siechenkosten. In manchen Kinderheimen werden die Kleinen auch noch erheblich ausgebeutet, und es kommt für sie an Schul-, Haus- und Erwerbsarbeit eine Arbeitszeit von 11 bis 13 Stunden täglich zusammen. (Hört! hört!) Die Strafstatistik zeigt, daß der weitaus größte Teil der jugendlichen Verbrecher sich zusammensetzt aus Jugendlichen, die schon als Kinder erwerbstätig waren, und zum anderen Teil aus Kindern, die ohne Aufsicht aufgewachsen sind. Die Schuleinrichtungen und die Schularztfrage sind jedenfalls für die Frauen sehr viel wichtiger als für die Männer. (Sehr richtig!) Wir fordern die Freiheit der Lernmittel, um die man heute Bettelgänge unternehmen muß. Straßburg und Mülhausen im Elsaß haben die Lernmittelfreiheit fast ganz, die Schweiz sogar völlig durchgeführt. Auf einen Berliner Schularzt kommen heute 4 bis 5000 Kinder. (Bewegung.) Und da soll er den Gesundheitszustand während der ganzen Schulzeit überwachen. Der Schularzt sollte eigentlich auch der Berater bei der Berufswahl sein. Gerade die so unendlich wichtige sexuelle Aufklärung unserer Jugend könnte doch von niemandem besser besorgt werden, als von der Frau oder dem Manne, die sich durch Jahre das Vertrauen der Kinder erworben haben. (Beifall.) Waldschulen für schwächliche Kinder gibt es heute erst in Charlottenburg, Dortmund und Elberfeld. Die Schulspeisung ist von Stadt wegen bisher nur in Mannheim eingeführt und doch sind nur 80 Proz. der Schulkinder gut ernährt, 14,8 leidlich und über 5,2 Proz. schlecht ernährt. In Berlin haben 14 000 Schulkinder und 5000 vorschulpflichtige Kinder kein warmes Essen und werden von den Volksküchen verpflegt. Ich habe eine Zeitlang in einer Schulspeisehalle mitgearbeitet. Viele kommen mit ihren vorschulpflichtigen Geschwistern auf dem Arm und wenn ihnen dies untersagt wird, antworten sie: „Mutter ist nicht zu Hause, wir müssen die Kleinen mitversorgen.“ Und dann bitten sie um einen möglichst großen Napf Essen. Man hat festgestellt, daß in 128 Schulen mit 195 000 Kindern 36 000 ohne Frühstück zur Schule kommen. Zuerst muß man die Kinder satt machen und dann erst können sie dem Unterricht folgen. In Berlin mußten 5000 Kinder wegen Unterernährung am Schulanfang zurückgestellt werden. (Hört! hört!) Durch

Kochunterricht in den oberen Klassen sollte den Mädchen Gelegenheit gegeben werden, sich Kenntnisse anzueignen, die ihnen im späteren Leben nützlich sind. Mit dem Kochunterricht ließe sich leicht die Schulspeisung vereinen. Ueber die Notwendigkeit der Schulbäder sind wir einig. Die Kinder der Proletarier, denen zu Hause Badegelegenheit fehlt, müssen im Interesse der Reinlichkeit und Gesundheitspflege in der Schule Gelegenheit zum Baden haben. An obligatorischen Fächern der Fortbildungsschule muß Gesundheits- und Haushaltungslehre angegliedert werden. Viele Männer meinen, daß für die Proletarierinnen es nicht wichtig sei, die Haushaltung kennen zu lernen; sie hätten später doch zu wenig Geld, um eine Haushaltung zu führen. Aber gerade deshalb müssen sie das Wirtschaftswesen kennen lernen, um die Gesundheit ihrer Familie zu erhalten. Auch als Konsumenten sind die Proletarierinnen stark an den städtischen Einrichtungen interessiert, namentlich in dieser Zeit des unerhörten Lebensmittelwuchers. Die Gemeinden haben die Pflicht, die Lebensmittelversorgung in die Hand zu nehmen. Bisher ist nur unzureichendes geleistet worden. Billige Arbeiterwohnungen müssen geschaffen werden. Bisher haben wir nicht einmal eine richtige Wohnungsinspektion. Die Rednerin gibt ein Bild des groß- und kleinstädtischen Wohnungselends.

Wie steht es nun angesichts dieser großen Aufgaben mit der Mitarbeit der Frau in den Gemeinden? 1909 waren 11 900 Frauen in der Kommunalwohlfahrtspflege beschäftigt, dagegen aber 33 800 Männer ehrenamtlich in der Armen- und Waisenpflege, und von den 11 900 Frauen waren nur in 53 Gemeinden Frauen in den oberen Verwaltungsbehörden. In der Waisenpflege sind die Frauen aber nur die Mithelferinnen der Männer. Sie sind gleichsam nur ein besserer Laufbursche, der die Recherchen zu machen hat. Nach einer Ministerialverordnung vom 10. April 1871 steht der Hinzuziehung der Frauen zu den Armendeputationen nichts im Wege. Sie haben hier gleiche Rechte wie die Männer. Auch in die Waisendeputation können sie gewählt werden, und zwar hier nur mit beratender Stimme. Unsere Waisenfürsorge erstickt geradezu in Bureaukratismus. Ein viertel bis ein halbes Jahr vergeht zuweilen, ehe die erste Recherche gemacht wird, und dann ist das Kind manchmal schon gestorben. Die Waisenfürsorge hat sich auch mit der Ueberweisung der Kinder in die Fürsorgeerziehung zu befassen. Hier wären Frauen erst recht am Platz, weil die Männer meist nicht das richtige Taktgefühl haben. Hätten Frauen zu bestimmen, so wären die Kinder nicht so lange in Mieltschin geblieben, nachdem die Vorgänge dort bereits bekannt waren.

In der Armenverwaltung hat die Frau zwar gleiche Rechte mit dem Mann, hier haben wir aber neben 5300 Männern nur 72 Frauen und eine Vorsteherin einer Armenkommission. Das war für die bürgerlichen Kreise etwas so Auffallendes, daß sie von den bürgerlichen Journalisten überlaufen wurde und die bürgerliche Presse ihr Bild brachte. Gerade in der Armenverwaltung zeigt die Frau viel mehr Weitsichtigkeit und Weitherzigkeit als der Mann. Frauen gehören auch in die Krankenhausdeputationen, überhaupt in alle wirtschaftlichen Verwaltungskörper.

In einzelnen preußischen Provinzen und in einzelnen Staaten hat die Frau ein aktives Wahlrecht; sie darf es aber nur durch einen Vertreter ausüben. Ein direktes Wahlrecht hat sie in der Stadt Travemünde seit 1861. Travemünde aber ist eine Fremdenstadt, wo das proletarische Bewußtsein nicht so stark entwickelt ist; daher hört man nicht, daß die Frau dort von ihrem Recht Gebrauch macht. Auch in den Landgemeinden Lübecks hat die Frau das aktive Wahlrecht und wir müssen dafür sorgen, daß sie davon Gebrauch macht. In verschiedenen auswärtigen Staaten sind mit dem aktiven Frauenwahlrecht sehr gute Erfahrungen gemacht, und ein ausländischer

Minister nannte vor kurzem Sidney in Australien die bestverwaltete Stadt der Welt und führte diese gute Verwaltung auf die starke Beteiligung der Frau an der Verwaltung zurück. Wenn die Reichsversicherungsordnung uns den Mutterschutz und den Säuglingsschutz schuldig geblieben ist, so haben wir allen Anlaß, für den Ausbau der kommunalen Einrichtungen zu sorgen. Auch in der öffentlichen Arbeit kommen wir mit diesen kleinlicheren Fragen der Kommunalpolitik einen Schritt vorwärts und stärken die Proletarierin zu dem großen Kampfe der Reichspolitik, bis wir hineinkommen in unsere Zukunftsideale. (Lebhafter Beifall.)

Genossin **Fahrenwald**-Berlin: Die Stadt Berlin hat 65 000 Mark für die Straßenausschmückung beim Besuch des dicken Königs Eduard von England ausgegeben, aber eine Wöchnerin wird im Winter am sechsten Tage nach der Entbindung mit ihrem Säugling auf die Straße gejagt (Pfuirufe), weil kein Platz für sie da ist. Die Geburtshilfe muß unentgeltlich sein und in städtische Regie übernommen werden. Und wie sieht es mit der Kinderpflege aus? Man sollte sich weit mehr als bisher mit Kommunalpolitik beschäftigen.

Genossin **Ott**-Frankfurt a. M.: Frankfurt ist die zweitreichste Stadt der Monarchie und hat ihrem Bürgermeister das Gehalt von 30 000 Mark auf 36 000 Mark erhöht, aber die Armenpflege ist ganz unzulänglich. Für ein altes Ehepaar werden wöchentlich im ganzen 10 Mark bewilligt.

Genossin **Eckinger**-Saalfeld: Sie schreien so viel über Ihr Dreiklassenwahlrecht in Preußen; in Saalfeld haben wir ein Zehnklassenwahlrecht für die Gemeinde, das geschaffen wurde, weil unsere Genossen die Mehrheit bekommen haben. Sie protestieren jetzt dagegen, indem sie bei der Wahl Zettel in die Urne werfen: Gewalt geht vor Recht!

Genosse **Weber**-Griesheim: In Frankfurt a. M. versuchten unsere Genossen, wie Genossin Brühne mitteilt, die Genossinnen in die Armenverwaltung hineinzubekommen, aber die Mitarbeit scheiterte daran, daß die Frauen zu wenig Zeit hatten. Eine Schulung der Genossinnen für diese Aufgaben ist dringend nötig.

Genossin **Pollender**-Leipzig: Wir würden wohl eine bessere Fürsorge für die Säuglinge und vieles andere haben, wenn wir nicht das traurige Wahlrecht besäßen, bei welchem 80 Prozent der Wähler nur ein Drittel der Vertreter wählen. In armen Gemeinden fehlt es vielfach an Mitteln; da müßte der Staat und das Reich die Armen- und Schullasten übernehmen.

Genossin **Maurer**-München: Gegenüber den gestrigen Ausführungen der Genossin Zietz, daß unsere Frauenbewegung in München noch weit zurück ist, muß ich doch hervorheben, daß wir eine sehr rege Bewegung haben. In der Waisen- und Armenpflege sind über 100 Genossinnen tätig, die auch gute Erfolge erzielt haben. Die Wohnungsverhältnisse in München sind überaus traurig, wie in jeder Großstadt. Eine Frau nächtigte dreimal in einem Abort und ihre 14jährige Tochter wurde von einem Manne mitgenommen, zu welchem Zweck, können Sie sich wohl denken. Diese traurigen Verhältnisse verdanken wir in erster Linie dem Zentrum.

Vorsitzende **Zietz**: Zur Richtigstellung muß ich bemerken, daß ich gestern ausdrücklich betont habe, daß die Frauenbewegung auch in Süddeutschland in den letzten 3 Jahren gute Fortschritte gemacht hat. In München haben wir sogar eine alte Bewegung. Und es wäre auch in dem übrigen Süddeutschland eine Erweckung der proletarischen Frau zum Klassenbewußtsein früher möglich gewesen, wenn die wirtschaftliche Entwickelung schneller vor sich gegangen wäre. Das habe ich gestern ausdrücklich betont.

Genossin Wehl (Schlußwort): Es ist an mich die Anfrage gerichtet worden, was denn zu tun ist, wenn Kinder verkauft werden. Wir haben leider kein Mittel, dies zu verhindern, und es ist äußerst schwer, nachzuweisen, daß eine Familie einen solchen Kauf zu unlauteren Zwecken vornimmt. Sehr schlimm sind die armen Mädchen daran, die ihre Kinder gegen einmalige Abfindung in Pflege geben. Viele Frauen scheuen sich leider, den Entbindungsschein sich ausstellen zu lassen. Die Tätigkeit in der Säuglingsfürsorge zeigt mancher Genossin erst das furchtbarste Elend. Viel wichtiger als alles andere ist hier, die Mütter den Kindern wiederzugeben. Alles, was wir auf diesem Gebiete erfahren, kommt unserem großen Kampfe zugute. (Lebhafter Beifall.)

Die Referentin empfahl hierauf die Annahme der vorgelegten Resolution.

Die beiden in diesem Punkte vorliegenden Resolutionen werden einstimmig angenommen.

Damit sind die Arbeiten der Konferenz beendet.

Genossin Zietz dankt in ihrem Schlußwort zunächst den Genossen und Genossinnen des Lokalkomitees für ihre liebevolle Mühe und für die genußreichen Stunden, die sie uns durch die Veranstaltung des Konzerts bereitet. Unsere Konferenz, so fährt sie fort, hat gute Arbeit geleistet. Wir haben unsere Erfahrungen ausgetauscht über die wichtigsten und besten Arten der Agitation. Von der Klugheit und dem Takt unserer Genossinnen wird es abhängen, die jeweils beste Methode herauszufinden. Wir alle wünschen lebhaft eine Wiederholung des Frauentages. Wir werden alles tun, damit wir eine noch machtvollere Demonstration für das gleiche Bürgerrecht der Frauen bekommen. Für die Arbeiten der Kinderschutzkommission wurde mancher Fingerzeig gegeben, sie werden weiter dazu beitragen, daß das Gesetz und dessen bessere Befolgung durch unsere Kritik vorwärts getrieben wird und ein klein wenig mehr Sonne in das Leben der Kinder des Proletariats kommt. Wir haben über die Schulung unserer Genossinnen zu überzeugten Parteimitgliedern, zu revolutionären Klassenkämpferinnen beraten. Die Beschwerdekommissionen wollen wir ausbauen zu Nutz und Frommen der Arbeiterinnen und zum Ausbau der gewerkschaftlichen Organisationen. Das glänzende Referat der Genossin Zetkin hat uns unsere Aufgabe bei den Reichstagswahlen gezeigt, damit der Wahlkampf nicht nur ein Kampf um Mandate, sondern ein großer Klassenkampf zwischen Besitzenden und Besitzlosen werde. Genossin Weyl hat uns in vorzüglicher Weise die Richtlinien für die Tätigkeit der Genossinnen in den Gemeinden gezeigt. Die Schulung unserer Genossinnen auf diesem wichtigen Gebiete wird die Aufgabe der nächsten Jahre sein. Eine Fülle von Anregungen sind in den Mittelpunkt unserer Organisation gerückt worden. Die Konferenz hat Zeugnis abgelegt von dem trefflich blühenden Leben der proletarischen Frauenbewegung. Die Konferenz hat gezeigt, daß der Sozialismus nicht nur eine Kulturbewegung ist im Hinblick auf sein Ziel und durch unsere alles überragende Weltanschauung, sondern auch dadurch, daß er in den Kampf um seine Verwirklichung die Kräfte entwickelt und uns weit über das Alltagsleben hinaushebt. Große Scharen von Frauen haben sich zu uns in diesem Kampfe gesellt in der Erkenntnis, daß nur die Verwirklichung des Sozialismus sie von den Fesseln der Lohn- und Geschlechtssklaverei befreien und ihnen volles Menschentum bringen kann. Und diese Scharen werden größer und größer, die der Wunden nicht achten, die der Kampf ihnen schlägt. Diese Frauen kommen aber nicht allein zu uns, sie werden uns auch ihre Kinder, die jugendkräftigen Träger der Zukunft zuführen. (Lebhafter Beifall.) Und darum kann es gar nichts Besseres für die gesamte Bewegung geben, als wenn wir unsere ganze Kraft in den Dienst der Frauenbewegung stellen. Wir reichen uns im Geiste die Hand und geben das Ver-

sprechen ab, die hier empfangenen Anregungen nach besten Kräften zu verwerten und in ihrem Sinne zu wirken. Wenn Sie mit mir einverstanden sind, dann stimmen Sie mit mir ein:

Unser proletarischer Kampf, unsere sozialdemokratische Arbeiterbewegung, die internationale Sozialdemokratie, sie leben hoch!

Die Versammlung hat sich erhoben und stimmt begeistert dreimal in den Hochruf ein.

Nachdem die Hochrufe verklungen sind, dankt Genossin Simon-Brandenburg in warmen Worten dem Frauenbureau und der Leitung der Konferenz für ihre Tätigkeit.

Anträge zur Frauen-Konferenz.

Resolutionen von Groß-Berlin.

Strafgesetzbuch. Der Vorentwurf zum Strafgesetzbuch enthält eine Fülle von Bestimmungen, die den schärfsten Protest der sozialdemokratischen Frauen herausfordern.

Die Konferenz verpflichtet deshalb die Genossinnen, sich eingehend mit der Materie zu beschäftigen und zu gegebener Zeit überall die Agitation anzuregen.

Die Konferenz ersucht das Frauenbureau, den Referentinnen das nötige Material zur Agitation zu übermitteln.

Die Konferenz ersucht die Redaktion der „Gleichheit", die fraglichen Bestimmungen einer Besprechung zu unterziehen und damit den Genossinnen ihr Studium zu erleichtern und die Agitation zu unterstützen.

Kinderschutz und Fortbildungsschule. Die sechste Frauenkonferenz bestätigt die auf der dritten Frauenkonferenz zu Bremen angenommene Kinderschutzresolution, da das am 1. Januar 1904 in Kraft getretene Kinderschutzgesetz nicht im entferntesten den Ansprüchen an den gesetzlichen Schutz der Kinder gegen die vorzeitige Verwüstung ihrer körperlichen, geistigen und sittlichen Kräfte gerecht wird.

Die sechste Frauenkonferenz fordert deshalb aufs neue im Interesse der Zukunft des Proletariats und des gesamten Volkes:

Verbot jeglicher Erwerbstätigkeit schul- und vorschulpflichtiger Kinder im Gewerbe, der Land- und Forstwirtschaft, bei häuslicher Arbeit, im Boten- und Gesindedienst. Ausdehnung der Schulpflicht auf das vollendete 14. Lebensjahr. Herabsetzung der täglichen Maximalarbeitszeit für jugendliche Arbeiter von 14 bis 18 Jahren auf 6 Stunden und Einführung eines obligatorischen Fortbildungsschulunterrichts für beide Geschlechter.

Des ferneren fordert sie nachdrücklichst die Durchführung einer wirksamen Kontrolle des Kinderschutzes, und um dieselbe zu ermöglichen, die entsprechende Vermehrung der Gewerbeaufsichtsbeamten und die Heranziehung von Aufsichtsbeamten aus den Kreisen der Arbeiter und Arbeiterinnen.

Gegenüber den Versuchen der Junker und Pfaffen im preußischen Landtage, die ohnehin ungenügende Fortbildungsschule noch durch Einführung des Religionsunterrichts zu verschlechtern, ruft die sechste Frauenkonferenz alle Genossinnen und Genossen zur energischen Abwehr dieser Bestrebungen auf, die nur dazu dienen sollen, das erwachende Klassenbewußtsein der arbeitenden Jugend zu ersticken und sie zu willjährigen Werkzeugen der herrschenden Klassen gegen ihre eigenen Väter und Mütter zu erziehen.

Mutter- und Säuglingsfürsorge. Die sechste ordentliche Konferenz sozialdemokratischer Frauen verurteilt auf das schärfste die skandalöse Behandlung, welche die Frage des Mutter- und Säuglingsschutzes anläßlich der Beratung der Reichsversicherungsordnung durch die Regierung und die bürgerlichen Parteien erfahren hat.

Die Ablehnung der sozialdemokratischen Anträge zu dieser Frage bedeutet eine schwere Schädigung von Leben und Gesundheit der Mütter und Säuglinge in den minderbemittelten Schichten des Volkes.

Besonders erbitternd wirkt die Tatsache, daß die Frauen und Mädchen, die den Landkrankenkassen unterstehen, eine noch weit geringere Fürsorge genießen als die übrigen. Die letzte Berufs- und Gewerbezählung hat einen neuen Beweis von der rapid steigenden Teilnahme der Frau am Berufsleben erbracht.

Unter der Herrschaft des Kapitals bringt aber die Vereinigung von Berufs- und Hausarbeit schwere Gefahren mit sich für Leben und Gesundheit der Frauen und Kinder der Arbeiterklasse, des Kleinbürger- und Bauerntums.

Sie führt häufig zu Unterleibserkrankungen, Erschwerungen der Schwangerschaft und der Entbindungen, zu Früh- und Fehlgeburten, zu früher Sterblichkeit, Verkrüppelung und Siechtum der Kinder.

Die soziale Not zeitigt die gleichen Erscheinungen in weiten Kreisen der unbemittelten Volksschichten; auch wenn die Frauen nicht erwerbstätig, aber aus Mangel an Mitteln der Ruhe und Pflege entbehren zur Zeit der Mutterschaft.

Die Konferenz erklärt deshalb, daß sie als Minimum einer Mutter- und Säuglingsfürsorge in der Versicherungsgesetzgebung ansieht:

1. **Ausdehnung der Krankenversicherung** auf alle lohnarbeitenden Frauen sowie auf alle Frauen, deren Familieneinkommen 5000 M. nicht übersteigt.
2. **Obligatorische Gewährung einer Schwangerenunterstützung** auf die Dauer von 8 Wochen.
3. **Freie obligatorische Gewährung der Hebammendienste** und freie ärztliche Behandlung der Schwangerschaftsbeschwerden.
4. **Obligatorische Gewährung der Wöchnerinnenunterstützung** für 8 Wochen.
5. Die Schwangeren- und Wöchnerinnenunterstützung ist den Arbeiterinnen in der Höhe des versicherten Lohnes, den übrigen Frauen in der Höhe des durchschnittlichen Tagelohnes für weibliche Arbeiter zu gewähren.
6. Obligatorische Gewährung eines Stillgeldes für die Dauer von 26 Wochen in der Höhe des Krankengeldes für alle versicherten Mütter, die ihr Kind stillen.
7. Vereinheitlichung der Krankenkassen und volles Selbstverwaltungsrecht der Versicherten.

Die Konferenz verpflichtet die sozialdemokratischen Frauen, den Kampf um die Verwirklichung dieser Forderungen mit aller Schärfe weiterzuführen.

Krankenkassenwahlen. Die sechste ordentliche Frauenkonferenz verpflichtet die Genossinnen, den Vertreterwahlen der Krankenkassen die größte Aufmerksamkeit zu widmen. Soweit sie selbst Mitglied einer Krankenkasse sind, die noch ein Stück Selbstverwaltungsrecht besitzt, haben sie sich an den Wahlen zu beteiligen und dafür einzutreten, daß auch weibliche Vertreter in entsprechender Anzahl aufgestellt werden. Im übrigen gilt es, rechtzeitig und in umfassender Weise unter den weiblichen Kassenmitgliedern für eine vollzählige Beteiligung zu agitieren.

Nachträglich eingegangene Resolutionen.

Kinderarbeit. Genossinnen Stuttgarts. Die sechste Frauenkonferenz fordert aufs neue: 1. Das gesetzliche Verbot jeder Erwerbstätigkeit schul- und vorschulpflichtiger Kinder im Gewerbe, in der Land- und Forstwirtschaft, in der Heimarbeit, im Boten- und Gesindedienst.

2. Sie fordert ferner die Parteigenossen in Stadt und Land auf, in der Beseitigung der Kindererwerbsarbeit mit gutem Beispiel voranzugehen, indem sie ihre eigenen Kinder von jeder Erwerbsarbeit fernhalten und beim Austragen der Parteipresse jeder Verwendung von Kindern unter 14 Jahren unnachsichtlich entgegentreten.

3. In der Erkenntnis, daß, so schädlich auch die Erwerbsarbeit durch ihre Einseitigkeit, ihre Tendenz zur Ueberanstrengung, ihre sittlichen Gefahren für die geistige und körperliche Entwicklung der Kinder ist, doch der Handarbeit als solcher ein hoher erzieherischer Wert innewohnt, fordert die Frauenkonferenz unsere Vertreter in Landtagen und Kommunen auf, überall mit aller Energie auf Einführung des obligatorischen Handfertigkeitsunterrichts in den Schulen hinzuwirken.

Mutter- und Säuglingsfürsorge. Genossinnen Stuttgarts. Die gleiche Resolution wie die von Groß-Berlin.

Frauen und Gemeindepolitik. Genossinnen Stuttgarts. In allen Orten, in denen Genossinnen in den Schulkommissionen, beim Mutter- und Säuglingsschutz, in der Armen- und Waisenpflege und sonstigen kommunalen Einrichtungen mitarbeiten, sollen sie das Material über ihre Tätigkeit sammeln und alljährlich in der „Gleichheit“ veröffentlichen.

Da die proletarische Frauenbewegung an Breite und Tiefe zunimmt und ihre Aufgaben dementsprechend fortwährend wachsen, da folglich die Tagesordnungen der Frauenkonferenzen bisher immer so reichhaltig waren, daß sie kaum erledigt werden konnten, ist es wünschenswert, daß von nun an die Frauenkonferenz alljährlich stattfindet.

Genossin Klara Weyl, Berlin. Durch die große Ausdehnung der sozialen Tätigkeit der Gemeinden müssen alle verfügbaren Kräfte zur Mitarbeit herangezogen werden. Die in Frage kommenden Gebiete sind für die Frauen von gleicher Wichtigkeit wie für die Männer. Da den Frauen die Verwaltung ihres eigenen Haushaltes anvertraut ist, müssen sie auch an den inneren Gemeindeverwaltungen und Gemeindehaushaltungen teilhaben können. Auf dem Gebiete der Armen- und Waisenfürsorge ist sogar die Frau mit größerem Erfolge tätig wie der Mann. Eine städtische Verwaltung kann heute nicht mehr ohne die Mitarbeit der Frau auskommen. Bisher sind die Frauen, abgesehen von einigen Ausnahmen, nur als Gehilfinnen der Männer tätig.

Die sechste sozialdemokratische Frauenkonferenz fordert von den Gemeindeverwaltungen größere Heranziehung der Frauen zur Selbstverwaltung; insbesondere Zuziehung der Frauen zu den obersten Behörden der Armen- und Waisenverwaltung.

Unsere Genossen in den Gemeindevertretungen haben die Pflicht, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln für diese Forderungen einzutreten.

Ferner fordert die Konferenz von der Landesgesetzgebung Abschaffung aller Gesetze, welche die Frau in öffentlicher und privatrechtlicher Beziehung dem Manne gegenüber benachteiligen. Von diesem Grundsatze ausgehend, fordern wir die Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Gemeindewahlrechts ohne Unterschied des Geschlechts.

Die Frauen haben dafür zu sorgen, daß die Teilnahme an der Gemeindeverwaltung nicht nur Recht, sondern auch Pflicht der Frau ist.

Die Konferenz fordert die Genossinnen und Genossen auf, mit aller Energie für Durchführung dieser Forderungen zu wirken.

Frauentag. Klara Zetkin und Genossen. In Würdigung der vorzüglichen Resultate, die der erste sozialdemokratische Frauentag gezeigt hat, beschließt die Frauenkonferenz in Jena, im Jahre 1912 die Veranstaltung zu wiederholen. Die Festsetzung des Termins und der Bedingungen für die Durchführung erfolgen durch den Parteivorstand.

Lebensmittelteuerung. Aus Anlaß der ungeheuer hohen Lebensmittelpreise sind vor Eröffnung des Reichstags öffentliche Frauenversammlungen einzuberufen, um den Frauen Gelegenheit zu geben, einen Massenprotest gegen die Lebensmittelwucherer, Steuer, Zölle und Preistreibereien der Kapitalisten und Agrarier zu erheben und die Aufhebung der Lebensmittelzölle sowie die Oeffnung der Grenzen zu fordern.

Anhang I.

Zur Marokkofrage.

Korrespondenz zwischen dem internationalen Bureau und dem deutschen Parteivorstand.

(Zu Seite 192 des Protokolls).

Berlin, den 31. August 1911.

Werte Genossen!

Die Erörterungen, welche die Veröffentlichung des Briefes des Genossen Molkenbuhr an den Sekretär des Internationalen Sozialistischen Bureaus in Brüssel durch die Genossin Luxemburg in der „Leipziger Volkszeitung" in der Parteipresse und in Parteiversammlungen hervorgerufen hat, veranlassen uns, die Korrespondenz des Internationalen Sozialistischen Bureaus über eine zu berufende Konferenz in der Marokkofrage zu veröffentlichen. Dieselbe wird volle Klarheit über diese Verhandlungen schaffen und eine erwünschte Unterlage für eine Debatte auf dem Jenaer Parteitag bilden.

Soweit diese Korrespondenz vom Sekretariat des Internationalen Sozialistischen Bureaus **zur Kenntnisnahme an die Mitglieder des Bureaus** versendet wurde, hat sie folgenden Wortlaut:

Internationales Sozialistisches Bureau
Volkshaus, Brüssel.

Brüssel, den 6. Juli 1911.

An die Genossen Sekretäre und Delegierten der Soz. Parteien aller Länder.

Der plötzliche Beschluß Deutschlands, einen Kreuzer nach Marokko zu schicken, verschlimmert noch die Spannung der Beziehungen zwischen den interessierten Staaten. Wenn Sie der Meinung sind, daß es Zeit ist, eine Zusammenkunft von Delegierten der Sozialistischen Parteien Deutschlands, Frankreichs, Spaniens und selbst auch Großbritanniens einzuberufen, wäre ich Ihnen sehr verbunden, mir postwendenden Bescheid geben zu wollen.

Für den Fall, daß eines der interessierten Länder die Einberufung dieser Sitzung formell verlangen würde, könnte dieselbe, wegen der wünschenswerten Teilnahme Spaniens, in Paris oder Brüssel, am besten ein Montag oder Samstag, stattfinden.

Mit Parteigruß

Camille Huysmans.

* * *

Auf dieses Rundschreiben gingen dem Internationalen Sozialistischen Bureau folgende Antworten zu:

Paris, 8. Juli 1911.

Während die Zeitungen gestern eine Zusammenberufung des Internationalen Bureaus als von Ihnen beschlossen meldeten, hat Ihr Brief von heute morgen nur eine bezügliche Anfrage zum Gegenstand.

Mein vorhergehender Brief hat Ihnen schon im voraus die Antwort gebracht, daß der Parteivorstand und die sozialistische parlamentarische Gruppe den Wunsch ausgesprochen haben, daß jede Verschlimmerung der Lage der Marokkoangelegenheit die Zusammenberufung der Delegierten der in Betracht kommenden Länder: Frankreich und Spanien, unter Mitwirkung des Internationalen Sozialistischen Bureaus zur Folge haben müßte, sobald die spanische Sozialistische Partei ihr Einverständnis dazu erklärt hätte. Unser Parteivorstand müsse sich in dieser Angelegenheit unverzüglich mit der spanischen Sozialdemokratischen Partei in Verbindung setzen.

Die Entsendung eines deutschen Kriegsschiffes nach Agadir und die damit verknüpften Weiterungen haben nur zur Folge, daß an dieser Zusammenkunft, sofern sie stattfinden wird, soll sie wirklich erfolgreich sein, auch die Delegierten der deutschen und der englischen Sektion der Internationale teilnehmen müssen; nur eine Einberufung des Internationalen Sozialistischen Bureaus kann dies in wirkungsvoller Weise durchführen.

Andererseits ist die Gefahr nicht so unmittelbar, daß diese Einberufung nach unserem Wunsche ohne Befragung der nationalen Parteien stattfinden müßte; wir beschränken uns daher darauf, auf Ihre Anfrage im zustimmenden Sinne zu antworten, denn die Zusammenberufung und Sitzung wäre ja ganz vergeblich, wenn die Delegierten von Deutschland, England und Spanien nicht ganz bestimmt dabei wären. Sollte aber die Gefahr wachsen und eine drohende Gestalt annehmen, so würde unser Wunsch sofort zu einem förmlichen Antrag: ohne daß neue Befragung und Briefwechsel stattfindet, weder mit unserer Partei noch auch mit irgendeiner anderen, müßte das Internationale Sozialistische Bureau unverzüglich zusammenberufen werden. Wenn die vorliegende Anfrage die Einberufung des Internationalen Sozialistischen Bureaus zur Folge hat, so wäre es gut, wenn sie sofort stattfände, und wäre es auch nur, abgesehen von der Betrachtung der Ereignisse, um die Zusammenkunft der Delegierten vor ihrem Auseinandergehen besser zu ermöglichen.

Mit besten Grüßen

Edouard Vaillant.

8. Juli, mittags. In der Sitzung von heute morgen hat der Parteivorstand diesen Brief mit der darin gegebenen Antwort einstimmig gutgeheißen. Ferner wurde beschlossen, daß je nach dem Verlauf der Ereignisse in Marokko der Parteivorstand mit der englischen, deutschen und spanischen Sektion in Verbindung bleiben müsse. Ed. Vaillant.

* * *

Berlin, den 8. Juli 1911.

Werte Genossen!

In einer Vorstandssitzung habe ich Ihren werten Brief noch nicht vorlegen können. Vorläufig will ich meine persönliche Ansicht mitteilen, die ich auch am Dienstag in einer Versammlung ausgesprochen habe.

Ich sehe in dem ganzen Streich etwas, womit unsere Staatslenker die allgemeine Aufmerksamkeit von den inneren Zuständen ablenken und Stimmung für die Reichstagswahlen machen wollen. Mit der inneren Politik ist unsere Regierung in solche Lage gekommen, daß sie bei einem Hund Mitleid erregen könnte. Sie greift also zu dem beliebten Mittel wie Bismarck 1887 mit Boulanger und Bülow 1906 mit den Hottentotten. Nun traue ich den Herren Bethmann Hollweg und Kiderlen-Waechter jede Dummheit zu, also auch solche, die zu ernsthaften europäischen Konflikten führen können. Bei Marokko glaube ich aber, daß die Herren nicht freie Hand haben, weil dort entgegengesetzte kapitalistische Interessen in Frage kommen, wovon die „französische" Gruppe auch in Deutschland die stärkere ist.

Diesen Minenkrieg haben wir schon seit einigen Jahren. Bekanntlich hat ein Herr Mannesmann dem Sultan von Marokko Geld gegeben und dafür ein Schriftstück erhalten, von dem er und seine Freunde und die kleine Gruppe der Schreier, die sich Alldeutsche nennen, behaupten, daß durch dieses Schriftstück den Gebrüdern Mannesmann ein Minenmonopol für Marokko gegeben ist. Freilich steht der Inhalt mit dem Algeciras-Vertrag im Widerspruch. Mannesmann und seine Freunde behaupten, das schade nichts, denn die Algeciras-Akte könne ältere Verträge nicht beeinflussen.

Trotz des großen Lärms, den Mannesmann und seine Freunde in der Presse machten, war der frühere Staatssekretär des Aeußeren, v. Schön, nicht zu bewegen, nur ein freundliches Wort über den Mannesmann-Vertrag zu sagen, weil er nicht offen Stellung gegen Mannesmann nehmen wollte. Als er doch zur Aeußerung gepreßt wurde, fiel diese sehr zuungunsten des Herrn Mannesmann aus. Der Grund ist folgender: Es ist weniger der unsichere Rechtsboden des Mannesmann, als ein entgegenstehendes kapitalistisches Interesse. Mit Mannesmann konkurriert ein französisches Minensyndikat. Dieses Syndikat hat seinen Sitz in Paris und an demselben ist auch Schneider in Creusot beteiligt. Aber neben Schneider sind Krupp, Thyssen und andere Größen des Deutschen Stahlwerksverbandes darin vertreten. Die sagen: Wenn in Marokko Eisenerze in dem Umfange vorkommen, wie Mannesmann behauptet, dann können wir sie uns selber holen und brauchen uns nicht von Mannesmann ausbeuten zu lassen. Bei der Ausbeutung sind diese Herren viel lieber Subjekt als Objekt. Dieses Gegengewicht wog mehr als alle juristischen und staatsrechtlichen Gründe. — Soweit die Herren Mannesmann durch Bohren Eisenerze aufsuchen, haben sie in der letzten Zeit ihre Tätigkeit nach Agadir verlegt. Von dort kam die Klage, daß die Techniker an ihrer Arbeit gehindert würden. Hier haben also Bethmann Hollweg und Kiderlen-Waechter dem Schreien der Mannesmann und Genossen eine Konzession gemacht. Ich glaube aber nicht, daß sie sich weiter drängen lassen, weil sie sonst die Interessen der Großmächte des Stahlwerksverbandes verletzen würden. Also kurz: Ich traue unseren Leitern der auswärtigen Politik jede Dummheit zu, ich glaube aber nicht, daß sie weitergehen, weil sie sonst die Interessen der größten Kapitalisten verletzen könnten, und da haben diese einen scharfen Blick und gebieten rechtzeitig „Halt".

Würden wir uns vorzeitig so stark engagieren und selbst alle Fragen der inneren Politik hinter die Marokkofrage zurückstellen, so daß daraus eine wirksame Wahlparole gegen uns geschmiedet werden könnte, dann sind die Folgen nicht abzusehen. Denn in Sozialistenhaß und Sozialistenfurcht bleiben Krupp und Thyssen nicht hinter Bethmann Hollweg zurück. Für

uns ist es ein Lebensinteresse, die inneren Vorgänge: Steuerpolitik, Agrarierprivilegien, Versicherungsordnung usw., nicht in der Diskussion zurückdrängen zu lassen. Das könnte aber geschehen, wenn wir selbst in jedem Dorfe über die Marokkofrage reden und damit die Gegenströmung fördern würden. Holen sich die Herren Bethmann und Genossen in dem Spiel eine gehörige Niederlage, was bei ihrem notorischen Ungeschick eine Wahrscheinlichkeit ist, dann haben wir zur Wahl ein Argument mehr.

Ich glaube daher, daß wir vorläufig mit der Besprechung noch warten können.

Mit bestem Gruß

H. Molkenbuhr.

* * *

London, den 10. Juli 1911.

Werter Genosse!

Genosse Macdonald ist der Meinung, daß, wenn die augenblickliche Lage der Marokkoangelegenheit fortdauert, daß die Vorbereitungen zu einer Sitzung des Internationalen Sozialistischen Bureaus getroffen werden; gleichzeitig soll eine öffentliche Demonstration veranstaltet werden, bei der Vertreter der verschiedenen Nationen als Redner mitwirken. Genosse Macdonald legt Wert darauf, daß diese Zusammenkunft auf neutralem Boden, also in erster Linie in Brüssel, stattfindet.

Mit Parteigruß

J. S. Middleton, Hilfssekretär.

* * *

London, den 10. Juli 1911.

Werter Genosse!

Die Nachrichten von heute morgen lassen eine friedliche Lösung erwarten, aber da man niemals wissen kann, was hinter den Kulissen vorgeht, so muß, wenn Zweifel hinsichtlich der friedlichen Lösung bestehen könnten, sich das Bureau versammeln, um seinen Einfluß zur Erhaltung des Friedens zu stärken sowie um eine auf Marokko und die Wirksamkeit der in Betracht kommenden Regierungen bezügliche Kundgebung zu erlassen.

Mit Parteigruß

Keir Hardie.

* * *

London, den 11. Juli 1911.

Werter Genosse!

Ich bin der Meinung, daß es unter den obwaltenden Umständen gut wäre, wenn die Bureaudelegierten der in Betracht kommenden Länder sich so bald als möglich versammelten, in Paris oder in Brüssel.

Mit Parteigruß

H. Quelch.

* * *

Madrid, den 8. Juli 1911.

Werter Genosse!

Wir haben vom Parteivorstand der französischen Arbeiterpartei (S. F. I. O.) einen Brief erhalten, in welchem uns der Vorschlag gemacht wird, daß die Vertreter unserer beiden Parteien beim Internationalen Sozialistischen Bureau in dem Falle, daß die Ereignisse in Marokko eine gemeinschaftliche Aktion der Sozialisten beider Länder erforderlich machen, zusammenkommen sollten, um uns dem Ausbrechen eines Krieges zu widersetzen. Wir haben geantwortet, daß wir dieser Anregung zustimmen, die in die Wirklichkeit umgesetzt werden könnte, sobald als eine der beiden Parteien dies für angebracht und an der Zeit halte.

Mit Parteigruß

Pablo Iglesias. Meura.

* * *

Zürich, den 10. Juli 1911.

Werter Genosse!

Wie ich vernehme, soll in Bälde eine Konferenz des Internationalen Sozialistischen Bureaus in Sachen der Marokkoaffäre stattfinden. Ich beabsichtige, wenn irgend möglich, an der Konferenz teilzunehmen.

Mit Parteigruß

A. Bebel.

* * *

Zürich, den 12. Juli 1911.

Werter Genosse!

Die Marokkoaffäre hat neuerdings einen Charakter angenommen, daß mir zunächst eine Konferenz des Internationalen Sozialistischen Bureaus nicht empfehlenswert erscheint.

Wir sollten einstweilen mit der Einberufung der Konferenz warten und unser Pulver nicht zu früh verschießen.

Falls die Konferenz in Paris sein sollte, könnte ich nicht daran teilnehmen, da ich aus Frankreich ausgewiesen bin und keine Neigung habe, bei der französischen Regierung um Aufenthaltsbewilligung einzukommen.

Mit Parteigruß

A. Bebel.

* * *

Folgerung.

In Uebereinstimmung mit der Ansicht des Genossen Bebel scheint es uns unzweckmäßig, das Bureau in diesem Augenblick einzuberufen. Wir schlagen vor, diese Frage auf die Tagesordnung der nächsten Jahressitzung des Bureaus zu stellen.

Für das Exekutivkomitee:

Camille Huysmans, Sekretär.

* * *

Zur Ergänzung der Korrespondenz sei folgendes hinzugefügt:

Sobald der Parteivorstand aus absolut zuverlässiger Quelle aus England Kenntnis erhielt, daß die Marokkofrage im englischen Ministerium einen für Deutschland sehr unfreundlichen Charakter angenommen habe und ernsthaft Schritte gegen Deutschland in Erwägung gezogen worden seien, Nachrichten, die durch die bekannte Rede des englischen Ministers Lloyd George am 21. Juli Bestätigung fanden, teilte der Genosse Molkenbuhr dieses dem um jene Zeit in Holland weilenden Genossen Bebel unverzüglich mit, zugleich mit dem Auftrage, im Namen des Parteivorstandes die weiteren Verhandlungen mit dem Sekretariat des Internationalen Sozialistischen Bureaus in Brüssel zu führen.

Der Genosse Bebel antwortete darauf unverzüglich dem Genossen Molkenbuhr, daß er den Auftrag ausführen werde, und daß er selbst beabsichtigt habe, dem Sekretariat in Brüssel zu schreiben. Was die Nachrichten über einen drohenden Krieg angehe, so sei er allerdings der Ansicht, daß die französische Regierung sich sehr bedenken werde, sich von der englischen Regierung zu einem Kriege mit Deutschland wegen Marokko drängen zu lassen, dessen Kosten zweifellos Frankreich zu tragen haben würde.

Genosse Bebel schrieb in diesem Sinne auch sofort an das Sekretariat des Internationalen Sozialistischen Bureaus. Es werde wohl selbst die mittlerweile eingetretene Verschärfung der Situation erkannt haben. Es solle die Angelegenheit scharf im Auge behalten und, sobald sich die Notwendigkeit einer Sitzung des Internationalen Sozialistischen Bureaus herausstelle, zu dieser nicht bloß die Mitglieder der an der Marokkofrage zunächst interessierten Staaten — wie bisher verhandelt worden war — einladen, sondern das gesamte Bureau, denn die Frage sei eine internationale und ein Krieg werde gegebenenfalls ein Weltkrieg werden.

Infolge jenes Briefes erfolgte zwischen dem Sekretär des Internationalen Sozialistischen Bureaus, Genossen Huysmans, und dem Genossen Bebel eine Zusammenkunft, in der man sich über die mittlerweile wieder friedlich gewordene Situation aussprach. Man kam überein: solle eine Sitzung des Internationalen Sozialistischen Bureaus nötig werden — wozu in jenem Augenblick keine Veranlassung vorlag —, dann eine des gesamten Bureaus, und zwar in Brüssel, zu veranstalten, und solle damit zugleich eine große Friedensdemonstration verbunden werden. —

Aus dem hier Dargelegten ersehen die Genossen folgendes:

Erstens, daß diese Korrespondenz unter den Mitgliedern des Internationalen Sozialistischen Bureaus eine Verständigung bezweckte und daher ihrer Natur nach eine streng vertrauliche war.

Zweitens, daß der Ansicht des Genossen Molkenbuhr über die Zweckmäßigkeit einer Konferenz die Ansicht des Genossen Bebel, der bekanntermaßen gleichfalls Mitglied des Parteivorstandes und des Internationalen Sozialistischen Bureaus ist, gegenüberstand. Wobei wir hervorheben wollen, daß der Genosse Molkenbuhr, wie der Inhalt seines Briefes zeigt, kein eigentlicher Gegner einer Demonstration war.

Drittens, daß Genosse Molkenbuhr in der Tat in seinem Briefe nur seine Privatansicht entwickelte, wie er dieses im Eingang seines Briefes an das Internationale Sozialistische Bureau erklärte und gleichzeitig auch dem Genossen Bebel gegenüber hervorhob, der, da er vergessen hatte, dem Internationalen Sozialistischen Bureau seine Züricher

Adresse mitzuteilen, die Mitteilung über die geplante Konferenz erst durch den Genossen Molkenbuhr empfing. —

Aus dieser Darlegung geht auch hervor, daß die Genossin Luxemburg sich einer groben Indiskretion schuldig machte, als sie den Brief des Genossen Molkenbuhr in der „Leipziger Volkszeitung" veröffentlichte.

In jeder Organisation ist der briefliche Austausch von Ansichten über gemeinsame Schritte der leitenden Persönlichkeiten eine Notwendigkeit, wenn dieselben, wie die Mitglieder des Internationalen Sozialistischen Bureaus, in den verschiedensten Orten wohnen. Sollen solche Verhandlungen zu einem gedeihlichen Abschluß führen, so ist Diskretion eine Ehrensache für alle Beteiligten.

Weiter ließ sich die Genossin Luxemburg auch eine grobe Irreführung der Genossen zuschulden kommen, als sie den Brief des Genossen Molkenbuhr mit Weglassung des Anfangssatzes veröffentlichte und berichtete, der Brief enthalte offenbar die Meinung des Parteivorstandes.

Endlich unterschlug die Genossin Luxemburg die Tatsache, daß auch der Genosse Bebel sich zu der Frage der Konferenz geäußert habe, und zwar, wie seine oben abgedruckten Briefe zeigen — die der Genossin Luxemburg bekannt waren —, im zustimmenden Sinne.

Das Verfahren der Genossin Luxemburg war also illoyal, und es würde ein geordnetes Parteileben unmöglich sein, sollte eine solche Kampfmethode üblich werden.

Es ist der Genossin Luxemburg gutes Recht, die Handlungen oder Unterlassungen des Parteivorstandes zu kritisieren; aber es sollte jedes Mitglied der Partei es unter seiner Würde halten, mit illoyalen Waffen und irreführenden Darlegungen einen Kampf zu führen.

Mit Parteigruß

Der Parteivorstand.

Anhang II.

(Zu Seite 215 des Protokolls).

Der „Vorwärts" brachte in Nr. 226 vom 27. September folgende Richtigstellung:

Aus dem Internationalen Sozialistischen Bureau.

Die Genossin Luxemburg stellte in der Sitzung des Internationalen Sozialistischen Bureaus am 23. September an den Genossen Huysmans die Anfrage, ob er dem Genossen Bebel gegenüber gesagt habe, daß sie sich mehrfach Indiskretionen durch Veröffentlichung von Briefen des Sekretariats des Internationalen Sozialistischen Bureaus habe zuschulden kommen lassen. Der Genosse Huysmans bejahte, daß er sich so dem Genossen Bebel gegenüber ausgesprochen habe. Doch fügte er hinzu, er habe sich durch die Verhandlungen des Jenaer Parteitags davon überzeugt, daß er sich infolge seiner mangelhaften Kenntnis der deutschen Sprache ungenau ausgedrückt habe. Er habe nicht sagen wollen, daß die Genossin Luxemburg mehrfach Indiskretionen begangen habe, sondern, daß solche mehrfach vorgekommen seien, und zwar handle es sich außer um den Fall der Veröffentlichung des Molkenbuhrschen Briefes um einen vertraulichen Brief, den er dem Redakteur einer deutschen Parteizeitung geschrieben und den dieser ohne seine Zustimmung veröffentlicht habe.

Anhang III.

Wortlaut der vom Parteitag angenommenen Anträge.

Maifeier.

Der Parteitag möge beschließen, unsere Delegierten im Internationalen Bureau haben dahin zu wirken, daß die Maifeier auf die Tagesordnung des nächsten Internationalen Sozialistenkongresses gesetzt wird. (Antrag 27.)

Gegen alle diejenigen Mitglieder, die sich weigern, den Beschluß des Nürnberger Parteitages, Antrag 90, nachzukommen, ist das Ausschlußverfahren einzuleiten. (Antrag 30.)

Parlamentarisches.

Der Parteitag möge die Reichstagsfraktion beauftragen, im Reichstage unverzüglich einen Antrag auf Abänderung und Ergänzung der Reichsverfassung in folgender Richtung einzubringen:

„Unter Aufnahme der bereits gestellten Anträge die konstitutionell-demokratischen Forderungen des Erfurter Programms (Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit, Volkswehr, Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung, Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege) in die Reichsverfassung zugleich als Verfassungsbestimmung eine Reichskriegssteuer auf hohe Einkommen, Vermögen und Erbschaften einzuführen, die im Falle eines Krieges mit dem Tage der Mobilmachung in Kraft tritt." (Antrag 48.)

Schnapsboykott.

Der Parteitag ruft den Parteigenossen erneut und auf das dringendste den Beschluß des Leipziger Parteitages in Erinnerung, wonach die organisierten Arbeiter aufgefordert werden, den Schnapsgenuß zu unterlassen. (Antrag 53.)

Ort des nächsten Parteitages.

Den nächsten Parteitag in Chemnitz abzuhalten. (Antrag 61.)

Reichstagswahl.

Der Parteitag erwartet, daß, soweit es noch nicht geschehen sein sollte, die Parteigenossen in allen Wahlkreisen, in denen die Partei Anhänger besitzt, unverzüglich die Vorbereitungen zur Reichstagswahl treffen, um selbständig in die Wahl einzutreten.

Der Parteitag erwartet weiter, daß die Parteigenossen die Wahlagitation gründlich ausnutzen, um sowohl neue Mitglieder für die Parteiorganisation, wie neue Abonnenten für die Parteipresse zu werben.

Insbesondere muß die Wahlagitation auch für Erlangung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts im Sinne des Parteiprogramms für die Wahlen zum Landtag in Preußen wie in den Staaten, die das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht noch nicht besitzen, ausgenutzt werden.

Wo nach dem Ausfall der Hauptwahlen die Parteigenossen bei engeren Wahlen eine Entscheidung zwischen gegnerischen Kandidaten zu treffen haben,

dürfen sie nur demjenigen Kandidaten ihre Stimmen zuwenden, der sich verpflichtet:

1. für Aufrechterhaltung des bestehenden Wahlrechts für den Reichstag;
2. gegen eine Beschränkung des Vereins- und Versammlungsrechts und des Koalitionsrechts;
3. gegen eine Verschärfung der sogenannten politischen Paragraphen des Strafrechts;
4. gegen ein wie immer geartetes Ausnahmegesetz;
5. gegen jede Erhöhung oder Neueinführung von Zöllen auf die Verbrauchsartikel der großen Masse;
6. gegen jede Neueinführung oder Erhöhung indirekter Steuern auf Verbrauchsartikel der großen Masse

einzutreten und zu stimmen.

Der betreffende Kandidat ist zu ersuchen, seine Erklärung vor Zeugen oder schriftlich abzugeben.

Stehen in der engeren Wahl zwei Kandidaten, die beide bereit sind, die aufgestellten Bedingungen zu erfüllen, so ist der Liberale dem Nichtliberalen vorzuziehen.

In jedem anderen Falle ist strikte Stimmenthaltung zu proklamieren.

(Antrag 70.)

Marokkoangelegenheit.

Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie zu Jena erhebt auf das nachdrücklichste Protest gegen jeden Versuch, einen männermordenden Krieg zwischen Kulturvölkern, wie sie das französische, englische und deutsche sind, hervorzurufen, der notwendig ein Weltkrieg werden müßte und mit einer allgemeinen Katastrophe enden würde.

Die Bestrebungen einer großkapitalistischen Clique, in Marokko festen Fuß zu fassen, um es um so wirkungsvoller kolonialpolitisch auszubeuten und dafür Gut und Blut des deutschen Volkes in Anspruch zu nehmen, unter der verlogenen Vorgabe, „daß die Ehre und die Interessen der Nation“ dieses erfordern, weist der Parteitag als bewußte Fälschung der Tatsachen und schamlose Heuchelei zurück.

Die einzigen, die hüben und drüben an dieser Verhetzung verschiedener Kulturvölker ein Interesse haben, sind neben den Kolonialpiraten die Chauvinisten zu Wasser und zu Lande, deren Handwerk der Krieg ist, die nach Avancement und Auszeichnung dürsten, und die Fabrikanten und Lieferanten von Kriegsmaterial aller Art, die durch den Krieg ungeheure Gewinne in die Tasche stecken auf die Gefahr hin, daß Hunderttausende von Menschen in diesen Kämpfen zugrunde gehen, Millionen in Not und Unglück gestürzt werden.

Nur den seit vielen Jahren betriebenen Hetzereien der interessierten Kreise ist es zu danken, daß Mittel- und Westeuropa wiederholt in einen Zustand kriegerischer Unruhe versetzt wurden. Diese Beutemacher versuchten dabei die Reichsregierung in die Rolle des gefügigen Handlangers zu drängen, damit sie die Wehr- und Volkskraft der Nation ihren Interessen opfere. Der Grad, in dem ihnen dieses gelang, zeigt, wie sehr die heutigen Regierungen nur der Verwaltungsausschuß für die Interessen der besitzenden Klassen sind.

Der Parteitag weist mit Empörung diese dem Volke gemachten Zumutungen zurück und erwartet, daß insbesondere die deutsche Arbeiterklasse jedes mögliche Mittel anwendet, um einen Weltkrieg zu verhindern.

Der Parteitag fordert die sofortige Einberufung des Reichstags, damit der Volksvertretung Gelegenheit gegeben wird, ihre Meinung zu äußern und den volksfeindlichen Machinationen entgegenzutreten.

(Antrag 71.)

Lebensmittelwucher.

Aus Anlaß der außergewöhnlich hohen Lebensmittelpreise sind zur Zeit der Eröffnung des Reichstages öffentliche Frauenversammlungen einzuberufen, um den Frauen Gelegenheit zu geben, einen Massenprotest gegen den Lebensmittelwucher durch Steuern und Zölle wie durch die Preistreibereien der Großkapitalisten und Agrarier zu erheben und die Aufhebung der Lebensmittelzölle und Oeffnung der Grenzen zu fordern. Diese Massenaktion gibt zugleich Gelegenheit, den Frauen die Ursachen der jetzigen Notlage weiter Kreise des arbeitenden Volkes darzulegen und sie zum organisierten Kampf dagegen aufzurufen.

Die Aktion ist wirksam durch die Presse und durch ein populär gehaltenes Flugblatt vorzubereiten. (Antrag 72.)

Reorganisation des Parteivorstandes.

Der Parteitag beschließt:

1. zwei weitere Parteisekretäre anzustellen;
2. zwecks Beratung einer Reorganisation des Parteivorstandes und der Kontrollkommission unter Zuziehung des Parteivorstandes eine 21gliedrige Kommission zu wählen, die dem nächsten Parteitag Bericht zu erstatten hat. (Antrag 73.)

Württembergische Verhältnisse.

Der Parteitag nimmt mit Bedauern Kenntnis von den jüngsten Vorgängen in der württembergischen Landesorganisation. Er beauftragt den Parteivorstand, mit dem württembergischen Landesvorstand und mit der Stuttgarter Parteileitung in Verbindung zu treten, um die Entwickelung der Partei in Württemberg im Sinne und Geiste der Gesamtpartei und ihrer Beschlüsse zu sichern. (Antrag 74.)

Jugendbewegung.

Der Parteitag protestiert auf das entschiedenste gegen die Verfolgung der proletarischen Jugendbewegung durch Polizei, Schulaufsichtsbehörde und Justiz. Um so unerhörter sind diese Verfolgungen, als sie angeblich die jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen vor der Berührung mit politischen Angelegenheiten bewahren, in Wirklichkeit aber die Arbeiterjugend der bürgerlichen Jugendbewegung zutreiben sollen und damit eine offenbare politische Beeinflussung der Arbeiterjugend im sogenannten staatsfreundlichen Sinne darstellen.

Der Parteitag warnt die Genossen und Genossinnen allerorts vor den heuchlerischen Bestrebungen der bürgerlichen konfessionellen und interkonfessionellen Jugendfreunde, insbesondere vor den mit einer Million Mark unterstützten Maßnahmen der staatlich preußischen „Jugendpflege“. In mannigfaltigen und äußerlich harmlosen Formen, besonders im Anschluß an die Fortbildungsschule, sollen nach dem Wunsche der preußischen Regierung „Lehrer, Aerzte, Geistliche, Richter und Anwälte, Landwirte, Gewerbetreibende, Ingenieure und Offiziere“, und zwar „ohne nach außen hin irgendwelches Aufsehen davon zu machen“, die Erziehung der Jugend im „vaterländischen Geiste“ fördern.

Der Parteitag hält es für seine Pflicht, die jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen vor dem Eintritt in irgendwelche bürgerliche Jugendvereine und vor der Teilnahme an irgendwelchen bürgerlichen Jugendbestrebungen zu warnen. Er fordert zugleich alle erwachsenen Arbeiter und Arbeiterinnen auf, die proletarische Jugendbewegung mit allen Mitteln zu unterstützen.

(Antrag 75.)

Lebensmittelwucher.

Die Reichstagsfraktion wird beim Zusammentritt des Reichstags dem Reichskanzler sofort über die Teuerung interpellieren. Sie unterbreitet dem Parteitage die nachstehende Resolution:

Der Parteitag fordert zur Bekämpfung der verhängnisvollen Teuerung aller Lebensmittel von der Reichsregierung sofortige Suspension der Zölle auf Lebens- und Futtermittel, Oeffnung der Grenzen unter Aufrechterhaltung der notwendigen veterinärpolizeilichen Vorsichtsmaßregeln für den Verkehr ausländischen Viehes und Fleisches, Aufhebung des Systems der Einfuhrscheine.

Der Parteitag fordert von den Landesregierungen Ermäßigungen der Eisenbahntarife für den Verkehr mit Nahrungsmitteln und Futtermitteln aller Art.

Der Parteitag fordert von den Gemeinden Veranstaltungen zur Uebernahme der Produktion und des Verkehrs mit Nahrungsmitteln zunächst in einem solchen Umfange, daß eine Beeinflussung der Preisbildung durch die Gemeinden gesichert ist.

Der Parteitag ruft alle Parteiorganisationen zu energischer Agitations- und Organisationsarbeit auf, um der Sozialdemokratie neue Anhängerscharen zuzuführen und sie für die bevorstehenden Kämpfe, namentlich auch auf dem Gebiete des Zoll- und Steuerwesens, zu stärken. Der Parteitag fordert alle Männer und Frauen auf, sich den politischen Organisationen der sozialdemokratischen Partei anzuschließen. Desgleichen wird eine nachdrückliche Werbearbeit für die aufklärende sozialdemokratische Presse empfohlen.

Der Parteitag mahnt alle Arbeiter, sich den freien Gewerkschaften anzuschließen, um in dieser Zeit maßloser Preissteigerungen für alle notwendigen Bedarfsartikel die Abwehrkraft der Berufsorganisationen zu stärken und die Gewerkschaften in den Stand zu setzen, die notwendigen Lohnerhöhungen zu erzwingen.

Endlich fordert der Parteitag die Massen des Volkes zum konsumgenossenschaftlichen Zusammenschluß auf. (Antrag 77.)

Internationale Verwickelungen.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird ersucht, im Reichstag einen Antrag einzubringen, wonach die Reichsregierung verpflichtet werden kann, in Fällen internationaler Verwickelungen den Reichstag einzuberufen und die gewählte Volksvertretung über die Verhandlungen mit den auswärtigen Regierungen unterrichtet zu halten. (Antrag 79.)

Gegen den Zarismus.

Der Parteitag nimmt mit Entrüstung Kenntnis von den neuen Attacken des eidbrüchigen Zarismus gegen das finnische Volk. Er brandmarkt die unter dem Vorwande strategischer Notwendigkeiten begonnene Zerstückelung Finnlands als einen Akt unverhüllter Vergewaltigung, durch den die russische Regierung ihre bisherigen Infamien gegen das finnische Volk noch übertrumpft.

Der Parteitag spricht der tapferen finnischen Bruderpartei und dem gepeinigten finnischen Volke im Namen des kämpfenden deutschen Proletariats seine herzlichen Sympathien aus und das Gelöbnis der Unterstützung in den schweren Kämpfen, die das finnische Volk, geführt von dem finnischen Proletariat, gemeinsam mit dem russischen Proletariat zur Niederwerfung des Zarismus durchzukämpfen hat. (Antrag 80.)

Broschüre über die Lage der englischen und deutschen Arbeiter.

Der Parteivorstand möge, wenn möglich noch vor den Reichstagswahlen, die Herausgabe einer Broschüre veranlassen, welche gegenüber den Bestrebungen, England und Deutschland zu verhetzen, die großen gemeinsamen Interessen der arbeitenden Klassen beider Länder an der Erhaltung und Festigung der friedlichen Beziehungen zwischen ihnen darlegt und das Falschspiel der Hetzer aufdeckt. (Antrag 81.)

Zur Mutter- und Säuglingsfürsorge.

Die sechste ordentliche Konferenz sozialdemokratischer Frauen verurteilt auf das schärfste die skandalöse Behandlung, welche die Frage des Mutter- und Säuglingsschutzes anläßlich der Beratung der Reichsversicherungsordnung durch die Regierung und die bürgerlichen Parteien erfahren hat.

Die Ablehnung der sozialdemokratischen Anträge zu dieser Frage bedeutet eine schwere Schädigung von Leben und Gesundheit der Mütter und Säuglinge in den minderbemittelten Schichten des Volkes.

Besonders erbitternd wirkt die Tatsache, daß die Frauen und Mädchen, die den Landkrankenkassen unterstehen, eine noch weit geringere Fürsorge genießen als die übrigen. Die letzte Berufs- und Gewerbezählung hat einen neuen Beweis von der rapid steigenden Teilnahme der Frau am Berufsleben erbracht.

Unter der Herrschaft des Kapitals bringt aber die Vereinigung von Berufs- und Hausarbeit schwere Gefahren mit sich für Leben und Gesundheit der Frauen und Kinder der Arbeiterklasse, des Kleinbürger- und Bauerntums. Sie führt häufig zu Unterleibserkrankungen, Erschwerungen der Schwangerschaft und der Entbindungen, zu Früh- und Fehlgeburten, zu früher Sterblichkeit, Verkrüppelung und Siechtum der Kinder.

Die soziale Not zeitigt die gleichen Erscheinungen in weiten Kreisen der unbemittelten Volksschichten; auch wenn die Frauen nicht erwerbstätig, aber aus Mangel an Mitteln der Ruhe und Pflege entbehren zur Zeit der Mutterschaft.

Die Konferenz erklärt deshalb, daß sie als Minimum einer Mutter- und Säuglingsfürsorge in der Versicherungsgesetzgebung ansieht:

1. Ausdehnung der Krankenversicherung auf alle lohnarbeitenden Frauen sowie auf alle Frauen, deren Familieneinkommen 5000 Mk. nicht übersteigt.
2. Obligatorische Gewährung einer Schwangerenunterstützung auf die Dauer von 8 Wochen.
3. Freie obligatorische Gewährung der Hebammendienste und freie ärztliche Behandlung der Schwangerschaftsbeschwerden.
4. Obligatorische Gewährung der Wöchnerinnenunterstützung auf 8 Wochen.
5. Die Schwangeren- und Wöchnerinnenunterstützung ist den Arbeiterinnen in der Höhe des versicherten Lohnes, den übrigen Frauen in der Höhe des durchschnittlichen Tagelohnes für weibliche Arbeiter zu gewähren.
6. Obligatorische Gewährung eines Stillgeldes für die Dauer von 26 Wochen in der Höhe des Krankengeldes für alle versicherten Mütter, die ihr Kind stillen.
7. Vereinheitlichung der Krankenkassen und volles Selbstverwaltungsrecht der Versicherten.

Die Konferenz verpflichtet die sozialdemokratischen Frauen, den Kampf um die Verwirklichung dieser Forderungen mit aller Schärfe weiterzuführen.